

**Jahresabschluss und Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2015
der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft,
Hannover**



Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Inhalt

Bericht des Aufsichtsrats

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015

- Bilanz zum 31. Dezember 2015
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015
- Anhang für das Geschäftsjahr 2015
- Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015

Tätigkeitsabschlüsse gemäß § 6b Abs. 3 EnWG für das Geschäftsjahr 2015

- Bilanz zum 31. Dezember 2015 für die Tätigkeit Stromverteilung
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 für die Tätigkeit Stromverteilung
- Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015 für die Tätigkeit Stromverteilung
- Bilanz zum 31. Dezember 2015 für die Tätigkeit Gasverteilung
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 für die Tätigkeit Gasverteilung
- Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015 für die Tätigkeit Gasverteilung
- Bilanz zum 31. Dezember 2015 für die Tätigkeit Gasspeicherung
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 für die Tätigkeit Gasspeicherung
- Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015 für die Tätigkeit Gasspeicherung
- Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bericht des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2015 hat der Aufsichtsrat sämtliche ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden und wurde durch den Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung und die Lage des Unternehmens, über die Strategie und Planung, über die Risikosituation, das Risikomanagement sowie über die wesentlichen Geschäftsvorgänge unterrichtet. Anhand von schriftlichen Beschluss- und Berichtsvorlagen sowie begleitenden und ergänzenden mündlichen Auskünften hat der Aufsichtsrat den Vorstand laufend überwacht, Geschäftsvorgänge von besonderer Bedeutung eingehend beraten und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt.

Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2015 insgesamt achtmal getagt. Dabei wurden insbesondere die Geschäftsentwicklung und die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Hannover AG erörtert sowie über Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplanung und wichtige Einzelvorgänge beraten. Die Einzelvorgänge betrafen unter anderem das Unternehmenskonzept K2025, die Entwicklung sowie die derzeitige Lage vom Unternehmen, deren verbundenen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften.

Anfang Mai 2015 bestellte der Aufsichtsrat Frau Dr. Susanna Zapreva-Hennerbichler ab dem 1. April 2016 zur neuen Kaufmännischen Direktorin und Vorstandssitzenden für eine Vertragslaufzeit von fünf Jahren. Frau Dr. Zapreva-Hennerbichler tritt damit die Nachfolge von Herrn Michael Feist an, der Ende März 2016 in den Ruhestand verabschiedet wird. Frau Dr. Zapreva-Hennerbichler wird bereits zum 1. März 2016 ihre Tätigkeit bei der Stadtwerke Hannover AG aufnehmen, zunächst als Vorstand ohne Geschäftsbereich.

Der Präsidialausschuss hat 2015 viermal getagt und bereitet vornehmlich die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats vor. Er trifft Entscheidungen über Vorlagen des Vorstandes und Fragen, deren Erledigung im Interesse der Gesellschaft einen Aufschub bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrats nicht zulässt.

Der Finanzausschuss hat im Geschäftsjahr 2015 fünf Sitzungen abgehalten. Dem Finanzausschuss sind als Aufgaben insbesondere die Vorbereitung der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und über den Erwerb oder die Veräußerung von Unternehmen und wesentlichen Beteiligungen sowie die Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses und des gemäß § 171 Aktiengesetz (AktG) zu erstattenden Abschlussberichtes des Aufsichtsrats übertragen. Darüber hinaus ist dem Finanzausschuss die Wahrnehmung der Aufgaben eines Prüfungsausschusses nach § 107 Abs. 3 Satz 2 AktG übertragen. Themenschwerpunkte bildeten 2015 Berichte zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des Unternehmens, hier insbesondere der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014, der Nachtragsfinanzplan für 2015 und der Wirtschaftsplan 2016, Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften für 2014, das Risikomanagementsystem sowie das Unternehmenskonzept K2025.

Der Beteiligungs- und Strategieausschuss tagte 2015 in vier Sitzungen. Er hat die Aufgabe, Entscheidungen des Aufsichtsrats zu Konzern- und Beteiligungsangelegenheiten vorzubereiten und Berichte des Vorstands entgegenzunehmen. Grundsätzliche Fragen der Unternehmensstrategie und Angelegenheiten der Beteiligungsführung sind im Vorfeld im Beteiligungs- und Strategieausschuss zu beraten. Im Geschäftsjahr 2015 wurden insbesondere die Entwicklung von Beteiligungsprojekten im Bereich der Windenergie, regulatorische und energiewirtschaftliche Marktentwicklungen sowie das Unternehmenskonzept K2025 beraten.

Die Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig und ausführlich in den Aufsichtsratssitzungen über die geleistete Arbeit.

Besetzung des Aufsichtsrats und des Vorstands

Herr Jens Allerheiligen ist weiterhin unabhängiger Finanzexperte gemäß § 100 Abs. 5 AktG.

Folgende Mandatsträger haben im Geschäftsjahr 2015 ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat niedergelegt:

- Willi Grewe, Gewerkschaftssekretär (bis 15. Januar 2015)
- Ingrid Wagemann, Sozialpädagogin (bis 22. Mai 2015)
- Friedrich Wittmeier, Justiziar (bis 31. Dezember 2015)

Im Gegenzug sind folgende Mitglieder im Geschäftsjahr 2015 in den Aufsichtsrat eingetreten:

- Harald Memenga, Gewerkschaftssekretär (seit 29. Januar 2015)
- Patrick Drenke, Fahrradkurier (seit 22. Mai 2015)
- Dr. Uwe Gerecke, Betriebsarzt (seit 1. Januar 2016)

In der personellen Besetzung des Vorstands gab es während des abgelaufenen Geschäftsjahres keine Veränderungen.

Jahresabschluss und Gewinnabführung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, wurde von der Hauptversammlung am 12. März 2015 zum Abschlussprüfer gewählt. In Umsetzung dieses Beschlusses erhielt die Gesellschaft vom Aufsichtsrat den schriftlichen Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2015 sowie des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2015.

Auf Grundlage der durch den Aufsichtsratsvorsitzenden festgelegten Prüfungsschwerpunkte und unter Einbeziehung der Buchführung prüfte die KPMG AG den vom Vorstand nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellten Jahresabschluss der Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2015 sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015. Die Prüfung ergab keine Einwendungen, so dass ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht der Stadtwerke Hannover AG sowie den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzergebnisses abschließend sorgfältig geprüft. Die Unterlagen zum Jahresabschluss wurden sowohl in der Sitzung des Finanzausschusses am 25. Februar 2016 als auch in der am Folgetag stattfindenden Sitzung des Aufsichtsrats erörtert. In den Sitzungen berichtete der Abschlussprüfer jeweils über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und erteilte soweit notwendig ergänzende Auskünfte. Das abschließende Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat führte zu keinerlei Einwendungen, und der Aufsichtsrat stimmte den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers zu, billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstands zur Ergebnisverwendung an. Der Jahresabschluss Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2015 ist damit gemäß § 172 Satz 1 AktG festgestellt.

Aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags ist der Gewinn vor Feststellung des Jahresabschlusses unmittelbar an die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, abzuführen. Der abzuführende Gewinn beträgt 74,2 Mio. Euro. Auf das Genussscheinkapital erfolgt eine Ausschüttung von 2,7 Mio. Euro. Der verbleibende Jahresüberschuss von 12,0 Mio. Euro wird den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands für die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Betriebsrat dankt der Aufsichtsrat für das persönliche Engagement und die erfolgreich geleistete Arbeit im Geschäftsjahr 2015.

Hannover, den 26. Februar 2016

Der Aufsichtsrat

Dr. Marc Hansmann

Vorsitzender

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

1	Grundlagen der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	2
1.1	Struktur	2
1.1.1	Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	2
1.1.2	Konzern Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	2
1.1.3	Wesentliche SWH-Beteiligungen	3
1.2	Strategie	4
2	Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen	6
2.1	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	6
2.1.1	Gesamtwirtschaftliche Situation	6
2.1.2	Marktbezogene Entwicklung	6
2.2	Wesentliche politische Rahmenbedingungen	13
2.2.1	Europäische Energiepolitik	13
2.2.2	Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland	14
3	Geschäftsverlauf	16
3.1	Veränderungen in der Beteiligungsstruktur des SWH-Konzerns	16
3.2	Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	17
3.3	Absatz und Beschaffung	17
3.4	Umwelt und Innovation	18
3.5	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	20
3.6	Bindung an Stadt und Region	23
4	Darstellung und Analyse der Lage	23
4.1	Ertragslage	24
4.2	Finanzlage	27
4.2.1	Ziele und Grundsätze des Finanzmanagements	27
4.2.2	Finanzwirtschaftliche Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr	27
4.2.3	Investitionen und Substanzerhaltung	28
4.2.4	Liquidität	31
4.3	Vermögenslage	32
4.4	Gesamtaussage zur Lage	33
5	Nachtragsbericht	34
6	Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken	34
6.1	Prognosebericht	34
6.1.1	Erwartete Umfeldentwicklung	34
6.1.2	Erwartete Entwicklung von SWH	35
6.2	Risikobericht	37
6.2.1	Risikomanagementsystem	37
6.2.2	Risiken	39
6.3	Chancenbericht	42
6.3.1	Chancenmanagementsystem	42
6.3.2	Wesentliche Chancen	42

1 Grundlagen der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

1.1 Struktur

1.1.1 Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Die **Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover**, (SWH) ist als kommunales Energiedienstleistungsunternehmen operativ tätig und ist Muttergesellschaft des **Konzerns Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft**. Sie ist ein in Deutschland nach dem Aktiengesetz registriertes Unternehmen. Im Geschäftsjahr 2015 blieb die Aktionärsstruktur der Gesellschaft unverändert. Mit 75,09 Prozent der Anteile ist die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) Hauptaktionärin. Mit ihr besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Daneben sind die Thüga Aktiengesellschaft, München, (Thüga AG) mit 24,0 Prozent der Anteile und die Region Hannover, Hannover, mit 0,91 Prozent der Anteile beteiligt. Die SWH wird in den nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Konzernabschluss der VVG einbezogen.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehören die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, der Energiehandel sowie alle Neben-, Hilfs- und Ergänzungsgeschäfte. Unter der Dachmarke „enercity“ werden Energie und Dienstleistungen für Privatkunden im Versorgungsgebiet Hannover sowie für Geschäftskunden bundesweit angeboten. Seit 2015 bietet SWH über das Versorgungsgebiet Hannover hinaus auch Strom- und Gasprodukte für Haushaltskunden in der Region Hannover an. Der Umsatz wird nach wie vor im Wesentlichen im Inland in den Geschäftsbereichen Strom, Gas, Wasser, Wärme und Dienstleistungen erwirtschaftet.

Strom. Der Geschäftsbereich Strom umfasst die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung über den Handel und die Verteilung bis zum Vertrieb und zur Abrechnung. Es kommen Kohle- und Gaskraftwerke sowie Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen (beispielsweise Wind-, Biogas-, Biomasse- sowie Photovoltaikanlagen), zum Einsatz. Insgesamt wird ein großer Teil des Stroms in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erzeugt.

Gas. Die Aktivitäten im Geschäftsbereich Gas umfassen fast alle Wertschöpfungsstufen von der Speicherung und Speichervermarktung über den Handel, die Verteilung und den Vertrieb bis zur Abrechnung. Hierbei erfolgt zur Sicherung einer effizienten Gasspeicherung der Betrieb der Gasspeicher mit einem Partner in einer separaten Gasspeichergesellschaft.

Wasser. Die Tätigkeiten zur Versorgung der Bevölkerung innerhalb unseres Konzessionsgebietes mit Wasser sind ebenfalls in einem eigenen Geschäftsbereich gebündelt. Dabei deckt SWH sämtliche Aktivitäten von der Gewinnung bis zum Absatz ab.

Wärme. Zum Geschäftsbereich Wärme gehören alle Aktivitäten der Versorgung von Kunden mit thermischer Energie und Energiedienstleistungen. Im Wesentlichen beziehen sich diese Aktivitäten auf die Lieferung von in den KWK-Kraftwerken erzeugter Fernwärme an Privat- und Sondervertragskunden.

Dienstleistungen. Die Aktivitäten im Geschäftsbereich Dienstleistungen umfassen sowohl Dienstleistungen an Konzernunternehmen als auch an Dritte. Hierzu zählen kaufmännische Betriebsführungen sowie sonstige kaufmännische und technische Dienstleistungen. Zudem werden hier Aktivitäten im Zusammenhang mit der Finanzierungs- und Liquiditätssteuerung im Konzern Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft und Handelsaktivitäten außerhalb des Strom- und Gasbereichs zusammengefasst.

1.1.2 Konzern Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Der Konzern Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft (SWH-Konzern) gehört zu den größten kommunalen Energieversorgungs- und -dienstleistungsunternehmen Deutschlands. Die Aktivitäten der SWH werden durch die folgenden Tätigkeitsfelder des SWH-Konzerns ergänzt:

Netzbetrieb. Die Übertragungs- und Verteilnetze in den Bereichen Strom, Gas, Wasser und Wärme werden von einer eigenständigen Netzgesellschaft betrieben. Die netzbetreibende Gesellschaft ist gemäß den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) als unabhängiger Netzbetreiber aufgestellt. Der Betreiber trägt die Verantwortung für den sicheren Betrieb und die Instandhaltung der Netze. Die Netzentgelte, die von den Netznutzern an einen Betreiber zu zahlen sind, sind durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) behördlich festgesetzt.

Energieerzeugung. Die Erzeugung von Strom und Fernwärme erfolgt im Wesentlichen über Beteiligungen an Gemeinschaftskraftwerken. Diese Kraftwerke stellen ihre Erzeugungskapazitäten ausschließlich den Gesellschaftern zur Verfügung und werden durch diese gesteuert und eingelastet. Die Kraftwerksgesellschaften übernehmen die Wartung und

Instandhaltung der Anlagen. Zudem wird Strom zunehmend mit Hilfe von Windenergieanlagen über Beteiligungen an Windparks erzeugt.

Contracting. Die Contractingaktivitäten im Bereich Wärme decken sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette ab. Diese reichen von der ersten Bedarfsanalyse über die Planung, Finanzierung und Realisierung bis hin zur Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der Anlagen beim Kunden. Zusätzlich werden in diesem Bereich die Planung, der Bau und der Betrieb von Biomasseanlagen bearbeitet.

Gasspeicherung und -vermarktung. Zur Sicherung einer effizienten Gasspeicherung erfolgt der Betrieb der Gasspeicher mit einem Partner in einer separaten Speichergesellschaft. Die Vermarktung des Speicher-Volumens der SWH erfolgt, entsprechend der Entflechtungsvorgaben des EnWG, durch eine separate Speichervermarktungsgesellschaft.

1.1.3 Wesentliche SWH-Beteiligungen

Zu den Veränderungen des Geschäftsjahres in der Beteiligungsstruktur wird auf den Abschnitt „Veränderungen in der Beteiligungsstruktur“ verwiesen.

Netzgesellschaften. Die enercity Netzgesellschaft mbH, Hannover, (eNG), betreibt Energieversorgungsnetze für leitungsgebundene Energie- und Wasserversorgung im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Hannover, in Teilgebieten von Langenhagen und Laatzen sowie in den Umlandkommunen Ronnenberg, Seelze und Hemmingen. Die Netzgesellschaft Laatzen GmbH & Co. KG, Laatzen, (NGL), sowie die Gasnetzgesellschaft Laatzen-Nord mbH, Laatzen, (GNG), verantworten die Erstellung, den Ausbau und die Unterhaltung von Strom- und Gasversorgungsnetzen beziehungsweise der öffentlichen Wasserversorgung in Teilen des Stadtgebiets Laatzen zur Sicherstellung der leitungsgebundenen Versorgung der dortigen Allgemeinheit. Die Gesellschaften verpachten ihre Netze, Netzbetreiberin ist jeweils die eNG. Sowohl an der NGL als auch an der GNG ist die SWH mit jeweils 49,0 Prozent der Anteile beteiligt.

Kraftwerksgesellschaften. Die Gemeinschaftskraftwerke GKH – Gemeinschaftskraftwerk Hannover GmbH, Hannover, (GKH), GKL – Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover, (GKL), sowie Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, (KWM), dienen dem Bau und Betrieb sowie der Unterhaltung von Kraftwerken zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme ausschließlich für die Gesellschafter. GKL betreibt eine Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) in Hannover-Linden (bekannt unter Heizkraftwerk Linden (HKW Linden)), GKH ein Steinkohlekraftwerk in Hannover-Stöcken und KWM ein Steinkohlekraftwerk in Mehrum bei Hohenhameln.

Contractinggesellschaften. Wesentliche SWH-Beteiligungen im Wärmebereich sind die Gesellschaften enercity Contracting GmbH, Hannover, (eCG), sowie die Danpower GmbH, Potsdam, (Danpower). Beide Gesellschaften sind jeweils Mutterunternehmen von Konzernen mit insgesamt 23 Tochterunternehmen, drei assoziierten Unternehmen und einem Gemeinschaftsunternehmen. Die Unternehmensgruppen sind bundesweit sowie im Baltikum im Wärmeversorgungs- und Contractinggeschäft tätig. Ein Schwerpunkt ist neben der Energieversorgung aus KWK-Anlagen der Einsatz erneuerbarer Energien wie Biogas oder Biomasse als Ergänzung zu konventionellen fossilen Energieträgern. Ebenso errichten und betreiben die Unternehmensgruppen Projekte zur energetischen Verwertung von Restabfällen. Darüber hinaus ist SWH im Wärmeversorgungsbereich an der Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen, (EPL), mit 50,0 Prozent beteiligt. Die EPL ist schwerpunktmäßig in der Nahwärmeversorgung im Stadtgebiet Langenhagen tätig.

Erneuerbare Energieerzeugungsgesellschaften. Zur Bündelung der regenerativen Energieerzeugung, hauptsächlich durch Windenergieanlagen, wurde die enercity Erneuerbare GmbH, Hannover, (eEG) als 100-prozentiges Tochterunternehmen gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist unter anderem Planung, Errichtung, Betrieb und Erwerb von Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere Windenergieanlagen. Die eEG ist Mutterunternehmen eines Konzerns mit derzeit sieben Windparkbetriebsgesellschaften als Tochterunternehmen und drei Gemeinschaftsunternehmen, die zurzeit insgesamt 32 Windenergieanlagen mit einer Gesamtnennleistung von 89,6 MW betreiben.

Gasspeicher- und -vermarktungsgesellschaften. Mit 51,84 Prozent der Anteile ist die SWH an der Gasspeichergesellschaft GHG – Gasspeicher Hannover GmbH, Ronnenberg, (GHG), beteiligt. Die GHG betreibt seit 1982 einen Erdgas-Kavernenspeicher in Ronnenberg-Empelde, der eine von saisonalen Schwankungen unabhängige Versorgung der Erdgaskunden sicherstellt. Die enercity Speichervermarktungsgesellschaft mbH, Hannover, (eSG), bietet als 100-prozentiges Tochterunternehmen der SWH im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen den Zugang zu den verfügbaren anteiligen Kapazitäten der SWH im Erdgas-Kavernenspeicher Ronnenberg-Empelde an und vermarktet primär feste und unterbrechbare Speicherbündel auf Basis des veröffentlichten Preisblattes.

Weitere wesentliche Beteiligungen. Neben den genannten Tochterunternehmen und Beteiligungen stellen die Beteiligungen an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München, (Thüga), sowie an der im Telekommunikationsbereich tätigen htp GmbH, Hannover, (htp), weitere wesentliche Beteiligungen von SWH dar.

1.2 Strategie

Das ordnungspolitische, regulatorische und wirtschaftliche Umfeld der Energieversorgung ist nach wie vor durch massive Umbrüche insbesondere auf der Energieerzeugungsseite geprägt, was dazu führt, dass die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen zunehmend instabil sind. Aktuelle energiepolitische Herausforderungen stellen insbesondere der Umbau der deutschen und europäischen Energieversorgung unter Beachtung des energiepolitischen Dreiecks von Klimaschutz, Versorgungssicherheit und bezahlbaren Preisen, die deutliche Reduzierung der CO₂-Emissionen als führende klimapolitische Zielstellung, der Rückgang der Wirtschaftlichkeit konventioneller Kraftwerke sowie die Gewährleistung von Planungssicherheit und Verlässlichkeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Steigerung der Effizienz des Energiesystems dar.

Neben den energiepolitischen Herausforderungen stellen die Liberalisierung der Energiemärkte und der damit verbundene zunehmende Wettbewerb und Margendruck sowie die weiterhin volatilen Energiepreise zusätzliche unternehmerische Anforderungen an die Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus resultieren aus der Regulierung der Strom- und Erdgasnetze durch die BNetzA sinkende Netzmargen, die bei der gleichzeitigen Forderung nach einer weiterhin sehr hohen Versorgungsqualität zu einem starken wirtschaftlichen Druck führen. Hinzu kommen weiter sinkende Margen in der Stromerzeugung, die insbesondere auf das enorme Wachstum der Photovoltaik- und Windstromerzeugung in Deutschland zurückzuführen sind.

Mit diesen veränderten Rahmenbedingungen sind nachhaltige Ergebnisrisiken in den relevanten Geschäftssegmenten für Energieversorgungsunternehmen verbunden. Die SWH hat vor diesem Hintergrund die Weiterentwicklung der Unternehmenskonzeption K2020 beschlossen. In der Unternehmenskonzeption K2025, folgend dem Motto „Klar zur Wende“, wird als Kernprämisse unterstellt, dass die Energiewende mit dem Ausbau der Erzeugung aus erneuerbaren Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz entsprechend dem Konzept der Bundesregierung durch eine entsprechende Anpassung des Ordnungsrahmens sichergestellt und stringent umgesetzt wird. Es wird erwartet, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Erzeugung aus erneuerbaren Energien wirtschaftlich eng ausgerichtet bleiben und die konventionelle Stromerzeugung zunehmend unwirtschaftliche Ergebnisse aufzeigt. Zudem steigt der Bedarf an steuerbaren beziehungsweise flexiblen Erzeugungskapazitäten. Die Stromerzeugungsüberschüsse werden die Erzeuger- und Vertriebsmargen unter Druck halten. Eine Verbesserung der Energieeffizienz einhergehend mit sich stark wandelnden Kundenbedürfnissen in Richtung Eigenversorgung und Unabhängigkeit führt gleichzeitig zu entsprechenden Absatzverlusten im Strom- und Wärmemarkt. Vertriebllich wird zudem weiterhin ein zunehmender Verdrängungswettbewerb erwartet. Daneben nimmt die Regulierungsdichte in der Energieversorgung auf allen Wertschöpfungsstufen zu, wodurch die Margen aus den Netzentgelten für Strom und Gas weiter sinken werden. Internet- sowie Smart-Technologien nehmen in ihrer Bedeutung zu und können den zukünftigen unternehmerischen Erfolg mitbestimmen.

Die SWH verfolgt in diesem Marktumfeld weiterhin das Leitbild „ökonomisch erfolgreich, ökologisch orientiert und sozial verantwortlich“. Dazu positioniert sich das Unternehmen weiterhin als erfolgreicher Energiedienstleister über die bestehenden Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Gewinnung, Handel, Speicherung sowie Verteilung und Vertrieb für Strom, Gas, Fernwärme und Wasser im Markt und orientiert sich an den im Folgenden dargestellten strategischen Zielen:

Nachhaltige Wettbewerbspositionierung im vorderen Drittel vergleichbarer deutscher Wettbewerber mit entsprechenden Kostenstrukturen und dauerhaft hinreichendem Substanzerhalt von Anlagen und Netzen. Auf Basis eines Financial Benchmarking wird rollierend die strategische Wettbewerbspositionierung anhand der Rentabilitätskennzahl ROCE (return on capital employed) ermittelt. Die letzte Erhebung zeigt gegenüber vergleichbaren Wettbewerbern eine Position im Mittelfeld. Diese Position soll verbessert werden. Die SWH verfolgt das Ziel, die Marktanteile im Endkundenmarkt Strom und Gas zu halten. Hierbei wird im Grundversorgungsgebiet ein Marktanteil angestrebt, der sich weiterhin überdurchschnittlich im Vergleich zum Bundesdurchschnitt bewegt. Um diese Ziele zu erreichen, erfolgt fortlaufend eine weitere Optimierung der Prozesse und die Erschließung neuer Handlungsfelder. Innovative internetbasierte Instrumente zur Steigerung der Kundenzufriedenheit und Kundenbindung sowie der Aufbau wettbewerbsfähiger Dienstleistungen inklusive Systemintegration stehen dabei im besonderen Fokus. Die Zielsetzung einer verstärkten Umlandakquise verfolgt unter anderem die Kompensation von Kundenverlusten im Grundversorgungsgebiet sowie die Schaffung von wirtschaftlichem Wachstum im Umland.

Die Entwicklungen auf den Energiemärkten bestätigen die vertrieblichen Herausforderungen. Weiterhin werden wettbewerbs- und energieeffizienzbedingte Absatzrückgänge im Grundversorgungsgebiet erwartet. Im Strom- und Gasvertrieb

sowie beim Energie-Contracting sieht die Vertriebsstrategie daher die Chancen in einer deutschlandweiten Ausrichtung. So soll im Geschäftsfeld Strom das Endkundengeschäft außerhalb des Grundversorgungsgebietes bis zum Jahr 2020 auf dem heutigem Niveau von deutlich über 3 TWh gehalten werden. Auch im Rahmen des geplanten wirtschaftlichen Wachstums außerhalb des Konzessionsgebietes Hannover bekennt sich SWH weiterhin zu stabilen partnerschaftlichen Beziehungen zur Landeshauptstadt Hannover, zu den Umlandgemeinden und der Region.

Neben dem Wettbewerb in den netzregulierten Märkten ist von einer weiteren Schrumpfung des Wärmemarktes durch verstärkte Wärmedämmung und energetische Gebäudesanierung auszugehen, sodass sowohl der Gas- als auch der Fernwärmeabsatz sich im Bestand voraussichtlich verringern werden. Durch die Akquisition von Neuanschlüssen soll diese Entwicklung weitgehend kompensiert werden und der Marktanteil der Fernwärme am Wärmemarkt Hannover weiter ausgebaut werden. Derzeit liegt der Marktanteil bei rund 28 Prozent. Im Geschäftsbereich Wasser werden die Anstrengungen verstärkt, um die im Vergleich zu anderen Großstädten wettbewerbsfähige Preispositionierung zu erhalten. Die im Bestand vorhandenen Wegenutzungsverträge beziehungsweise Konzessionsverträge sollen gehalten werden. Hierzu gehören insbesondere die Wegenutzungsverträge für Hannover, welche in 2014 verlängert werden konnten.

Bei Anlagen und Netzen erfolgt ein Substanzerhalt, dessen Finanzierung in den Planungen abgebildet ist. Die Kontrolle erfolgt unter anderem auf Basis von Alpha-Werten, mit denen die Entwicklung der technischen Substanz bewertet wird.

Marktgerechte Kapitalrentabilität und finanzielle Stabilität. Auf Basis der SWH-Unternehmenskonzeption kann weiterhin eine marktgerechte Kapitalrentabilität erzielt und für die Eigenkapitalgeber eine marktgerechte jährliche Gewinnabführung gewährleistet werden. Zum Erhalt der finanziellen Stabilität ist eine ausreichende Bonitätsbewertung notwendig (A-Rating). Daher gehören ein tragfähiger Verschuldungsgrad und eine stabile Eigenkapitalquote zu den Zielen, die SWH nachhaltig verfolgt. Auf Basis einer umfangreichen Nutzung der Innenfinanzierungsmöglichkeiten können die angestrebten Finanzkennzahlen eingehalten und die Fremdfinanzierung zu wirtschaftlich tragfähigen, wettbewerbsgerechten Konditionen realisiert werden. Hierzu trägt auch die aus der eigenen Ertragskraft geplante sukzessive Aufstockung des Eigenkapitals auf etwa 650,0 Mio. EUR bis zum Jahr 2025 bei.

Weitere Umstellung des Erzeugungsmixes auf Erneuerbare. Langfristig wird nur eine effiziente Energieerzeugung am Markt bestehen können. Wesentliche Wachstumsinvestitionen erfolgen daher in Effizienztechnologien, regenerative Energieerzeugung und Energiedienstleistungen. Dabei verfolgt SWH eine kerngeschäftsnahen Wachstumsstrategie. Die Stromerzeugungskapazität von SWH und ihren Beteiligungen soll hierbei bis 2025 auf einem Niveau von rund 1.100 MW liegen und damit eine Menge von rund 4 TWh erzeugen. Der regenerative Anteil an der Stromerzeugung soll sich dabei bis Mitte des nächsten Jahrzehnts auf circa 40 bis 45 Prozent erhöhen, so dass alle Kunden im Grundversorgungsgebiet bilanziell ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen versorgt werden können. Für Haushaltskunden erfolgt dies derzeit bereits zu rund 100 Prozent. Die regenerative Stromerzeugung entfällt dabei schwerpunktmäßig auf Biomasse-Erzeugungskapazitäten unter energetischer Nutzung für die Wärmeversorgung. Darüber hinaus werden zukünftig Windkraft-Erzeugungskapazitäten onshore verstärkt ausgebaut.

Neben der regenerativen Erzeugung wird die Eigenerzeugung stark mithilfe der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme (KWK) erfolgen. Stellvertretend hierfür steht die abgeschlossene Modernisierung und Erweiterung der GuD-Anlage im HKW Linden. Die KWK verbessert die Effizienz des Kraftwerkparks und ist zugleich ein wesentlicher Beitrag zu den Klimaschutzaktivitäten im Rahmen der Klima-Allianz 2020 mit der Landeshauptstadt Hannover. Die Modernisierung und Erweiterung der GuD-Anlage im HKW Linden hat in diesem Zusammenhang ein Potenzial zur Einsparung von jährlich bis zu 200.000 Tonnen CO₂-Emissionen und ist damit die größte Einzelmaßnahme, die sich jedoch aktuell in Folge des stark verzerrten Strommarktes durch die erneuerbaren Energiequellen nur in begrenztem Umfang umsetzen lässt. Zur optimalen Nutzung der in KWK erzeugten Fernwärme wird das Fernwärmeversorgungsnetz entlang bestehender Leitungen weiter verdichtet und zielgerichtet ausgeweitet.

Erreichen der Ziele der Klima-Allianz 2020/2030. Die Klima-Allianz Hannover 2020 ist das Klimaschutzaktionsprogramm der Landeshauptstadt Hannover für den Zeitraum 2008 bis 2020. SWH verfolgt in der Klima-Allianz 2020 das Ziel einer substanziellen CO₂-Reduzierung bis 2020. Neben der CO₂-Reduzierung von 700.000 Tonnen pro Jahr gegenüber dem Referenzjahr 1990 soll der spezifische CO₂-Ausstoß der Stromeigenerzeugung auf 730 Gramm pro Kilowattstunde (g/kWh) und damit um 23 Prozent gegenüber dem Referenzjahr gesenkt werden. Außerdem soll der Anteil regenerativer und KWK-Stromerzeugung unter Nichtberücksichtigung von Sanierungseffekten im Gebäudebestand bei 30 Prozent liegen. Alle Ziele für das Jahr 2020 werden gemäß aktuellen Vorausschauen bereits im Jahr 2015 vorzeitig erreicht, obwohl die Modernisierung und Erweiterung der GuD-Anlage im HKW Linden als wesentliche Einzelmaßnahme ihr Potenzial von 200.000 Tonnen CO₂-Reduzierung auf Grund der Verwerfungen auf dem Strommarkt nur zu einem Teil realisieren konnte. Die Reduktion der spezifischen CO₂-Emissionen in den Kraftwerken wirkt sich seit 1990 mit knapp

400.000 Tonnen weniger CO₂ aus. Das örtliche Fernwärmeausbauprogramm hat bisher 100.000 Tonnen bewirkt. Einen überplanmäßigen Reduzierungsbeitrag leistete insbesondere die Maßnahme „Ausbau Contracting auf Basis Erneuerbarer Energien“, durch die auf Basis von Biomasse eine CO₂-Vermeidung von über 400.000 Tonnen (davon etwa 200.000 Tonnen bilanzwirksam nach den Regeln der Klima-Allianz) realisiert werden konnte. Im Rahmen einer Fortschreibung der Klima-Allianz-Vereinbarung mit der Landeshauptstadt Hannover bis zum Jahr 2030 hat sich das Unternehmen neue Ziele gesetzt, welche als integraler Bestandteil des K2025 über Zwischenziele verfolgt werden sollen:

- Weitere Senkung des spezifischen CO₂-Ausstoßes der Strom-Eigenerzeugung von 953 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde in 1990 auf 600 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde bis 2030.
- Reduzierung der CO₂-Emissionen auf der Angebotsseite (Versorgung mit Strom und Wärme) um 1,2 Mio. Tonnen pro Jahr im Zeitraum 1990 bis 2030. Dies entspricht rund 25 Prozent der CO₂-Gesamtemissionen Hannovers von 1990.
- Der Anteil der in Hannover in KWK erzeugten Wärme am Wärmemarkt Hannovers soll von 16 Prozent in 1990 auf 35 Prozent in 2030 gesteigert werden.
- Steigerung der regenerativ erzeugten Strommenge zur Versorgung der SWH-Tarif- und Gewerbekunden von 0,003 TWh in 1990 auf 1,5 TWh in 2030.

Neben den bereits erfüllten Verpflichtungen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen auf der Angebotsseite unterstützt SWH den effizienten Einsatz von Energie beim Kunden unter anderem im Rahmen des Klimaschutzfonds proKlima.

Sichere und attraktive Arbeitsplätze. Die Grundlagen für eine nachhaltige Personalpolitik werden seit 1999 mit Verträgen zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung gelegt. Der aktuelle Vertrag sieht einen Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis Ende 2018 vor, deren Revision für 2016 vorgesehen ist. Den Herausforderungen der Marktentwicklung wird weiterhin mit adäquaten Mitarbeiterqualifikations- und Personalentwicklungsmaßnahmen sowie einer Erhöhung der Flexibilität durch moderne Arbeitsformen begegnet. Leistungsorientierung mit dem Willen zur guten Leistung soll als Bestandteil der sich wandelnden Unternehmenskultur gestärkt werden. Zukünftig ist eine weitere, sozial verträglich umzusetzende, Reduzierung der Mitarbeiterkapazitäten vorgesehen.

2 Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1 Gesamtwirtschaftliche Situation

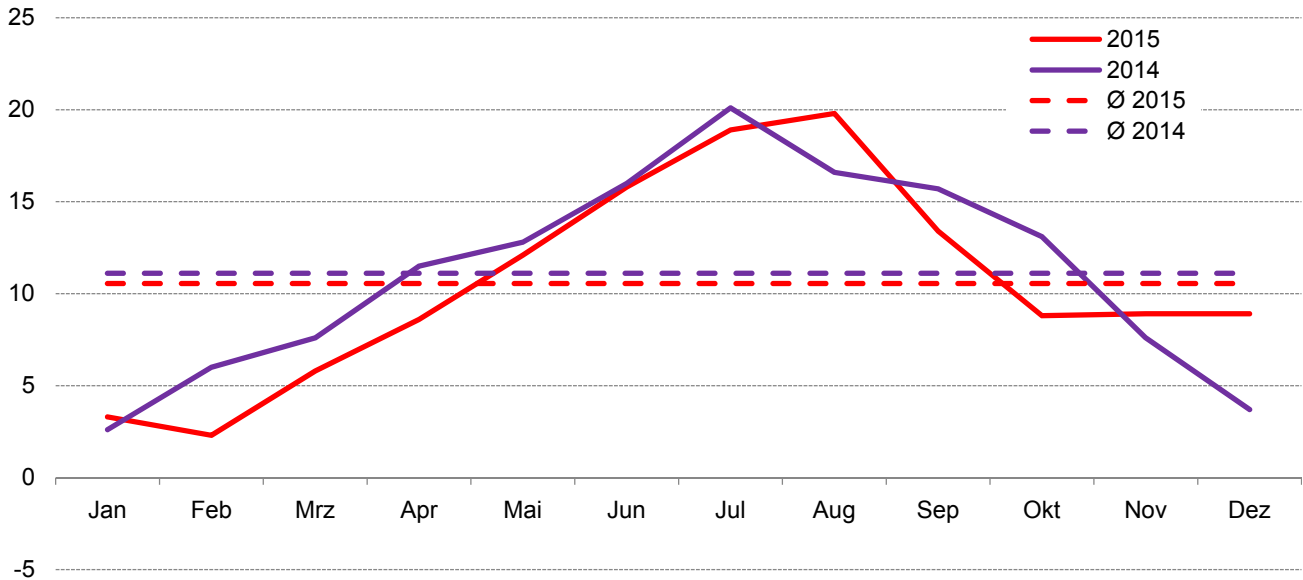
Deutsche Konjunktur im Aufschwung. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 preis- und kalenderbereinigt um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen (Vorjahr: +1,6 Prozent). Insgesamt ist die konjunkturelle Lage in Deutschland durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Die wesentlichen Wachstumsbeiträge sind auch 2015 wieder den Konsumausgaben (+1,6 Prozentpunkte) zuzurechnen. Der Außenbeitrag – als Differenz zwischen Exporten und Importen – leistete dagegen nur einen geringen Beitrag von 0,2 Prozentpunkten. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung über alle Wirtschaftsbereiche ist um 1,6 Prozent gestiegen (Vorjahr: +1,5 Prozent). Das größte Wachstum konnte dabei der Wirtschaftsbereich Information und Kommunikation mit einem Zuwachs von 2,9 Prozent verzeichnen. Die Unternehmensdienstleister legten um 2,8 Prozent, das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) legte um 2,2 Prozent zu.

Leicht gestiegene Inflationsrate. Die deutschen Verbraucherpreise erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2015 gegenüber 2014 um 0,3 Prozent. Eine im Jahresdurchschnitt so niedrigere Teuerungsrate gab es zuletzt in 2009. Ursächlich für die niedrige Inflationsrate sind insbesondere die anhaltenden Preisrückgänge im Energiebereich. So verbilligte sich Energie im Wesentlichen aufgrund der Rohölpreisentwicklung gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 7,0 Prozent. Die Preise für Waren sind in 2015 gegenüber 2014 um 0,8 Prozent gesunken, die für Dienstleistungen erhöhten sich insgesamt um 1,2 Prozent. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise insgesamt lag die Inflationsrate bei +1,1 Prozent.

2.1.2 Marktbezogene Entwicklung

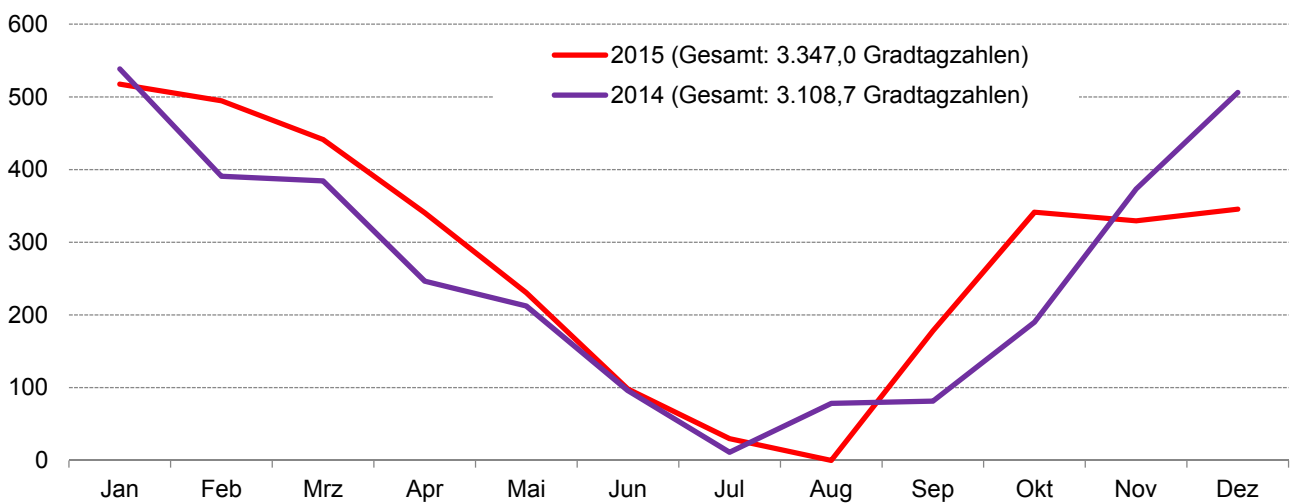
Witterungseinflüsse. Das Jahr 2015 ist das zweitwärmste Jahr in Deutschland. Insbesondere der November 2015 sowie der Dezember 2015 waren die wärmsten Monate seit Beginn der flächendeckenden Messungen im Jahr 1881. Im Jahresdurchschnitt lagen die tagesmittleren Außentemperaturen in Hannover bei 10,6 Grad Celsius gegenüber einem Jahresdurchschnitt in 2014 von 11,1 Grad Celsius.

Tagesmittlere Außentemperatur für Hannover
 Monatswerte in Grad Celsius



Die im Jahresdurchschnitt 2015 unter dem Vorjahr liegenden tagesmittleren Außentemperaturen führten zu einer Zunahme der Gradtagzahlen¹ um rund 238 auf 3.347 in 2015 – als Indikator für den Heizenergiebedarf in Hannover.

Gradtagzahlen
 Monatswerte in Kelvin



¹ Die Gradtagzahl ist eine heiztechnische Kenngröße, die den Zusammenhang zwischen der Außenlufttemperatur und der gewünschten Raumtemperatur herstellt. Die Berechnung folgt der VDI-Richtlinie 3807 bei einer Raumtemperatur von 20 Grad Celsius und einer Heizgrenztemperatur von 15 Grad Celsius.

Primärenergieverbrauch leicht gestiegen. Nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) ist der Primärenergieverbrauch in Deutschland für das Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent von 449,0 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten* (t SKE) auf 455,0 Mio. t SKE gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die gegenüber dem Vorjahr etwas kühlere Witterung und dem damit verbundenen höheren Heizenergiebedarf zurückzuführen.

Die Struktur des Primärenergieverbrauchs nach Energieträgern stellt sich nach Angaben der AG Energiebilanzen wie folgt dar:

Primärenergieträger	2015	2014*
Anteile in Prozent		
Mineralöle	33,8	34,3
Erdgas	21,0	20,4
Steinkohle	12,7	12,9
Erneuerbare Energien	12,6	11,5
Braunkohle	11,9	11,9
Kernenergie	7,5	8,1
Sonstige einschließlich Außenhandel	0,4	0,8

* Die Werte für 2014 wurden im Vergleich zur Berichterstattung im Lagebericht 2014 teilweise an die endgültigen Berechnungen der AG Energiebilanzen angepasst.

Insgesamt hat sich die Struktur des Primärenergieverbrauchs in 2015 trotz des weiteren Ausbaus bei der Nutzung der erneuerbaren Energien nur unwesentlich verändert. Die Nutzung der erneuerbaren Energien erhöhte sich um 10,5 Prozent, sodass ihr Anteil am Gesamtverbrauch auf 12,6 Prozent gestiegen ist. Der Erdgasverbrauch erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund der gegenüber dem Vorjahr kühleren Witterung um 5,0 Prozent. Die milde Witterung des vierten Quartals 2015 hemmte jedoch einen weiteren Anstieg des Erdgasverbrauchs. Der Einsatz der Kernenergie verminderte sich aufgrund der Außerbetriebnahme des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld zur Mitte des Jahres um 5,8 Prozent. Der Verbrauch an Braunkohle ist nur unwesentlich um 0,9 Prozent gestiegen, der Verbrauch an Steinkohle sank leicht um 0,7 Prozent.

Gestiegener Erdgas- und Stromverbrauch. Entgegen dem Vorjahr ist nach vorläufigen Schätzungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e. V., Berlin, (BDEW) der Erdgasverbrauch in 2015 um rund 5 Prozent auf rund 863 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) (Vorjahr: rund 825 Mrd. kWh) gestiegen. Ursache für den gestiegenen Verbrauch sind im Wesentlichen die gegenüber dem Vorjahr deutlich kühleren Temperaturen im ersten Halbjahr 2015. Der Brutto-Stromverbrauch in Deutschland ist nach vorläufigen Schätzungen des BDEW im Jahr 2015 mit voraussichtlich insgesamt etwa 552 Mrd. kWh um rund 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahresniveau gestiegen. Die Zunahme ist neben den Witterungsbedingungen im Wesentlichen auf die positive konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen.

Erneuerbare Energien erneut wichtigster Energieträger. Nach vorläufigen Berechnungen des BDEW ist die Bruttostromerzeugung in 2015 (etwa 647 Mrd. kWh) im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 Prozent gestiegen, wobei der Anteil der erneuerbaren Energien (EEG-Strom) auf voraussichtlich 30,0 Prozent (Vorjahr: 25,9 Prozent*) gestiegen ist. Damit sind die erneuerbaren Energien erneut der wichtigste Energieträger, gefolgt von Braunkohle mit einem Anteil von 24,0 Prozent (Vorjahr: 24,8 Prozent*).

Der Beitrag der regenerativen Energieträger an der Bruttostromerzeugung stellt sich nach vorläufigen Angaben des BDEW wie folgt dar:

	Bruttostromerzeugung		Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung	
	in Mrd. kWh		in Prozent	
	2015	2014*	2015	2014*
Windenergie	86,0	57,3	13,3	9,1
Biomasse	44,2	43,3	6,8	6,9
Photovoltaik	38,5	36,1	5,9	5,7
Wasserkraft	19,5	19,6	3,0	3,1
Müll und sonstige erneuerbare Energien	5,7	6,1	0,9	1,0
Geothermie	0,125	0,098	0,0	0,0
Gesamt	194,1	162,5	30,0	25,9

* Die Werte für 2014 wurden im Vergleich zur Berichterstattung im Lagebericht 2014 an die zuletzt veröffentlichten Werte des BDEW angepasst.

Windenergie bleibt mit einer Zunahme von 50,1 Prozent und einer Erzeugung von 86,0 Mrd. kWh weiterhin die wichtigste erneuerbare Energieform.

Rückgang der Stromnotierungen am Terminmarkt hält weiter an. Im Geschäftsjahr 2015 beziehungsweise im Vorjahr notierten die Kontrakte auf dem Terminmarkt der European Energy Exchange (EEX) wie folgt (in EUR je MWh):

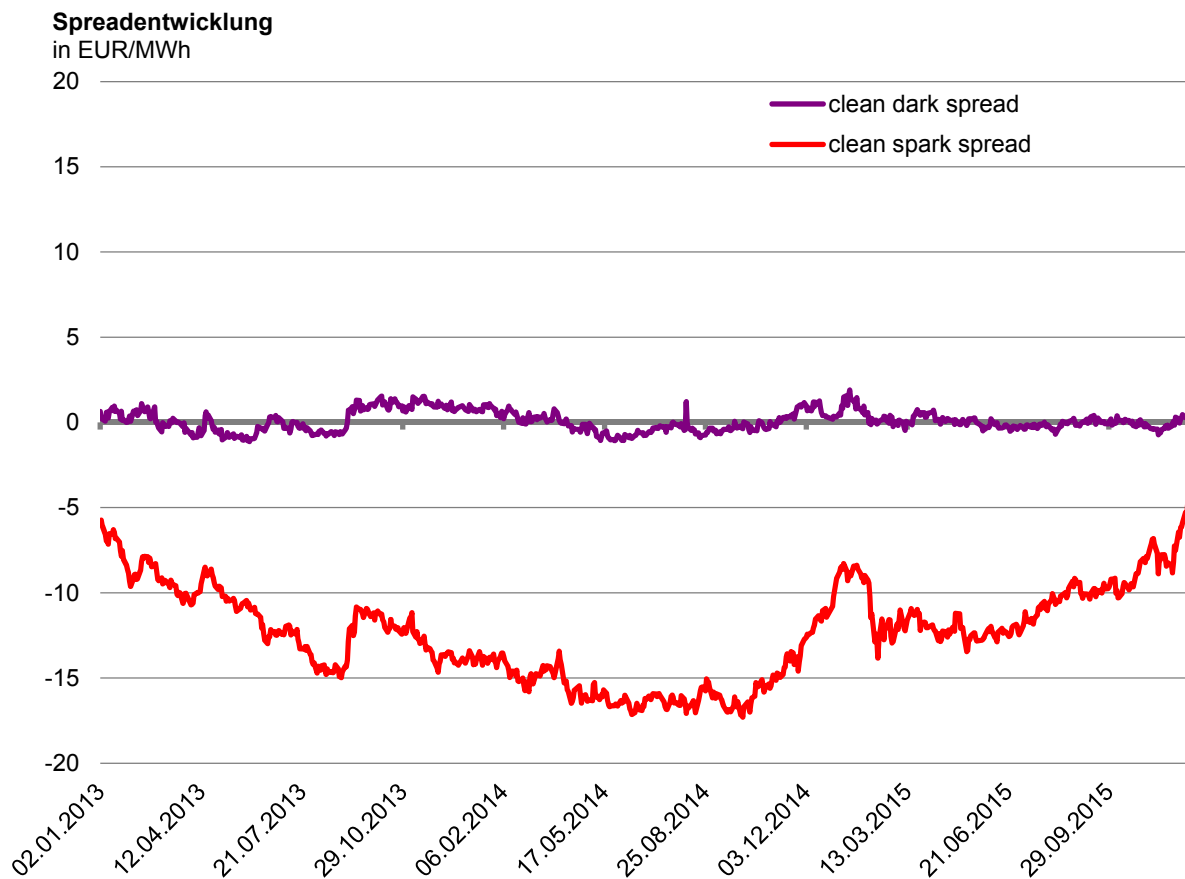
2015	Baseload			Peakload			
	Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
	2016	30,97	27,94	33,97	39,06	34,77	43,58
	2017	30,25	26,40	33,01	38,47	33,33	42,72

2014	Baseload			Peakload			
	Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
	2015	35,09	33,77	36,90	44,40	42,50	47,55
	2016	34,26	32,87	36,50	43,51	41,74	46,65

Die Preisrückgänge für Stromnotierungen am Terminmarkt setzten sich im Jahr 2015 weiter fort. So sanken die durchschnittlichen Preise in 2015 für Lieferungen im jeweiligen Frontjahr gegenüber dem Vorjahr für das Produkt Baseload um 11,7 Prozent (Vorjahr: -10,2 Prozent) und für das Produkt Peakload um 12,0 Prozent (Vorjahr: -10,6 Prozent). Die Ursachen für den negativen Trend liegen nach wie vor im Wesentlichen in dem weiter steigenden Ausbau der erneuerbaren Energien sowie dem anhaltenden niedrigen Preisniveau für Kohle.

Spreadentwicklung. Da das Erzeugungsportfolio zum Großteil aus Steinkohle- und Gaskraftwerken besteht, ist die Ergebnisentwicklung insbesondere durch die realisierten Clean Dark Spreads und Clean Spark Spreads geprägt. Der Terminmarkt für das Lieferjahr 2016 zeigt diese beiden Entwicklungen. Der Clean Dark Spread hat sich seit 2013 auf dem Niveau von etwa Null EUR/MWh gefestigt. Nachdem Anfang 2015 noch positive Werte über 1 EUR/MWh auftraten, pendelte der Clean Dark Spread unwesentlich zwischen dem positiven und negativen Bereich und erreichte 2015 im Mittel 0,06 EUR/MWh. Bedingt durch den zunehmenden Einfluss der regenerativen Kapazitäten bis in den Grundlastbe-

reich sind hier Steinkohleanlagen nicht mehr marktfähig und werden im Offpeak-Bereich zunehmend nicht eingesetzt. Beim Clean Spark Spread erfolgte in 2014 eine Trendumkehr mit einem seit etwa Mitte 2014 steigenden Wert. Während sich der Clean Spark Spread im ersten Halbjahr 2015 zunächst seitwärts bewegte, stieg er danach wieder kontinuierlich an und erreichte Ende 2015 rund -4 EUR/MWh, bei einem Jahresmittel von $-10,40$ EUR/MWh. Der Clean Spark Spread profitierte dabei vom anhaltenden Verfall der Erdgaspreise, der sich auch in 2015 fortsetzte.



Weiter sinkendes Erdgaspreisniveau. Auch in 2015 waren die drei größten Lieferländer für Erdgas weiterhin die Russische Föderation, Norwegen und die Niederlande. Mengenmäßig lagen die Erdgasimporte im Beobachtungszeitraum Januar bis November 2015 um 20,3 Prozent über der Vergleichsperiode (Vorjahr: $-4,3$ Prozent). Der durchschnittliche Grenzübergangspreis pro Terajoule Erdgas ist im Zeitraum Januar bis November 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nach vorläufigen Angaben des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn, (BAFA) um 12,7 Prozent (Vorjahr: $-15,0$ Prozent) gesunken. Im November 2015 lag der Grenzübergangspreis für eine Kilowattstunde Erdgas durchschnittlich bei circa 1,83 EUR-Cent und damit um 22,2 Prozent niedriger als im November 2014 (November 2014: circa 2,35 EUR-Cent). Im Beobachtungszeitraum lag der durchschnittliche Grenzübergangspreis für eine Kilowattstunde Erdgas bei 2,05 EUR-Cent (Vorjahr: 2,35 EUR-Cent).

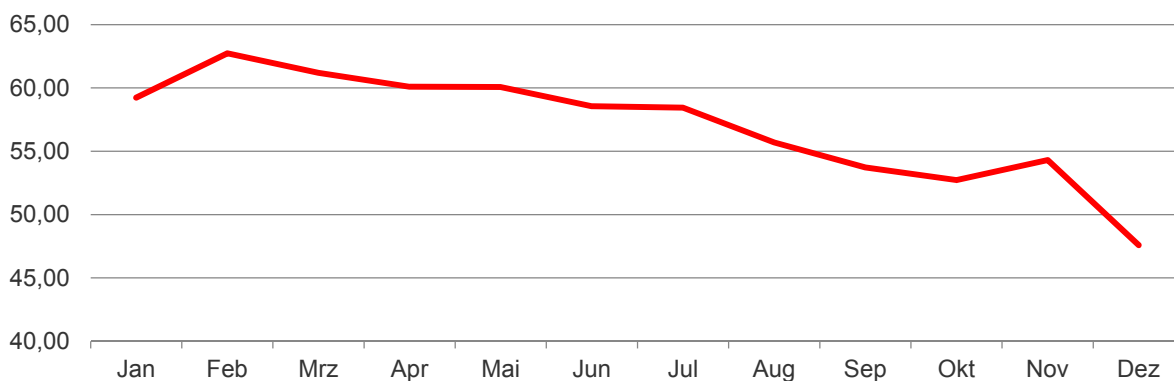
Weiter sinkende Gaspreise am Terminmarkt. Im Geschäftsjahr 2015 notierten die durchschnittlichen Gaspreise am Title Transfer Facility (TTF) im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	2015	2014	Veränderung	
	in EUR je MWh	in EUR je MWh	in EUR je MWh	in Prozent
Lieferjahr 2016	20,06	24,60	-4,54	-18,5
Lieferjahr 2017	20,21	24,41	-4,20	-17,2

Kohlenotierungen. Die monatlichen Kohlenotierungen (API#2-Index²) für Lieferungen nach Nordwesteuropa bewegten sich im Jahresverlauf 2015 rückläufig in einer Bandbreite von 15,16 US-Dollar/t. Ausgehend von 59,23 US-Dollar/t im Januar stiegen die Notierungen im Februar auf ihren Höchststand von 62,74 US-Dollar/t und fielen danach im Dezember auf 47,58 US-Dollar/t. Insgesamt lagen die Kohlenotierungen während des Jahres 2015 um etwa 24,4 Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum 2014.

Kohlenotierungen (API#2-Index)

in US-Dollar je metrische Tonne (CIF ARA)



Gründe für den weiteren Preisrückgang bei Kohle sind der Einbruch der chinesischen und indischen Kohleimporte, der schwer auf den Kohlepreisen lastet, sowie die schrumpfende Nachfrage in den Industrieländern aufgrund des weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien. Zudem haben kohleproduzierende Unternehmen zur Verteidigung von Marktanteilen und Generierung von Cash Flows ihr Angebot nicht an die rückläufige Nachfrage angepasst.

Kohlenotierungen (API#2-Index)	2015	2014
in US-Dollar je metrische Tonne (CIF ARA)		
(Quelle: Global Coal)		
erstes Halbjahr	60,32	76,89
zweites Halbjahr	53,74	74,03
Jahresdurchschnitt	57,03	75,46

Das BAFA ermittelt unter Zugrundelegung von Notierungen für importierte Steinkohle den Preis für die in Deutschland geförderte Steinkohle. Der BAFA-Preis spiegelt damit mit zeitlicher Verzögerung die internationale Preisentwicklung wider. Im dritten Quartal 2015 lag der durchschnittliche Preis je Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) gemäß BAFA bei 66,10 EUR je t SKE (drittes Quartal 2014: 71,21 EUR je t SKE). Der Jahresdurchschnittswert für 2015 ist zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Lageberichts noch nicht bekanntgegeben (2014: 72,94 EUR je t SKE).

² API#2-Index: Preis in US-Dollar je metrische Tonne für Importe CIF ARA (Amsterdam/Rotterdam/Antwerpen) für Steinkohle mit einem Heizwert von 6.000 kcal/kg

Anhaltender Preisverfall am Ölmarkt. Der bereits im zweiten Halbjahr 2014 einsetzende deutliche Preisrückgang setzte sich im Jahr 2015 weiter fort. Insgesamt lagen die Handelspreise für einen Barrel der Nordseeölsorte Brent-Rohöl an der International Commodities Exchange (ICE) in London 2015 mit durchschnittlich 52,39 US-Dollar sehr deutlich unter dem Vorjahresniveau von 99,09 US-Dollar je Barrel. Der Mittelwert für das Frontjahr lag 2015 insgesamt bei 52,67 US-Dollar je Barrel und damit ebenfalls deutlich unter dem Niveau von 2014 in Höhe von 97,59 US-Dollar je Barrel.

Brent Dated

in US-Dollar je Barrel (ICE)



Im ersten Halbjahr 2015 lag das Ölpreisniveau bei durchschnittlich 57,87 US-Dollar je Barrel (erstes Halbjahr 2014: 108,98 US-Dollar je Barrel) und erreichte am 12. Mai 2015 mit einem Schlusskurs von 66,04 US-Dollar je Barrel sein Jahreshoch. Im zweiten Halbjahr 2015 gerieten die Ölnotierungen im Wesentlichen aufgrund der anhaltenden Überversorgung des Ölmarktes zunehmend unter Druck, so dass ein deutlicher Preisrückgang einsetzte. Der Ölpreis fiel im zweiten Halbjahr 2015 auf durchschnittlich 46,95 US-Dollar je Barrel und ließ das Jahr 2015 mit dem Jahrestiefstwert von 35,35 US-Dollar je Barrel am 22. Dezember 2015 enden.

Nach vorläufigen Berechnungen des BAFA sind die Rohöleinfuhren in die Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum Januar bis November 2015 gegenüber der entsprechenden Referenzperiode 2014 um 2,1 Prozent von 81,3 Mio. Tonnen auf 83,0 Mio. Tonnen gestiegen. Der Grenzübergangspreis für die Tonne Importrohöl lag im Durchschnitt von Januar bis November 2015 mit 363,87 EUR um etwa 36,1 Prozent niedriger als im Vorjahresvergleichszeitraum (569,05 EUR).

Gestiegenes Preisniveau am CO₂-Markt. Das Futureprodukt der EEX EUA Mid Dec 2015 zeigte bei einem gestiegenem Preisniveau einen Durchschnittspreis von 7,70 EUR (Vorjahr: 5,96 EUR).

Notierungen für CO₂-Zertifikate

2015	2014
EEX Future EUA	EEX Future EUA
Mid Dec 2015	Mid Dec 2014

in EUR je Tonne

Jahresdurchschnitt	7,70	5,96
Tages-Maximum	8,68	7,21
Tages-Minimum	6,44	4,41

EEG-Umlage 2016 steigt um 3,0 Prozent. Die Übertragungsnetzbetreiber sind gemäß Ausgleichsmechanismusverordnung verpflichtet, bis zum 15. Oktober eines Kalenderjahres die EEG-Umlage für das folgende Kalenderjahr zu ermitteln und zu veröffentlichen. Danach beträgt die EEG-Umlage für nicht privilegierten Letztverbraucherabsatz für das Jahr 2016 6,354 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) (2015: 6,170 ct/kWh). Dies entspricht einem Umlagebetrag für 2016 von circa 22,9 Mrd. EUR pro Jahr (Vorjahr: circa 21,8 Mrd. EUR).

2.2 Wesentliche politische Rahmenbedingungen

Politische und regulatorische Vorgaben sowie Marktentwicklungen bilden die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft, die regelmäßig durch markt- und wettbewerbsorientierte Maßnahmen beeinflusst wird. Die Geschäftspolitik der auf diesem Gebiet tätigen Unternehmen muss daher immer wieder an die sich ändernden Voraussetzungen und Regularien angepasst werden. SWH wird sich auch künftig mit den sich ändernden Rahmenbedingungen auseinandersetzen und nach praktikablen und vertretbaren Wegen der Umsetzung suchen.

Im Folgenden sind ausgewählte gesetzliche Neuerungen während des Geschäftsjahres 2015 dargestellt, die von Bedeutung für die Geschäftstätigkeit von SWH sind.

2.2.1 Europäische Energiepolitik

Finanzmarktrichtlinie MiFID II. Im Juni 2014 wurden die Richtlinie für Markets in Financial Instruments (MiFID II) sowie die Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Hierzu führt die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA (European Securities and Markets Authority) einen umfangreichen Konsultationsprozess durch. Dieser Konsultationsprozess als untergesetzliches Verfahren zur Konkretisierung der Bestimmungen der MiFID II ist hinsichtlich der Auswirkungen gerade auf die Energiewirtschaft von großer Wichtigkeit. Insbesondere die Formulierung der Nebentätigkeitsausnahme ist für Energieversorgungsunternehmen von erheblicher Bedeutung, damit sie nicht unter die verschärften Anforderungen der MiFID II fallen.

Anfang Januar 2015 ist die REMIT Durchführungsverordnung (Regulation on Wholesale Energy Market Integrity and Transparency) in Kraft getreten, wonach von den Unternehmen umfangreiche Daten, insbesondere aus dem Großhandel, an die Europäische Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) zu melden sind.

Rahmenstrategie zur Energieunion. Im Februar 2015 stellte die Europäische Kommission ihre Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie vor. Ziel der Energieunion ist die Versorgung der Verbraucher in der EU mit sicherer, nachhaltiger, auf Wettbewerbsbasis erzeugter und erschwinglicher Energie. Zur Zielerreichung konzentriert sich die Energieunion auf fünf sich gegenseitig unterstützende Komponenten: Versorgungssicherheit, einem vollständig integrierten europäischen Energiemarkt, Energieeffizienz als Beitrag zur Senkung des Energiebedarfs, Verringerung der CO₂-Emissionen aus der Wirtschaft sowie Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit im Energiebereich. Dabei stützt sich die Rahmenstrategie zur Energieunion auf den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und die Strategie für Energieversorgungssicherheit. Mitte März 2015 wurde die Rahmenstrategie zur Energieunion vom Europäischen Rat weitgehend bestätigt und Ende November 2015 verständigte sich der Ministerrat der EU auf Grundsätze zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele. Ein besonderes Augenmerk liegt bei der Umsetzung der Energieunion zunächst auf der tatsächlichen Umsetzung der Energiebinnenmarktregeln sowie auf der Überprüfung des Marktdesigns.

Sommerpaket zum europäischen Energiemarkt. Im Zusammenhang mit der Rahmenstrategie hat die EU-Kommission im Juli 2015 ihre Vorstellungen zum Energieendkundenmarkt, zum Strommarktdesign, zur Energieverbrauchskennzeichnung von Produkten und zum Emissionshandel sowie Best Practices zum Thema Energieeigenverbrauch veröffentlicht. In diesem Kontext ist auch das Grünbuch zur Energiemarktregulierung (Energy Regulation: A Bridge to 2025) entwickelt worden. Darin enthalten sind Vorschläge zu Kompetenzverlagerungen von den nationalen Regulierungsbehörden in Richtung der europäischen Regulierungsbehörde ACER, weitere Verschärfungen von Entflechtungsvorschriften bis möglicherweise zur eigentumsrechtlichen Entflechtung im Verteilnetzbereich, die Begrenzung bestehender Ausnahmeregelungen (De-Minimis-Regeln), die Vereinheitlichung von Service-Qualitäten und die Verkürzung von Lieferantenschwefelfristen auf 24 Stunden.

Emissionshandel. Im Januar 2014 legte die EU-Kommission einen Vorschlag für die Einführung einer Marktstabilitätsreserve für das EU-Emissionshandelssystem ab dem Jahr 2021 vor. Mit der Marktstabilitätsreserve soll die verfügbare Menge an Zertifikaten an die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst und bestehende Überschüsse an Emissionsrechten im Markt abgebaut werden. Im Mai 2015 haben sich nun die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie der Rat der Europäischen Union darauf verständigt, die Marktstabilitätsreserve bereits zum 1. Januar 2019 einzuführen und die über das Backloading aus dem Handel genommenen Emissionsrechte dieser Reserve zuzuführen. Ungenutzte Zertifikate aus der Neuanlagenreserve sollen ab 2020 direkt in die Marktstabilitätsreserve überführt werden. Das Europäische Parlament stimmte bereits Anfang Juli 2015 dem geplanten Gesetzentwurf zur Einführung der Marktstabilitätsreserve zu, die Zustimmung des Umweltministerrats erfolgte im September 2015.

Der Europäische Rat hatte sich im Oktober 2014 auf die Leitlinien für die EU-Energie- und Klimaziele bis zum Jahr 2030 verständigt. In Bezug auf die Treibhausgase soll bis zum Jahr 2030 eine Reduktion von 40 Prozent (gegenüber dem

Basisjahr 1990) erreicht werden. Dieses Ziel soll wie bisher auch auf Ebene der Mitgliedstaaten individuell verpflichtend ausgestaltet werden. Kernpunkte der am 15. Juli 2015 von der EU-Kommission vorgeschlagenen Novelle des EU-Emissionshandelssystems sind der sogenannte lineare Reduktionsfaktor in Höhe von 2,2 Prozent und die Festlegung, dass Erlöse aus 310 Mio. auktionierten Zertifikaten in einen Modernisierungsfonds fließen sollen. Der Modernisierungsfonds soll für den Zeitraum 2021 bis 2030 eingerichtet werden und Staaten Zugang zu dessen Mitteln gewähren, die weniger als 60 Prozent des europäischen Durchschnitts-BIP/Kopf erreichen. Bisher sollte die zugelassene jährliche Menge an Emissionsrechten um 1,74 Prozent reduziert werden. Die Novelle wird in den kommenden Monaten im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren zwischen EU-Parlament und Ministerrat beraten werden.

2.2.2 Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland

Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE). Um das deutsche Effizienzziel, den Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 gegenüber 2008 um 20 Prozent zu senken und bis 2050 zu halbieren, zu erreichen, verabschiedete die Bundesregierung im Dezember 2014 einen Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE). Schwerpunkt dieses Aktionsplans ist die Senkung des Endenergieverbrauchs. Dafür wurden zahlreiche Sofortmaßnahmen sowie weiterführende Arbeitsprozesse entwickelt. Zu den Kernmaßnahmen des Aktionsplans gehören unter anderem die steuerliche Förderung für energetische Gebäudesanierungen, die Aufstockung des Gebäudesanierungsprogramms, die Einführung wettbewerblicher Ausschreibungen für Stromeffizienzmaßnahmen sowie die Ausweitung von Ausfallbürgschaften für Contractingprojekte.

Novelliertes Energiedienstleistungsgesetz in Kraft getreten. Am 22. April 2015 ist das novellierte Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (EDL-G) in Kraft getreten. Das novellierte EDL-G regelt die Einführung verpflichtender Energieaudits für Nicht-KMU und setzt damit einen Teil der EU-Energieeffizienzrichtlinie in nationales Recht um. Nicht-KMU, zu denen die SWH zählt, müssen demnach erstmalig bis zum 5. Dezember 2015 und danach mindestens alle vier Jahre ein Energieaudit durchführen, das grundsätzlich nach DIN EN 16247-1 zu erfolgen hat. Alternativ zugelassen ist die Einführung eines Energiemanagementsystems nach DIN EN ISO 50001 oder eines Umweltmanagementsystems nach EMAS (Eco-Management and Audit Scheme).

Nicht nur Aufwendersersatz für Redispatch-Maßnahmen. In seinem Beschluss vom 28. April 2015 hat der 3. Kartellsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf aufgrund von 25 Beschwerden von Kraftwerksbetreibern zwei Beschlüsse der BNetzA, mit denen der Einsatz und die Kostenerstattung für stromnetzstabilisierende Kraftwerkseinsätze geregelt werden, aufgehoben. Die BNetzA hatte im Jahr 2012 Vorgaben gemacht, wie und in welcher Reihenfolge Kraftwerke zur Vermeidung von Stromnetzengpässen zum Herauf- oder Herunterfahren der Kraftwerke verpflichtet sind und festgelegt, dass die Kraftwerksbetreiber für einen solchen sogenannten Redispatch-Einsatz ihrer Kraftwerke im Regelfall nur einen Aufwendersersatz erhalten. Insbesondere die Redispatch-Vergütungsregelung mit ihrer Beschränkung auf einen bloßen Aufwendersersatz hält der Senat des Oberlandesgerichts Düsseldorf für zu restriktiv und geht davon aus, dass im Grundsatz auch weitere im Zusammenhang mit der Redispatch-Anweisung entstehende Kosten und entgangene Gewinnmöglichkeiten ersatzfähig seien. Auch die Vorgaben zur Durchführung von Redispatch-Maßnahmen in der Festlegung „Standardisierung vertraglicher Rahmenbedingungen für Eingriffsmöglichkeiten der Übertragungsnetzbetreiber in die Fahrweise von Erzeugungsanlagen“ wurden vom Oberlandesgericht beanstandet und Teilregelungen als rechtswidrig erachtet.

Im Juni 2015 hatte die BNetzA zunächst nur die Festlegung zur Standardisierung vertraglicher Rahmenbedingungen für Eingriffsmöglichkeiten der Übertragungsnetzbetreiber in die Fahrweise von Erzeugungsanlagen (BK6-11-098) vollständig gegenüber allen Marktteilnehmern zurückgenommen. Die Festlegung von Kriterien für die Bestimmung einer angemessenen Vergütung bei strombedingten Redispatch-Maßnahmen und bei spannungsbedingten Anpassungen der Wirkleistungseinspeisung (BK8-12-019) blieb dagegen, mit Ausnahme für die Beschwerdeführer, zunächst weiterhin gültig. Mit Beschluss vom 19. August 2015 hat die zuständige Beschlusskammer 8 die Festlegung zur angemessenen Vergütung von Redispatch-Maßnahmen dann gegenüber allen Adressaten rückwirkend zum 17. Dezember 2012 zurückgenommen.

Einigung in der Energiepolitik. Anfang Juli 2015 konnte sich die Große Koalition in zentralen Fragen der Energiepolitik einigen. Unter anderem wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- Grundsatzentscheidung für einen Strommarkt 2.0: Der Strommarkt soll zu einem Strommarkt 2.0 weiterentwickelt werden, der um eine Kapazitätsreserve außerhalb des Strommarktes ergänzt werden soll. Die Kapazitätsreserve soll dabei nur Kraftwerke umfassen, die nicht am Strommarkt teilnehmen und den Wettbewerb und die Preisbildung nicht verzerren.

- Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung: Die effiziente und klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) soll auch in Zukunft eine wichtige Rolle im Rahmen der Energiewende spielen. Dafür soll das KWK-Gesetz novelliert werden.
- CO₂-Minderungsbeitrag des Stromsektors: Der Minderungsbeitrag von 22 Mio. t CO₂ bis 2020 soll durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen insbesondere im Stromsektor erbracht werden. Dabei ist unter anderem vorgesehen Braunkohlekraftwerksblöcke mit einem Umfang von 2,7 GW schrittweise stillzulegen.

Strommarkt 2.0. Am 3. Juli 2015 legte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) zunächst das Weißbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ vor, mit dem sich das BMWi klar für eine Weiterentwicklung des bestehenden Strommarktes hin zu einem Strommarkt 2.0 ausspricht. Mit dieser Grundsatzentscheidung wurde die Einführung eines Kapazitätsmarktes abgelehnt. Das BMWi geht davon aus, dass der Strommarkt 2.0 Versorgungssicherheit gewährleistet, kostengünstiger als ein Kapazitätsmarkt ist, Anreize für Innovationen schafft und die Integration hoher Anteile erneuerbarer Energien ermöglicht.

Im September 2015 legte das BMWi einen Referentenentwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz) vor, mit dem wichtige Punkte des „Eckpunktepapiers für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende“ vom 1. Juli 2015 und die Kernpunkte des Weißbuchs zum Strommarkt umgesetzt werden sollen. Bei dem Strommarktgesetz handelt es sich um ein Mantelgesetz, das verschiedene Gesetze und Verordnungen, wie beispielsweise das EnWG, das EEG sowie die Reservekraftwerksverordnung, ändert. Wichtige Maßnahmen des Strommarktgesetzes sind unter anderem:

- Garantie der freien Preisbildung
- Überwachung der Versorgungssicherheit
- Einführung einer Kapazitätsreserve
- Weiterentwicklung der Regelleistungsmärkte
- Erhöhung der Transparenz im Strommarkt
- Verlängerung der Netzreserve

Zusätzlich sieht das Strommarktgesetz vor, dass Braunkohlekraftwerksblöcke mit einer Gesamtleistung von 2,7 Gigawatt schrittweise ab dem Jahr 2016 aus dem Markt genommen und vorläufig stillgelegt werden. Für jeweils vier Jahre stehen diese Kraftwerke als letzte Absicherung der Stromversorgung bereit, bevor sie nach Ablauf der vier Jahre endgültig stillgelegt werden. Diese befristete Überführung von Braunkohlekraftwerken in eine Sicherheitsbereitschaft und ihre anschließende endgültige Stilllegung soll einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz sowie zur Versorgungssicherheit leisten.

Die nähere Ausgestaltung der Kapazitätsreserve erfolgt in der Verordnung zur Regelung des Verfahrens der Beschaffung, des Einsatzes und der Abrechnung einer Kapazitätsreserve (Kapazitätsreserveverordnung - KapResV). Die Kapazitätsreserve wird außerhalb des Strommarktes eingerichtet und soll die Versorgungssicherheit auch bei nicht vorhersehbaren Ereignissen gewährleisten. Zentrales Merkmal der Kapazitätsreserve ist, dass diese nur Kraftwerke umfasst, die nicht am Strommarkt teilnehmen. Die Reserve fungiert als ein zusätzlicher Kapazitätspuffer, um nicht vorhersehbare, außergewöhnliche Extremsituationen abzufangen. Für die Reserve ist eine Größe von circa 4,4 Gigawatt vorgesehen und wird in einer technologieutralen Ausschreibung gemeinsam von den vier Übertragungsnetzbetreibern beschafft.

Am 4. November 2015 wurden die Entwürfe des Strommarktgesetzes und der Kapazitätsreserveverordnung im Kabinett beschlossen. Das Gesetzgebungsverfahren zum Strommarktgesetz soll im Frühjahr 2016 abgeschlossen werden. Die Kapazitätsreserveverordnung soll nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens in Kraft treten.

Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende. Mit dem Gesetzentwurf zur Digitalisierung der Energiewende sollen die Rahmenbedingungen für intelligente Netze geschaffen werden. Das Gesetz regelt die Pflicht zum Einbau und die technischen Mindestanforderungen für moderne und kommunikationsfähige Stromzähler und intelligente Messsysteme (Smart Meter). Am 4. November 2015 hat das Bundeskabinett den vorgelegten Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende beschlossen. Kernpunkte des Gesetzentwurfes sind neben den technischen Mindestanforderungen zur Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit, der abschließenden Regelung des zulässigen Datenverkehrs sowie der Regelungs- und Regulierungsrahmen für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen insbesondere der stufenweise Einbau der intelligenten Messsysteme, der durch ein neues Messstellenbetriebsgesetz geregelt werden soll. Das Messstellenbetriebsgesetz regelt zunächst die technischen Vorgaben für den Einbau und Betrieb der modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsysteme, beinhaltet aber auch die buchhalterische Ent-

flechtung für den grundzuständigen Messstellenbetreiber. Das Gesetzgebungsverfahren zum Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende soll zum Herbst 2016 abgeschlossen werden.

Neuregelung des KWKG-Gesetzes. Am 23. September 2015 hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) beschlossen. Mit der Neuregelung soll sichergestellt werden, dass die hoch effiziente und klimafreundliche KWK auch in Zukunft eine wichtige Rolle bei der weiteren Umsetzung der deutschen Energiewende spielt. Die im Dezember 2015 sowohl vom Bundestag als auch vom Bundesrat verabschiedete Neuregelung des KWKG beinhaltet unter anderem als Ausbauziel einen KWK-Anteil an der Nettostromerzeugung von 110 TWh bis zum Jahr 2020 sowie von 120 TWh bis zum Jahr 2025. Zur Erreichung des Ausbauziels ist unter anderem eine verbesserte Förderung von neuen KWK-Anlagen in Höhe von jährlich 1,5 Mrd. EUR sowie eine Verlängerung des Förderrahmens bis zum Jahr 2022 vorgesehen. Außerdem beinhaltet die Neuregelung die Einführung von Zuschlägen für den Bestand an Gas-KWK-Anlagen, wobei eine Ausschlussklausel dazu führt, dass „Early Mover“ bei der Modernisierung mit Erweiterung von hocheffizienten Gas-KWK-Anlagen leer ausgehen, dazu zählt auch die GuD-Anlage des HKW Linden. Voraussetzung für die Förderung ist unter anderem eine elektrische Leistung von mehr als 2 MW sowie die Einspeisung ins öffentliche Netz. Anlagen, die bereits nach dem KWKG gefördert werden, haben allerdings keinen Anspruch auf diese Förderung. Die Neuregelung des KWKG ist am 1. Januar 2016 in Kraft getreten. Die beihilferechtliche Genehmigung der EU-Kommission soll noch Anfang 2016 erfolgen.

IT-Sicherheitsgesetz (ITSG). Im Juni 2015 wurde das IT-Sicherheitsgesetz beschlossen. Betreiber „kritischer Infrastrukturen“ werden darin verpflichtet, ein Mindestniveau an IT-Sicherheit einzuhalten und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Sicherheitsvorfälle zu melden. Kernforderung des IT-Sicherheitsgesetzes ist die Einführung eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) sowie die Zertifizierung durch eine unabhängige hierfür zugelassene Stelle. Energienetzbetreiber müssen bis zum 31. Januar 2018 die Umsetzung der Anforderungen des IT-Sicherheitskataloges der BNetzA nachweisen. Der IT-Sicherheitskatalog enthält Anforderungen zur Gewährleistung eines angemessenen Schutzes gegen Bedrohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme, die für einen sicheren Netzbetrieb notwendig sind. Der Geltungsbereich des IT-Sicherheitskatalogs umfasst alle zentralen und dezentralen Anwendungen, Systeme und Komponenten, die für einen sicheren Netzbetrieb notwendig sind. Daneben sind auch TK- und EDV-Systeme im Netz betroffen, die selbst zwar nicht direkt Teil der Netzsteuerung sind, deren Ausfall jedoch die Sicherheit des Netzbetriebs gefährden könnte.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Veränderungen in der Beteiligungsstruktur des SWH-Konzerns

Ausbau der Winderzeugungskapazitäten. Im Rahmen des strategischen Ausbaus der Erzeugung auf Basis regenerativer Energien wurden durch die eEG im Geschäftsjahr 2015 mehrere Projekte umgesetzt beziehungsweise vorangetrieben. Dies erfolgte über Erwerbe von Gesellschaften sowie die Gründung neuer Gesellschaften.

Erwerb Windpark Mangelsdorf GmbH. Durch notarielle Beurkundung vom 11. Februar 2015 und Eintragung in das Handelsregister am 23. Februar 2015 wurde die Windpark Mangelsdorf GmbH (WPMang) mit Sitz in Jerichow als 100-prozentige Tochtergesellschaft der eEG gegründet. Mit Kaufvertrag vom 18. März 2015 und Erfüllung der Vertragsbedingungen am 10. April 2015 hat die WPMang die Vermögensgegenstände und Schulden der Windkraft Jerichow-Mangelsdorf II GmbH & Co. KG, Jerichow, übernommen. Der Windpark umfasst vier Anlagen des Typs Vestas V-112 mit einer Gesamtleistung von 12,3 MW. Die jährliche Stromerzeugung soll 29,5 GWh betragen.

Gründung Energieversorgung Bergen GmbH & Co. KG. Im Februar 2015 wurde die Energieversorgung Bergen GmbH & Co. KG (EVB) mit Sitz in Bergen gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, die Errichtung, der Betrieb, der Erwerb von Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere Windenergieanlagen, sowie die Vermarktung von Energie, ferner der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an anderen Unternehmen mit ähnlichem Geschäftszweck, die Übernahme von Verwaltungsaufgaben, das Betriebsmanagement und die Betriebsführung von Anlagen Dritter sowie das Erbringen von kaufmännischen Dienstleistungen. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die ebenfalls im Februar 2015 gegründete Energieversorgung Bergen Verwaltungs GmbH (EVBV) mit Sitz in Bergen, die weder eine Einlage noch einen Kapitalanteil erbracht hat. Kommanditisten mit einer Einlage von jeweils 12,5 TEUR sind die eEG sowie die Wirtschaftsbetriebe Bergen GmbH, Bergen.

Gründung Windpark Münstedt II GmbH. Im Mai 2015 wurde die Windpark Münstedt II GmbH (WPMü2) mit Sitz in Ilsede als 100-prozentige Tochtergesellschaft der eEG gegründet und im Juni 2015 in das Handelsregister eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen und allen damit im Zusam-

menhang stehenden Geschäften sowie die Vermarktung der elektrischen Energie. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25 TEUR.

Umfirmierung in Windpark Lindewitt-Sillerup GmbH. Ebenfalls im Mai 2015 wurde in einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung die Firmierung der Windpark Münstedt GmbH durch Satzungsänderung in Windpark Lindewitt-Sillerup GmbH geändert und der Sitz von Lahstedt (OT Münstedt) nach Lindewitt verlagert. Darüber hinaus wurden keine Änderungen vorgenommen.

Gründung Windpark Esperke GmbH. Im September 2015 wurde die Windpark Esperke GmbH (WPE) mit Sitz in Neustadt am Rübenberge, Ortsteil Esperke, als 100-prozentige Tochtergesellschaft der eEG gegründet. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25 TEUR. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen und allen damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Vermarktung der elektrischen Energie.

Erwerb Windpark Groß Eilstorf. Im November 2015 hat die eEG alle Anteile an der Unternehmensgruppe um die Windpark Groß Eilstorf GmbH, Verden, erworben. Die Unternehmen betreiben 17 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 52,3 MW und wurden nach dem Anteilserwerb auf die Windpark Groß Eilstorf GmbH verschmolzen.

Gründung Windpark Müden/Aller GmbH. Anfang Dezember 2015 wurde die Windpark Müden/aller GmbH (WPMA) mit Sitz in Müden/Aller gegründet. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25 TEUR und wurde in Höhe von 15 TEUR von der eEG übernommen. Die restlichen Anteile in Höhe von 10 TEUR wurden von der WindStrom Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG mit Sitz in Edemissen übernommen. Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, ist die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen und allen damit im Zusammenhang stehenden Geschäften sowie die Vermarktung der elektrischen Energie.

Verschmelzung GWK-Gesellschaften. Durch im Dezember 2014 notariell beurkundeten Kauf- und Abtretungsvertrag hatte die SWH mit wirtschaftlicher Wirkung zum 31. Dezember 2014 jeweils weitere Anteile an der GWK Beteiligungs-GmbH, Hannover, sowie der Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Braunschweig GmbH & Co. KG, Hannover, erworben. Die Beteiligung der SWH an beiden Gesellschaften erhöhte sich dadurch jeweils um 16,66 Prozent von 66,67 Prozent auf 83,33 Prozent. Im Folgenden wurden die Anteile an den GWK-Gesellschaften in die KWM gegen Ausgabe neuer Gesellschaftsanteile eingebracht und anschließend die GWK Beteiligungs-GmbH auf die KWM – mit der Folge einer Anwachsung des Vermögens der Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Braunschweig GmbH & Co. KG – verschmolzen. Die Verschmelzung wurde im Juni 2015 in das Handelsregister eingetragen.

Erwerb sämtlicher Anteile an der Metegra und Verschmelzung auf SWH. Im November 2015 wurden durch Kauf- und Übertragungsverträge die bisher nicht von der SWH gehaltenen 75 Prozent der Anteile an der Metegra GmbH, Laatzen, erworben. Die Gesellschaft hat zum Jahresende ihren Geschäftsbetrieb eingestellt und wurde im Dezember 2015 auf die SWH verschmolzen.

3.2 Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nachfolgerin im SWH-Vorstand. Anfang Mai 2015 hat der Aufsichtsrat der SWH Frau Dr. Susanna Zapreva-Hennerbichler als Nachfolgerin des zum 31. März 2016 in den Ruhestand gehenden Vorstandsvorsitzenden Herrn Michael Feist mit einer Vertragslaufzeit von fünf Jahren bestellt. Frau Dr. Zapreva-Hennerbichler wird ihre Tätigkeit bereits zum 1. März 2016 zunächst als Vorstand ohne Geschäftsbereich aufnehmen. Ab dem 1. April 2016 wird Frau Zapreva-Hennerbichler dann die Funktion der kaufmännischen Direktorin und Vorstandsvorsitzenden übernehmen.

Senkung Fernwärmepreis. Zum 1. Oktober 2015 wurden die Fernwärmepreise insgesamt um durchschnittlich 1,22 Prozent gesenkt.

Veränderung Strom-, Gas- und Wasserpreise. Der SWH-Aufsichtsrat hat im November 2015 eine Senkung der Tarife für Gas um durchschnittlich 3,1 Prozent, eine Erhöhung der Tarifpreise für Strom um durchschnittlich 1,9 Prozent sowie für Wasser um durchschnittlich 1,6 Prozent beschlossen. Die neuen Tarife werden jeweils zum 1. Januar 2016 wirksam.

3.3 Absatz und Beschaffung

Im Folgenden ist die Entwicklung der SWH-Geschäftsfelder Strom, Gas, Wasser und Wärme sowohl absatz- als auch beschaffungsseitig dargestellt:

Strom. Der SWH-Geschäftsbereich Strom umfasst auf der Absatzseite die Stromversorgung von Endkunden im Konzessionsgebiet und außerhalb des Konzessionsgebietes sowie Handelsaktivitäten. Der gesamte Stromabsatz ist im Geschäftsjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 Prozent auf 14.924 GWh gesunken (Vorjahr: –5,5 Prozent;

15.463 GWh). Ursächlich für den Rückgang waren im Wesentlichen die gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Handelsmengen (-3,2 Prozent; Vorjahr: -7,0 Prozent). Der Absatz an Kunden innerhalb des Konzessionsgebiets ist gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Prozent (Vorjahr: -12,7 Prozent) gesunken, während der Stromabsatz außerhalb des Konzessionsgebiets um 4,5 Prozent (Vorjahr: +6,2 Prozent) gestiegen ist.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Stromabsatzes sind auch die Strombezugs- und -erzeugungsmengen 2015 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der mengenmäßig größte Anteil entfällt wie im Vorjahr mit 65,0 Prozent auf den Stromhandel (Vorjahr: 57,8 Prozent). Darüber hinaus deckt SWH den Strombedarf über Beteiligungen an Gemeinschaftskraftwerken beziehungsweise durch eigene Erzeugungskapazitäten (28,3 Prozent; Vorjahr: 29,6 Prozent). Der verbleibende Anteil wurde fremdbezogen (6,7 Prozent; Vorjahr: 12,6 Prozent).

Gas. Im Geschäftsbereich Gas betreibt SWH die Versorgung im Stadtgebiet Hannover und in weiteren regionalen Gemeinden sowie Geschäfte am Gashandelsmarkt. Der Gasabsatz hat sich 2015 um insgesamt 14,3 Prozent auf 25.436 GWh (Vorjahr: +2,4 Prozent; 22.244 GWh) erhöht. Sowohl die Gaslieferungen an Kunden (+844 GWh; Vorjahr: -982 GWh) als auch die Handelsmengen (+2.405 GWh; Vorjahr: +1.667 GWh) sind gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Innerhalb des Konzessionsgebiets stieg der Absatz gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen witterungsbedingt um 3,0 Prozent (Vorjahr: -21,7 Prozent). Auch außerhalb des Konzessionsgebiets kam es durch Neukundengewinne sowie der kühleren Witterung zu einem gegenüber dem Vorjahr deutlichen Zuwachs von 50,2 Prozent (Vorjahr: +0,5 Prozent). Der Absatz an Kunden außerhalb des Konzessionsgebietes lag 2015 bei 2.205 GWh (Vorjahr: 1.468 GWh).

Korrespondierend mit der Entwicklung im Gasabsatz sind die Gasbezugsmengen im abgelaufenen Geschäftsjahr ebenfalls gestiegen. Die Gashandelsaktivitäten sind dabei weiterhin mit einem Anteil von 88,2 Prozent von wesentlicher Bedeutung (Vorjahr: 86,6 Prozent). Darüber hinaus erfolgt eine Optimierung der Gasbezugsmengen über Speicherkapazitäten der GHG.

Wasser. SWH betreibt auf der Absatzseite im Geschäftsbereich Wasser die Wasserversorgung im Stadtgebiet Hannover und in weiteren regionalen Gemeinden. Darüber hinaus werden verschiedene regionale Wasserverbände und Ortsteile beliefert. Der Wasserabsatz liegt im Geschäftsjahr 2015 mit 41,6 Mio. Kubikmetern über Vorjahresniveau (Vorjahr: 40,9 Mio. Kubikmeter). Der Großteil des Wasserabsatzes ging wie im Vorjahr mit 85,1 Prozent an Tarifkunden.

Der Wasserbezug erfolgt hauptsächlich über eigene Wasserwerke in der Region Hannover sowie über Beteiligungen an Wassergewinnungsgesellschaften. Die Eigenerzeugung machte 2015 mit 93,5 Prozent (Vorjahr: 92,2 Prozent) weiterhin den Großteil am Gesamtbezug von 43,4 Mio. Kubikmetern aus. Damit stellt der Fremdbezug nach wie vor nur eine strategische Ergänzung zur Eigenerzeugung dar.

Wärme. Zu den SWH-Wärmekunden zählen Industrieunternehmen, öffentliche Einrichtungen, Krankenhäuser und Kunden in Wohngebieten. Der Wärmeabsatz ist 2015 insbesondere witterungsbedingt um 6,8 Prozent (Vorjahr: -17,5 Prozent) auf 1.196 GWh (Vorjahr: 1.119 GWh) gestiegen. Dabei stiegen der Fernwärmeabsatz um 6,5 Prozent und der Nahwärmeabsatz um 38,1 Prozent. Der Wärmebedarf wurde dabei fast vollständig durch die Erzeugung bei GKL und GKH sowie durch eigene Erzeugungskapazitäten gedeckt.

3.4 Umwelt und Innovation

Umweltschutz in der SWH-Unternehmensstrategie. Als Unternehmen der Daseinsvorsorge ist SWH dem Umwelt- und Klimaschutz in besonderer Weise verpflichtet. Ökologisches Verantwortungsbewusstsein ist mit Blick auf die Region Hannover sowie als Reaktion auf die sich wandelnden Anforderungen an eine ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Energieerzeugung auf dem Energiemarkt ein integraler Bestandteil der Unternehmensstrategie. SWH ist im Rahmen des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover“ Umweltschutzverpflichtungen zur CO₂-Reduktion und Ausweitung der Stromerzeugung durch regenerative Energien und KWK bis zum Jahr 2020 eingegangen. Zur Einhaltung hat SWH ein Maßnahmen-Portfolio definiert, das die vereinbarten Ziele vollumfänglich erfüllt. Eine Fortschreibung der Klima-Allianz-Verpflichtung von SWH bis 2030 wurde darüber hinaus mit der Landeshauptstadt Hannover vereinbart. Bei der Erzeugung von Strom und Wärme setzt SWH auf KWK als Instrument der effizienten Brennstoffnutzung. Im SWH-Unternehmenskonzept K2025 sind der Ausbau energieeffizienter Technologien sowie die Erzeugung auf Basis regenerativer Energien und KWK als Instrument der effizienten Brennstoffnutzung fest verankert und Bestandteil der Unternehmensstrategie.

SWH-Umweltmanagement. Das SWH-Umweltmanagementsystem wird seit 2005 von der Landeshauptstadt Hannover als Ökoprot-Betrieb ausgezeichnet. Das Umweltmanagement umfasst die maßgeblichen gesetzlichen Anforderungen, ein verbindliches Wertesystem in Form von Umweltleitlinien, festgelegte Instrumente zur Umsetzung der Leitlinien, ver-

antwortliche Funktionsträger und interne Regelungen. Die Einhaltung der Anforderungen wird im Rahmen interner und externer Auditierungen regelmäßig kontrolliert.

Ausblick 2016. In 2013 begann die Einführung eines Energiemanagementsystems (EnMS) mit dem Ziel der Zertifizierung nach DIN EN ISO 50001 und der Identifikation von Einsparpotenzialen aller SWH-Standorte. Der TÜV Rheinland hat den ersten Schritt zum Aufbau des EnMS mit der Spitzenausgleich-Effizienzsystemverordnung (SpaEfV) im Dezember 2015 durch Testat bestätigt.

Klima-Allianz Hannover 2020/2030. SWH befindet sich in der Umsetzung des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover 2020“. Die wirksamsten lokalen Klimaschutzmaßnahmen sind die Inbetriebnahme der modernisierten und erweiterten GuD-Anlage im HKW Linden und die Fortsetzung des Fernwärmeausbauprogramms. Die GuD-Erweiterung hat in diesem Zusammenhang ein jährliches CO₂-Einsparpotenzial von bis zu 200.000 Tonnen, das sich jedoch aktuell in Folge des stark verzerrten Strommarktes durch die Erneuerbaren nur im begrenzten Umfang und langsamer als geplant umsetzen lässt. Der Fernwärmeausbau mit einer geplanten zusätzlichen Anschlussleistung von insgesamt 215 MW brutto im Zeitraum 2006-2020 verläuft überplanmäßig. Im Jahr 2015 konnten Übergabestationen mit einer Anschlussleistung von insgesamt etwa 16 MWth in Betrieb genommen und das Ziel damit bereits erreicht werden. Der Ausbau im Geschäftsfeld Contracting auf Basis erneuerbarer Energien entwickelt sich ebenfalls positiv und ist mit einer jährlichen Einsparung von insgesamt über 400.000 Tonnen CO₂ inzwischen die bedeutendste Maßnahme im Klima-Allianz-Maßnahmenprogramm von SWH. Sämtliche Unternehmensziele im Rahmen der Klima-Allianz 2020 wurden bereits im Jahr 2015 vorzeitig erreicht. SWH setzt sein nachhaltiges Engagement im Klimaschutz fort und hat sich im Rahmen einer Fortschreibung des SWH-Beitrags zur Klima-Allianz neue Ziele bis zum Jahr 2030 gesetzt. Deren Erfüllung wird durch die neue Unternehmensstrategie K2025 unterstützt. Der Ausbau der regenerativen Stromerzeugung erfährt darin eine herausragende Gewichtung.

Umweltfreundliche Stromerzeugung. Auch im Jahr 2015 stellte die KWK weiterhin das Rückgrat der Eigenerzeugung dar. Unter Berücksichtigung von Erzeugungskapazitäten der Beteiligungsgesellschaften beträgt die Strommenge aus Anlagen, die nach dem Prinzip der KWK betrieben werden, im Berichtszeitraum 2.243 GWh (Vorjahr: 2.315 GWh). Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wurde weiter ausgebaut. Die erneuerbaren Energieträger (im Wesentlichen Biomasse, Solarenergie, Wasser und Wind) haben 2015 etwa 774 GWh (Vorjahr: 646 GWh) zur Eigenerzeugung beigetragen. Im Verhältnis zum Verbrauch aller Tarifkunden im Konzessionsgebiet beträgt die regenerative Stromerzeugung rund 100 Prozent (2014: 79 Prozent). Das Ziel von SWH, bis zum Jahr 2020 den Strombedarf aller Tarifkunden im Grundversorgungsgebiet bilanziell durch erneuerbare Energien zu decken, wurde damit bereits in 2015 erreicht.

	Stromerzeugung		Installierte Leistung	
	in GWh		in MW	
	2015	2014	2015	2014
Erneuerbare Energien	774	646	240	165
KWK*	2.243	2.315	684	684**

* Stromerzeugung in Anlagen, die nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung betrieben werden.

** Der Wert der installierten KWK-Leistung für 2014 wurde im Vergleich zur Berichterstattung im Lagebericht 2014 korrigiert.

Contracting. Im Contracting sind 70 erdgasbetriebene BHKW Anlagen mit einer Gesamtleistung (bezogen auf den Anteil von SWH) von 5,8 MW elektrisch (MWe) und 9,4 MWth im Einsatz.

Biomassennutzung. Zum 31. Dezember 2015 ist SWH über die Tochterunternehmen eCG und Danpower sowie die EPL an insgesamt 73 Biomasseanlagen, davon 36 Biogasanlagen, 31 Holzfeuerungsanlagen, wovon sechs Anlagen Strom erzeugen, vier Klärgas- und einer Grubengasanlage sowie einem Ersatzbrennstoffkraftwerk beteiligt. Unter Berücksichtigung der Ersatzbrennstoffanlage in Bitterfeld ist SWH eine erneuerbare Jahresstromproduktion von etwa 529 GWh aus diesen Anlagen zuzurechnen. Auf Grund der durch die EEG-Novellierung veränderten Rahmenbedingungen sind in Deutschland keine wirtschaftlich tragfähigen Neubau-Projekte mehr möglich. In den baltischen Staaten bestehen Wachstumschancen auf Basis von Biomasse. Im Jahr 2015 hat die Danpower-Gruppe in Litauen drei Biomasseheizwerke übernommen. Zwei weitere Anlagen befinden sich im Bau.

enercity Renewables. Das Unternehmen verfolgt das Ziel, im Jahr 2020 alle Privatkunden in Hannover mit Strom aus erneuerbaren Energien zu versorgen. Die Windenergie soll mit 400 Mio. kWh einen großen Beitrag dazu liefern. Im Rahmen des Unternehmensprojekts „enercity Renewables“ wurden in den letzten vier Jahren vier Windparks gekauft.

Mit dem Kauf des Windparks Groß Eilstorf im November 2015 konnte das Teilziel für 2015 von 80 Mio. kWh mit nun rund 210 Mio. kWh mehr als verdoppelt werden. Der Park besteht aus 17 Anlagen und erzeugt mit seiner Gesamtleistung von 52,3 MW etwa 116 Mio. kWh pro Jahr. Für einen ersten eigenentwickelten Park wird wahrscheinlich im kommenden Jahr das Genehmigungsverfahren abgeschlossen und damit die finale Investitionsentscheidung möglich. Entwicklung und Inbetriebnahme erfolgen dann im Jahr 2017.

SWH-Ökostromprodukte. Auch im Jahr 2015 konnte SWH seinen Weg als Ökostromanbieter weiter erfolgreich fortsetzen. Derzeit beliefert SWH über 25.000 Privat- und Gewerbekunden mit ökologischen Stromprodukten in unterschiedlichen Qualitätsstufen. Im Geschäftskundenbereich liegt die Absatzmenge von Ökostrom für dieses Geschäftsjahr bei einer Terawattstunde. Das Premium-Produkt ist hierbei sowohl im Privat- als auch im Geschäftskundenbereich verfügbar und mit dem „Grüner Strom-Label“ in Gold zertifiziert.

Klimaschutzfonds proKlima. Neben eigenen Potenzialen unterstützt SWH mit dem Klimaschutzfonds proKlima zusätzlich die in der Klima-Allianz aufgezeigten Potenziale zur CO₂-Reduktion auf der Nachfrageseite beziehungsweise zum Energiesparen. Der bislang im europäischen Raum einzigartige Klimaschutzfonds proKlima wird von SWH sowie den Städten des proKlima-Fördergebietes Hannover, Hemmingen, Laatzen, Langenhagen, Ronnenberg und Seelze finanziert. SWH hat in 2015 mit rund 3,0 Mio. EUR den Großteil (circa 74 Prozent) der gesamten Fondseinzahlungen in Höhe von rund 4,1 Mio. EUR getragen. Schwerpunkt der Förderprogramme ist das energieeffiziente Bauen und Modernisieren.

Elektromobilität. Seit 2010 ist SWH über die eCG im Bereich der Elektromobilität aktiv. In den folgenden Jahren sind mit Partnern insgesamt sieben E-Ladesäulen im öffentlichen Raum aufgebaut worden. Zusätzlich beteiligt sich SWH mit zwei Projekten an dem Förderprogramm Schaufenster Elektromobilität.

In dem Projekt „Demand Response – das Auto als aktiver Speicher und virtuelles Kraftwerk“ werden zusammen mit Partnern die Randbedingungen und Möglichkeiten einer Integration von Elektrofahrzeuge in die bestehenden energie-wirtschaftlichen Systeme untersucht. Die Projekterkenntnisse werden genutzt, um die Einbindung von erneuerbaren Energien in das Stromnetz weiter voran zu treiben. Die Teilnahme am Feldversuch leistet einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Energiewende.

Das Projekt „easy charge & park“ ist ein gemeinsames Projekt mit der union boden GmbH, Hannover, und hat das Ziel, eine öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur in den City-Parkhäusern aufzubauen sowie ein einheitliches Zugangs- und Bezahlungssystem für alle Parkhäuser zu entwickeln. Alle Säulen werden mit SWH Umweltstrom versorgt, so dass eine CO₂-freie Mobilität gewährleistet wird.

Bislang haben fast 600 Nutzer einen SWH-Säulenzugang erhalten und rund 80 E-Autofahrer nutzen regelmäßig die SWH-Ladesäulen. Erste Erfahrungen mit dieser Ladeinfrastruktur zeigen deutlich, dass die in Hannover aufgebauten Ladekapazitäten derzeit bei weitem noch nicht ausgelastet sind und somit den Fahrern von Elektromobilen ausreichend Lademöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Erdgas als Kraftstoff (CNG). SWH hat sehr frühzeitig begonnen, sich mit alternativen Antrieben zu beschäftigen. Aktuell tanken über 1.000 Erdgasfahrzeuge und 17 Erdgasbusse der üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft, Hannover, regelmäßig an den sechs SWH Erdgastankstellen in Hannover und Langenhagen. Fahrzeuge mit Erdgasantrieb leisten durch deutlich geringeren Schadstoffausstoß als vergleichbare Benzin- und Dieselfahrzeugen einen Beitrag zum Umweltschutz. Durch Einsatz von abfallstämmigem Bio-Methan können die CO₂-Emissionen um 95 Prozent reduziert werden und haben somit ein ähnliches Treibhausgasminderungspotenzial im Vergleich zu Elektrofahrzeugen, die mit Umweltstrom betrieben werden.

3.5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Unternehmenskultur. Zukunftsorientiert denken, verlässlich handeln und Verantwortung zeigen: Diesen Anspruch stellt SWH nicht nur an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern setzt ihn auch in der Unternehmenskultur um. SWH bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Umfeld, in dem sie sich entfalten und aktiv einbringen können. Dabei bilden Verlässlichkeit und Verantwortung die Basis für ein zukunftsorientiertes Unternehmen. Die Attraktivität als Arbeitgeber wird unter anderem durch die Studie „Beste Arbeitgeber in Deutschland“ des Magazins „Der Focus“ belegt. Auch in 2015 erreichte SWH wieder Platz vier in der Sparte Ver- und Entsorgung und zählt damit zu den besten Stadtwerken in Deutschland. SWH gehört zu den besten Arbeitgebern der Branche. Des Weiteren erhielt SWH den Personalmanagement Award 2015 und belegt damit den Spitzenplatz in der Kategorie KMUs (kleine und mittlere Unternehmen). Der Bundesverband der Personalmanager würdigte mit dieser Auszeichnung die Beteiligung der Mitarbeiter an der Entwicklung des Unternehmens im Rahmen des enercity-Zukunftstages.

Verbunden mit den Markenwerten „aktiv“, „persönlich“ und „kompetent“ bilden diese Leitlinien der Arbeitgebermarke die Grundlage für eine wertschätzende und positive Arbeitsatmosphäre mit kooperativer Zusammenarbeit und engagierter Wahrnehmung der Aufgaben und Verantwortungen. Der Mitarbeitende als zentraler Erfolgsfaktor für eine positive Unternehmensentwicklung wird frühzeitig in Entscheidungsprozesse eingebunden. Durch Partizipation und eigene Gestaltungsspielräume können akzeptierte Lösungen für alle entwickelt werden.

Personalstrategie 2025 „Vom Menschen her denken“. Für die im Jahr 2015 fortentwickelte Unternehmensstrategie K2025 wurde auch die Personalstrategie überarbeitet. Dazu hat sich die Personaldirektion in dem Projekt „Zukunft der Arbeit“ in acht Arbeitsgruppen intensiv mit den Anforderungen der Arbeitswelt 2025 auseinandergesetzt. Es wurde untersucht, welche Relevanz die Megatrends Demografie, Globalisierung, Energiewende und Digitalisierung ganz konkret auf folgende Themen bei SWH haben:

- Gesundheit
- Arbeitsformen und Arbeitszeit
- Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung
- Recruiting
- Führung und Anforderungen an Mitarbeitende
- Demographie und Prozessgestaltung
- Personalplanung und Vergütung

Daraus entstand die Personalstrategie 2025, die unter dem Motto „Vom Menschen her denken“ steht.

Entwicklung Personalbestand. Der Personalbestand hat sich bei SWH wie folgt entwickelt:

Stand 31.12.	2015	2014	2013	2012	2011
Kaufmännische Auszubildende	30	30	31	29	30
Technische Auszubildende	98	95	96	99	97
Auszubildende gesamt	128	125	127	128	127
Mitarbeitende gesamt	2.510	2.540	2.591	2.593	2.587
davon Mitarbeitende in Altersteilzeit	92	141	190	211	226

Die Gesamtbeschäftigtenzahl ist gesunken, während die Anzahl der Auszubildenden etwa auf Vorjahresniveau geblieben ist. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist von 45,2 Jahren auf 45,8 Jahre sowie die Betriebszugehörigkeit von durchschnittlich 18,7 Jahren auf 19,1 Jahren gestiegen. Die Fluktuationsquote beträgt 1,3 Prozent.

Berufliche Ausbildung und Nachwuchsförderung. In diesem Jahr haben sich 1.377 Schüler online für einen unserer 37 angebotenen Studien- und Ausbildungsplätze beworben. Wir konnten alle angebotenen Studien- und Ausbildungsplätze trotz sinkender Bewerberzahlen besetzen. Im September 2015 haben 27 junge Menschen mit einer technischen Ausbildung beziehungsweise einem technischen dualen Studium begonnen. Dabei konnten wir auch drei Frauen für einen technischen Beruf gewinnen. Insgesamt zehn junge Menschen erlernen einen kaufmännischen Ausbildungsberuf (Industriekaufleute) beziehungsweise haben ein duales Studium zum Bachelor of Arts, Fachrichtung Betriebswirtschaft, oder Bachelor of Science, Fachrichtung Wirtschaftsinformatik, begonnen.

SWH bildet insgesamt in sechs Berufen und drei dualen Studiengängen aus. Nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung wird den Auszubildenden von SWH ein befristetes Arbeitsverhältnis für die Dauer von zwölf Monaten angeboten. Auch im Geschäftsjahr 2015 haben alle Auszubildenden ihre Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen.

Um den personalwirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, können nach einer sehr gut abgeschlossenen Berufsausbildung Stipendien an ehemalige Auszubildende, die ein Vollzeitstudium absolvieren, vergeben werden. Im Geschäftsjahr 2015 wurden wiederum sieben Studierende mit einem Stipendium gefördert. Außerdem engagiert sich SWH für die Initiative „Deutschlandstipendium“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. In diesem Jahr wurden fünfzehn Studierende verschiedener Fachrichtungen aus Hochschulen und Universitäten gefördert.

Des Weiteren engagiert sich SWH in einem sozialen Ausbildungsprojekt der ProBeruf GmbH, Hannover, bei dem jährlich vier benachteiligten Jugendlichen die Chance einer Berufsausbildung geboten wird. Von den vier Absolventen des Jahrgangs 2014 wurden drei in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Personalentwicklung. Ein wesentlicher Schwerpunkt zur Entwicklung und Erhaltung der erforderlichen Mitarbeiterkompetenzen sowie der Arbeits- und Leistungsmotivation ist eine nachhaltige und zielgerichtete Personalentwicklung. Passgenaue Qualifizierungsprogramme helfen Fachkräften, ihr Wissen und Können kontinuierlich auszubauen sowie die Zufriedenheit im Beruf zu steigern. In enger Zusammenarbeit mit den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden Ziele der Qualifizierung festgelegt und Meilensteine auf dem individuellen Entwicklungsweg gesetzt.

Die Führungskräfte erhalten individuelle Unterstützung zur Wahrnehmung ihrer Rolle – zunehmend in der Gestaltung von Veränderungsprozessen. Dabei sind die Maßnahmen auf die konkreten Anliegen der Führungskräfte zugeschnitten und entwickelt.

Im Hinblick auf die zukünftigen Herausforderungen, die im Projekt „Zukunft der Arbeit“ formuliert worden sind, wird sich die Relevanz guter Führungsarbeit noch verstärken. Auf diese Entwicklung ist SWH durch die Ausrichtung ihrer Führungskräfteentwicklung bestens vorbereitet.

SWH bietet Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern außerdem die Möglichkeit, an dem zweijährigen berufs begleitenden Personalentwicklungsprogramm „Jump“ teilzunehmen. Ziel ist die Qualifizierung sowie berufliche und persönliche Weiterentwicklung von Leistungsträgern durch Coaching und Trainingsmaßnahmen sowie durch die Bearbeitung bereichsübergreifender Arbeitsprojekte und Sonderaufgaben in interdisziplinären Teams.

Familien- und frauenorientierte Personalpolitik. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist in 2015 konstant geblieben.

	Frauen bei SWH			Frauen in Führungspositionen		
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
absolut	578	581	590	34	34	32
in Prozent	23,0	22,9	22,8	17,3	17,3	16,1

SWH engagiert sich seit vielen Jahren aktiv für die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 2010 wurde das Unternehmen dafür mit dem Zertifikat „berufundfamilie“ ausgezeichnet. Eine Rezertifizierung bestätigte 2013 die familienbewusste Personalpolitik. Die nächste Auditierung findet 2016 statt.

Das umfangreiche familienorientierte Angebot gliedert sich in die Schwerpunkte Arbeitszeit, Arbeitsort, Service und Gesundheitsprävention beziehungsweise Sozialberatung. Die Maßnahmen umfassen unter anderem vielfältige Möglichkeiten zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung, alternierende Telearbeit zur Arbeitsortflexibilität (90 Arbeitsplätze, Vorjahr: 80) und außerdem eine Betriebskinderkrippe, ein Eltern-Kind-Büro und eine Sommerferienbetreuung für Mitarbeiterkinder. Das Eltern-Kind-Büro konnten wir unseren Mitarbeitenden besonders während des Kita-Streiks anbieten. Zudem zeigten sich viele Fachbereiche flexibel, die Kinder während des Streiks mit zur Arbeit zu bringen. Die Kindertagesstätte „CompanyKids Energiezwerge“ wird seit 2010 in Trägerschaft des pme Familienservice in Zusammenarbeit mit SWH und der Landeshauptstadt Hannover betrieben. Derzeit werden alle der 14 Belegplätze durch Kinder von SWH-Mitarbeitenden in Anspruch genommen.

Darüber hinaus gewährt SWH vielfältige individuelle Unterstützungsangebote hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen. Dazu gehört, neben den oben genannten Möglichkeiten, beispielsweise auch der vollständige zeitlich befristete Ausstieg aus dem Beruf.

Altersversorgung. Gemäß geltendem Tarifvertrag (TV-V) haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von SWH Anspruch auf eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung des öffentlichen Dienstes als Pflichtversicherung des Arbeitgebers. Nach Maßgabe des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV-K) finanziert SWH über monatliche Umlagezahlungen von zurzeit 5,07 Prozent und einem Sanierungsgeld von derzeit 3,0 Prozent des zusatzversicherungspflichtigen Entgelts den Aufbau einer Betriebsrente. Die Umlagen werden durch den Arbeitgeber pauschal versteuert.

Zusätzlich zur Betriebsrente besteht die Möglichkeit, durch eigene Beiträge in Form einer Entgeltumwandlung eine freiwillige kapitalgedeckte Altersvorsorge bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover (ZVK) oder bei der Sparkas-

sen Pensionskasse aufzubauen. Im Geschäftsjahr 2015 haben etwa 18 Prozent der Beschäftigten die Entgeltumwandlung in Anspruch genommen. Dies ist unverändert zum Vorjahr.

Zur Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit besteht die Möglichkeit durch Umwandlung von Zeit beziehungsweise Geld die Lebensarbeitszeit um bis zu fünf Jahre zu verkürzen. Zum Ende des Geschäftsjahres bestanden insgesamt 217 Lebensarbeitszeitkonten (Vorjahr: 203 Lebensarbeitszeitkonten).

Des Weiteren wurde eine Regelung zur Flexibilisierung des Rentenbeginns eingeführt, um nach dem Auslaufen der ATZ-Regelung Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein früheres Ausscheiden aus dem Unternehmen zu ermöglichen. Mit dieser Regelung tritt das Unternehmen den Herausforderungen des demografischen Wandels proaktiv entgegen.

Projekte. In 2015 wurde das bestehende elektronische Personalaktensystem nochmals erweitert und weitere Personalprozesse automatisiert. Der Workfloweinsatz ermöglicht eine Optimierung der Prozesse und eine Effizienzsteigerung.

Der Bereich Personalmarketing wird bei SWH kontinuierlich erweitert, um die Attraktivität als Arbeitgeber zu kommunizieren. Dies hat zum Ziel, qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an das Unternehmen zu binden und neue Potenziale zu aktivieren. In diesem Zusammenhang ist SWH unter anderem im Karrierenetzwerk Xing aktiv.

3.6 Bindung an Stadt und Region

SWH ist mit der Landeshauptstadt Hannover und ihren Bürgerinnen und Bürgern traditionell verbunden, was sich sowohl in einem wirtschaftlichen und kulturellen Engagement als auch einem aktiven Sozial- und Sportsponsoring zeigt.

Wirtschaft. Von dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2015 werden der Landeshauptstadt Hannover und der Region Hannover 60,2 Mio. EUR (Vorjahr: 71,7 Mio. EUR) über eine Gewinnabführung an die VVG zugeführt. Zusätzlich zahlte die SWH eine Konzessionsabgabe von 42,9 Mio. EUR (Vorjahr: 40,9 Mio. EUR) an die Landeshauptstadt Hannover und die Umlandgemeinden. Darüber hinaus repräsentiert die SWH durch die Vergabe von umfangreichen Aufträgen an die heimische Wirtschaft und an heimische Handwerksbetriebe einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor in Stadt und Region.

Kultur und Sport. SWH fördert die künstlerische und kulturelle Vielfalt in Hannover. Mit Blick auf die Menschen in Hannover und der Region sieht sich SWH in der Verantwortung und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesellschafts- und Stadtentwicklung. Seit 2006 unterstützt SWH bereits als Gründungssponsor und Kooperationspartner das Junge Schauspiel Hannover. Das traditionelle Jazz-Festival „energycity swinging hannover“ hat SWH inzwischen zum elften Mal unterstützt. Darüber hinaus unterstützt SWH im Sport seit dem Jahr 2010 den Handball-Erstligisten TSV Hannover-Burgdorf sowie seit dem 1. November 2012 als offizieller Co-Sponsor den Fußballverein Hannover 96.

Soziales. SWH stellt jährlich bis zu 150 TEUR dem in 2011 gegründeten energycity-Härtefonds e. V. zur Verfügung. Der Verein verfolgt das Ziel, soziale Härten bei Versorgungsunterbrechungen im Energie- und Wasserbezug von unverschuldet in finanzielle Not geratenen SWH-Privatkunden durch finanzielle Unterstützung zu vermeiden. Die Beschäftigten von SWH beteiligen sich unter dem Motto „Cents geben, Positives bewegen“ an der 2010 initiierten Spendenaktion „Restcent“, indem die Netto-Cent-Beträge ihres Gehaltes an soziale Projekte abgeführt werden.

4 Darstellung und Analyse der Lage

Unternehmensinternes Steuerungssystem. Die Basis für die interne Steuerung bei SWH sind die Steuerungsgrößen EBIT und ROCE. Das EBIT beschreibt das operative Ergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern. Die Steuerungskennzahl ROCE ist eine Kapitalrendite vor Steuern. Der ROCE misst den nachhaltig aus dem operativen Geschäft erzielten Erfolg auf das eingesetzte Kapital. Er setzt das EBIT in Relation zu dem durchschnittlichen Capital Employed des Geschäftsjahres. Das Capital Employed spiegelt das im Unternehmen gebundene und zu verzinsende Kapital wider. Es ergibt sich aus der Bilanzsumme abzüglich des nicht zinstragenden Kapitals. Bei SWH zählen hierzu im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Rückstellungen und Steuerrückstellungen sowie erhaltene Zuschüsse. Der ROCE misst, wie effektiv und profitabel SWH mit dem eingesetzten Kapital wirtschaftet. Im Sinne einer wertorientierten Unternehmenssteuerung verfolgt die SWH-Unternehmensführung einen ROCE, der über den Verzinsungsansprüchen der Kapitalgeber liegt. Auf Grundlage des langfristigen Unternehmenskonzeptes wird die Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals festgelegt.

Auf die einzelnen Fachbereiche von SWH werden Budgets zu Investitionen sowie Kosten und der EBIT im Zielvereinbarungsprozess heruntergebrochen. Dem Vorstand wird über die Ausprägung der Steuerungsgrößen Bericht erstattet.

Darüber hinaus dient zur internen Steuerung und als Indikator für den Erfolg eines Geschäftssegments das EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen). Die Darstellung der Geschäftssegmente sowie

Art und Umfang der gegebenen Informationen erfolgt nach dem Management Approach und gliedert sich in die Segmente „Strom“, „Gas“, „Wasser“, „Wärme“ und „Dienstleistungen“.

4.1 Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

Ertragslage (Kurzfassung)	2015		2014		Veränderung	
		in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in Prozent
Umsatzerlöse		2.311.590	2.367.237	-55.647	-2,4	
Materialaufwand	/.	2.000.197	2.041.312	-41.115	-2,0	
Rohertrag¹⁾		311.393	325.925	-14.532	-4,5	
Personalaufwand	/.	200.221	199.614	607	0,3	
Konzessionsabgabe	/.	42.881	40.870	2.011	4,9	
Übrige betriebliche Aufwendungen ²⁾	/.	72.498	70.386	2.112	3,0	
Übrige betriebliche Erträge ³⁾	+	137.654	131.651	6.003	4,6	
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	+	60.271	57.560	2.711	4,7	
EBITDA		193.718	204.266	-10.548	-5,2	
Abschreibungen (inkl. Zuschreibungen)	/.	70.849	69.572	1.277	1,8	
EBIT		122.869	134.694	-11.825	-8,8	
Zinsergebnis	+	-29.637	-31.312	1.675	-5,3	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		93.232	103.382	-10.150	-9,8	
Ertragsteuern	/.	2.558	3.212	-654	-20,4	
Erfolgsunabhängige Steuern	/.	1.795	2.047	-252	-12,3	
Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf Genussscheine		88.879	98.123	-9.244	-9,4	
Gewinnabführung	/.	74.205	88.917	-14.712	-16,5	
Ausschüttung auf Genussscheine	/.	2.674	3.206	-532	-16,6	
Einstellung in Gewinnrücklagen	/.	12.000	6.000	6.000	100,0	
Bilanzgewinn		0	0	0	0,0	

¹⁾ Ohne andere aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen.

²⁾ Inklusive Bestandsveränderungen (2015: 286 TEUR; Vorjahr: -57 TEUR).

³⁾ Inklusive andere aktivierte Eigenleistungen (2015: 5.675 TEUR; Vorjahr: 5.742 TEUR).

SWH erwirtschaftete den Gesamtumsatz im Wesentlichen im Inland. Dabei stellt das Grundversorgungsgebiet das wesentliche Absatzgebiet für Endkunden dar. Dies gilt vor allem für die Absätze in den Sparten Wasser und Wärme und in großen Teilen auch für den Gasabsatz. Die Wärmesparte beinhaltet im Wesentlichen das Fernwärmegeschäft.

Umsatzerlöse. Im Jahr 2015 hat SWH Umsatzerlöse von 2.311,6 Mio. EUR erwirtschaftet. Insgesamt hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 55,6 Mio. EUR (Vorjahr: -83,0 Mio. EUR) ergeben.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse bildet sich in den einzelnen Geschäftsbereichen wie folgt ab:

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen	Ist 2015	Wirtschafts- plan 2015	Ist 2014
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Strom	1.282	1.471	1.380*
Gas	705	694	657*
Wasser	82	79	81
Wärme	84	87	78
Dienstleistungen	159	109	171
Gesamt	2.312	2.440	2.367

* Die Erlöse aus Kraftwerksgas (2015: 32,1 Mio. EUR; 2014: 40,3 Mio. EUR) wurden im Geschäftsjahr 2015 aus den Handelsgeschäften des Geschäftsbereichs Gas in die Handelsgeschäfte des Geschäftsbereichs Strom umgegliedert. Dadurch ergibt sich eine gegenüber der Darstellung im Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 geänderte Darstellung der Vorjahreswerte.

Stromerlöse. In der Stromsparte, welche weiterhin die größte Sparte bei SWH ist, wurden Erlöse in Höhe von 1.281,5 Mio. EUR erzielt. Damit lagen die Stromerlöse um etwa 99,0 Mio. EUR niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (Vorjahr: –27,8 Mio. EUR). Die Stromhandelsgeschäfte haben in Höhe von 361,2 Mio. EUR (Vorjahr: 418,6 Mio. EUR) weiterhin wesentlich zu den Erlösen der Stromsparte beigetragen, lagen jedoch erneut deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Der merkliche Rückgang um insgesamt 57,4 Mio. EUR beziehungsweise 13,7 Prozent gegenüber dem vorangegangenen Geschäftsjahr resultierte dabei aus verminderten Handelsmengen (–3,2 Prozent) bei gleichzeitig gesunkenen Marktpreisen an der Strombörse. Die Erträge aus den zur Absicherung der Commodity-Risiken im Bereich Strom eingesetzten Derivate (7,4 Mio. EUR; Vorjahr: 19,6 Mio. EUR) verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 12,2 Mio. EUR (Vorjahr: –5,6 Mio. EUR). Die Stromerlöse mit Kunden sind im Vergleich zum Vorjahr trotz insgesamt gestiegener Stromabsatzmengen um 16,3 Mio. EUR beziehungsweise 2,2 Prozent preisbedingt gesunken (Vorjahr: +30,1 Mio. EUR). Die verminderten Handelsmengen begründen auch im Wesentlichen die Abweichung der realisierten Erlöse im Geschäftsbereich Strom von den erwarteten Erlösen laut Wirtschaftsplanung. Insgesamt beträgt der Anteil der Stromerlöse am Gesamtumsatz 55,4 Prozent (Vorjahr: 58,3 Prozent).

Gaserlöse. Die Erlöse im Geschäftsbereich Gas in Höhe von 704,9 Mio. EUR sind 2015 um 7,3 Prozent (Vorjahr: –8,9 Prozent) beziehungsweise 48,0 Mio. EUR (Vorjahr: –68,4 Mio. EUR) gestiegen. Dabei sind die Erlöse aus Gashandelsgeschäften (390,4 Mio. EUR; Vorjahr: 370,2 Mio. EUR) trotz eines gesunkenen Preisniveaus aufgrund des gestiegenen Handelsvolumens (+15,3 Prozent) um 5,4 Prozent gestiegen (Vorjahr: –2,9 Prozent). Die Erträge aus Gaspreissicherungsgeschäften sind gegenüber dem Vorjahr nur leicht um 0,4 Mio. EUR auf 3,7 Mio. EUR (Vorjahr: 3,3 Mio. EUR) gestiegen. Beim Absatz an Kunden ergaben sich insbesondere aufgrund des witterungsbedingten Mengenanstiegs insgesamt gestiegene Umsatzerlöse (+7,9 Prozent; Vorjahr: –17,5 Prozent). Aufgrund des witterungsbedingten Mengenanstiegs sowie des gestiegenen Handelsvolumens liegen die realisierten Erlöse im Geschäftsbereich Gas über den erwarteten Erlösen laut Wirtschaftsplanung. Die Gassparte ist weiterhin die zweitgrößte Sparte bei SWH mit einem Anteil an den gesamten Umsatzerlösen von 30,5 Prozent (Vorjahr: 27,8 Prozent).

Wassererlöse. Die Wassererlöse im Konzessionsgebiet sind 2015 mengenbedingt um 2,3 Prozent (Vorjahr: +0,7 Prozent) auf 75,8 Mio. EUR (Vorjahr: 74,1 Mio. EUR) gestiegen.

Wärmeerlöse. Die Erlöse im Bereich Wärme sind gegenüber dem Vorjahr um 6,0 Mio. EUR auf 83,7 Mio. EUR gestiegen (+7,8 Prozent; Vorjahr: –10,8 Prozent). Dieser Anstieg korrespondiert mit dem insbesondere witterungsbedingt gestiegenen Fernwärmeabsatz (+6,5 Prozent).

Erlöse aus Dienstleistungen. Die Umsatzerlöse im Dienstleistungsbereich sind um 7,1 Prozent auf 159,1 Mio. EUR (Vorjahr: 171,2 Mio. EUR) gesunken. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf gesunkene Erlöse aus dem Verkauf von Kohle an Kraftwerksgesellschaften zurückzuführen (123,2 Mio. EUR; Vorjahr: 128,1 Mio. EUR). Die Dienstleistungserlöse umfassen außerdem Erlöse aus Betriebsführung und Nebengeschäften. Dazu zählen unter anderem Zählermessung und -abrechnung sowie diverse Dienstleistungen an Tochtergesellschaften für beispielsweise Einkauf, Gebäudemanagement oder Rechtsberatung und Arbeitnehmerüberlassung.

Materialaufwand. Die Materialaufwendungen, die im Wesentlichen Bezugskosten für Strom, Gas Wasser und Fernwärme enthalten, sind insgesamt um 2,0 Prozent (Vorjahr: –4,8 Prozent) beziehungsweise 41,1 Mio. EUR (Vorjahr:

–104,0 Mio. EUR) auf 2.000,2 Mio. EUR (Vorjahr: 2.041,3 Mio. EUR) gesunken. Der Rückgang liegt dabei insbesondere in einer Abnahme der Aufwendungen für Strombezug (–95,2 Mio. EUR) begründet, der teilweise durch eine Zunahme der Kosten für den Gasbezug (+27,2 Mio. EUR) und das erstmalig angefallene Entgelt für die Kavernennutzung bei der eSG (21,5 Mio. EUR) kompensiert wurde. Die gesunkenen Strombezugsaufwendungen sind im Wesentlichen auf gesunkene sonstige Strombezugskosten (–56,7 Mio. EUR), gesunkene Strombezugskosten von Gemeinschaftskraftwerken (–35,5 Mio. EUR) sowie gesunkenen Aufwendungen aus den zur Absicherung der Commodity-Risiken eingesetzten Stromderivate (–22,7 Mio. EUR) zurückzuführen, die im Wesentlichen durch gestiegene Aufwendungen für Stromhandelsgeschäfte (+13,8 Mio. EUR) sowie durch gestiegene EEG-Ausgleichszahlungen (+6,0 Mio. EUR) teilweise kompensiert wurden. Der Anstieg der Gasbezugsaufwendungen ist im Wesentlichen mengenbedingt. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Gashandelsaufwendungen mengenbedingt um 28,8 Mio. EUR, die Kosten für die Ein- und Ausspeicherung im Gasspeicher stiegen aufgrund einer witterungsbedingt höheren Entnahme von Gas um 9,2 Mio. EUR, während die Bezugskosten aufgrund langfristiger Vertragsverpflichtungen aufgrund des verstärkten Gasbezugs über die Börse um 17,0 Mio. EUR sanken. Die Wärmebezugskosten sind leicht um 0,8 Mio. EUR auf 25,7 Mio. EUR (Vorjahr: 24,9 Mio. EUR) gestiegen. Der gesamte Wasserbezug ist aufgrund der überwiegenden Eigenerzeugung weiterhin von untergeordneter Bedeutung (5,8 Mio. EUR; Vorjahr: 5,5 Mio. EUR).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von insgesamt 316,3 Mio. EUR betreffen mit 258,7 Mio. EUR (Vorjahr: 249,3 Mio. EUR) insbesondere die an die Netzbetreiber zu zahlenden Netznutzungsentgelte. Die an die eNG zu leistenden Netzentgelte für im Konzessionsgebiet versorgte Kunden sind dabei mengenbedingt leicht um 0,4 Mio. EUR (160,6 Mio. EUR, Vorjahr: 160,2 Mio. EUR) und die Netznutzungsaufwendungen für außerhalb des Konzessionsgebietes versorgte Kunden mengenbedingt um 9,0 Mio. EUR (98,1 Mio. EUR, Vorjahr: 89,1 Mio. EUR) gestiegen.

Personalaufwand. Der Personalaufwand ist bei einer gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt gesunkenen Mitarbeiteranzahl (2.511; Vorjahr: 2.553) aufgrund tarifvertraglicher Entgelterhöhungen auf 200,2 Mio. EUR gestiegen (Vorjahr: 199,6 Mio. EUR).

Konzessionsabgabe. Die Konzessionsabgabenzahlungen an Städte und Gemeinden im SWH-Konzessionsgebiet entsprechen diesen Verpflichtungen zugrunde liegenden Absatz- beziehungsweise Umsatzentwicklungen. Sie wurden in voller Höhe erwirtschaftet und sind in Folge der Einführung der Konzessionsabgabe für Fernwärme auf 42,9 Mio. EUR gestiegen (Vorjahr: 40,9 Mio. EUR).

Übrige betriebliche Aufwendungen. Der Anstieg der übrigen betrieblichen Aufwendungen um insgesamt 2,1 Mio. EUR auf 72,5 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus einem Anstieg der sonstigen Finanzgeschäfte (+3,7 Mio. EUR) aufgrund der Veräußerung von Zinsswaps im Geschäftsjahr 2015 sowie gestiegenen Wegebenutzungsentgelten (+1,1 Mio. EUR), denen geringere Zuführungen zu Rückstellungen (–2,5 Mio. EUR) teilweise kompensierend gegenüber stehen.

Übrige betriebliche Erträge. Der Anstieg der übrigen betrieblichen Erträge um 6,0 Mio. EUR auf 137,7 Mio. EUR resultiert hauptsächlich aus aufgrund der erstmalig von der eSG gezahlten Speicherpacht (17,5 Mio. EUR) gestiegenen Grundstücks- und Pachterträgen (+16,8 Mio. EUR), denen im Wesentlichen gesunkene Erträge aus der Auflösung sowie dem Verbrauch von Rückstellungen (–8,9 Mio. EUR) mindernd gegenüber stehen.

Abschreibungen. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sind mit 48,9 Mio. EUR (Vorjahr: 48,6 Mio. EUR) nahezu unverändert. Die Abschreibungen auf Finanzanlagen (22,0 Mio. EUR, Vorjahr: 21,0 Mio. EUR) betreffen im Wesentlichen eine Abschreibung auf die Beteiligung KWM in Höhe von 20,6 Mio. EUR (Vorjahr: 21,0 Mio. EUR), die die schwierigen Marktbedingungen für die Stromerzeugung mit konventionellen Kraftwerken widerspiegelt, wie den Vorrang der erneuerbaren Energieerzeugung im Rahmen der Energiewende und die Strompreisentwicklung an der Börse.

Beteiligungs- und Zinsergebnis. Das Beteiligungs- und Zinsergebnis ist insgesamt um 4,4 Mio. EUR (Vorjahr: –2,0 Mio. EUR) auf 30,6 Mio. EUR gestiegen (Vorjahr: 26,2 Mio. EUR). Dabei haben sich das Beteiligungsergebnis und die Zinserträge aus Ausleihungen aufgrund von gestiegenen Beteiligungserträgen insgesamt um 2,7 Mio. EUR verbessert. Das Zinsergebnis verbesserte sich um 1,7 Mio. EUR.

Nach Bedienung des Genussscheinkapitals in Höhe von 2,7 Mio. EUR (Vorjahr: 3,2 Mio. EUR) ergibt sich ein entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der VVG abzuführender Gewinn von 74,2 Mio. EUR (Vorjahr: 88,9 Mio. EUR). Im Berichtsjahr wird ein Betrag von 12,0 Mio. EUR (Vorjahr: 6,0 Mio. EUR) zur Stärkung des Eigenkapitals in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

4.2 Finanzlage

4.2.1 Ziele und Grundsätze des Finanzmanagements

Das Finanzmanagement der SWH hat die langfristig stabile Unternehmensfinanzierung sowie die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität der operativen Geschäftstätigkeit bei möglichst geringen Kapitalkosten zum Ziel. Dabei werden ausgewogene Finanzierungsstrukturen sowie eine fristenkongruente Finanzierung des Vermögens angestrebt. Dem Finanzmanagement obliegen in diesem Zusammenhang auch die Sicherung der finanziellen Vermögensgegenstände und die Gewährleistung ausreichender Liquiditätsreserven. Unter Wahrung einer hohen Verlässlichkeit und Sicherheit soll gleichzeitig für die Finanzierung eine größtmögliche Flexibilität erreicht werden, um den Herausforderungen des energiepolitischen Umfelds gerecht werden zu können. Die Finanzierung über bilaterale Bankdarlehen und Schuldscheindarlehen stellt dabei die tragende Säule der Außenfinanzierung dar. Am Kapitalmarkt sind Genussscheine emittiert.

Nutzung derivativer Finanzinstrumente. Im operativen Geschäft werden derivative Finanzinstrumente überwiegend zur Absicherung von künftigen Zahlungsströmen aus Grundgeschäften, beispielsweise aus Darlehen und Wareneinkäufen, genutzt. Für den Einsatz derivativer Sicherungsinstrumente existieren interne Richtlinien im Unternehmen.

Zinsrisiken im Zusammenhang mit verzinslichen und zinssensitiven Finanzpassiva werden im Rahmen eines Zinsrisikomanagements aktiv gesteuert und überwacht. Ziel ist es, negative Auswirkungen auf die Ertragslage aus Änderungen des Zinsniveaus weitestgehend zu minimieren. Zinsrisiken aus variabel verzinslichen Finanzverbindlichkeiten werden daher weitestgehend durch den Einsatz von Payer-Zinsswaps begrenzt, um die Planungssicherheit des Zinsergebnisses zu optimieren.

Währungsrisiken im Zusammenhang mit Kohlebeschaffungsgeschäften werden durch ein Währungsrisikomanagement gesteuert und überwacht, indem Devisentermingeschäfte abgeschlossen werden.

Eigenfinanzierung. Die Gewinnrücklagenzuführung ist für eine Stärkung der Eigenkapitalbasis – insbesondere im Zusammenhang mit den im Rahmen der Bankenfinanzierung vereinbarten Financial Covenants – von wesentlicher Bedeutung. Daher nutzt SWH in Abstimmung mit den Anteilseignern die Möglichkeit zur Einstellung von Beträgen in die Gewinnrücklagen, soweit dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist.

Grundsätzlich erfolgen alle Finanzierungsaktivitäten im Rahmen der unternehmensspezifischen Richtlinien. Diese bilden den Handlungsrahmen für das SWH-Finanzmanagement und entsprechen den Organisations- und Sorgfaltspflichten des Unternehmens.

4.2.2 Finanzwirtschaftliche Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr

Finanzierungsfazilitäten. Zur Deckung des Gesamtfinanzierungsbedarfs von SWH stehen grundsätzlich die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und externe Finanzierungsfazilitäten zur Verfügung. Das Innenfinanzierungspotenzial umfasste im Geschäftsjahr 2015 einen operativen Cashflow in Höhe von 122,7 Mio. EUR (Vorjahr: 121,5 Mio. EUR*). Instrumente der Außenfinanzierung stellen im Wesentlichen Bankkredite, Schuldscheindarlehen, Gesellschafterdarlehen und kurzfristige Kreditlinien dar. Die im Zusammenhang mit der SWH-Wachstumsstrategie stehenden Investitionsprojekte – wie der Ausbau der Kraftwerkskapazitäten, die Erweiterung der Gasspeicherkapazitäten und insbesondere der 2009 vollzogene Anteilserwerb an der Thüga AG – sind über langfristige bilaterale Kredite und Schuldscheindarlehen finanziert.

* Der operative Cashflow für 2014 wurde im Vergleich zur Berichterstattung im Lagebericht 2014 an die Änderungen des DRS 21 angepasst.

Der Gesamtbestand an langfristigen Darlehen beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2015 612,0 Mio. EUR (Vorjahr: 655,4 Mio. EUR), davon sind 600,0 Mio. EUR (Vorjahr: 643,4 Mio. EUR) auf 6-Monats-Euribor-Basis zu verzinsen. Die Darlehen sind damit zu 98,0 Prozent variabel verzinslich und zu 2,0 Prozent festverzinslich. Im Geschäftsjahr 2015 wurden im Saldo Tilgungen in Höhe von 43,4 Mio. EUR geleistet (Vorjahr: 18,9 Mio. EUR). Der Darlehensgesamtbestand hat eine durchschnittliche Restlaufzeit von 4,3 Jahren (Vorjahr: 4,5 Jahre).

Im Zusammenhang mit den Kreditverbindlichkeiten wurden mit den Kreditgebern Financial Covenants vereinbart. Diese umfassen insbesondere Finanzkennzahlen zur Eigenkapitalausstattung und Entschuldungsfähigkeit. Die mit den Kreditgebern vereinbarten Financial Covenants sind während des Geschäftsjahres jederzeit eingehalten worden.

Zinsentwicklung. Die langfristige Zinssicherung für die variabel verzinsten Darlehen erfolgt durch den Einsatz von Zinsswaps. Die zur Zinssicherung abgeschlossenen Swapverträge haben zum 31. Dezember 2015 ein Vertragsvolumen von

570,0 Mio. EUR (Vorjahr: 660,0 Mio. EUR). Die durchschnittliche Restlaufzeit beträgt 13,5 Jahre (Vorjahr: 11,4 Jahre). Der durchschnittliche Festzinssatz des Swap-Portfolios liegt bei 2,96 Prozent (Vorjahr: 3,29 Prozent).

Liquiditätssteuerung. Für den kurzfristigen Liquiditätsbedarf sind schriftlich vereinbarte Kreditlinien in Höhe von insgesamt 160,3 Mio. EUR (Vorjahr: 165,3 Mio. EUR) von unseren Bankpartnern eingeräumt worden. Daneben stehen bei Banken intern vorgemerkte Linien, wie im Vorjahr, über weitere 68,9 Mio. EUR zur Verfügung. Die Kreditlinien haben im Wesentlichen keine Laufzeitbegrenzung. Zum Stichtag 31. Dezember 2015 wurden wie bereits im Vorjahr die Kreditlinien nicht in Anspruch genommen. Die üblichen saisonalen Liquiditätsschwankungen werden über kurzfristige Geldanlagen und -aufnahmen ausgeglichen. Dazu stehen zum Stichtag acht Bankpartner zur Verfügung.

Devisenhandel. Schwerpunkt des Devisenhandels war auch im Geschäftsjahr 2015 weiterhin die Absicherung der auf den internationalen Märkten beschafften Kraftwerkskohle. Das damit verbundene Währungsrisiko für die Geschäftsjahre 2015 bis 2018 wird durch Kurssicherungen mittels Devisentermingeschäften reduziert und aktiv gesteuert.

Nettoschulden. Das Net Debt ist zum 31. Dezember 2015 um 16,7 Mio. EUR gegenüber dem vorangegangenen Bilanzstichtag zurückgegangen. Der Rückgang resultiert aus einem deutlichen Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Zur Steuerung der Finanzierungsaktivitäten wird im Unternehmen das Verhältnis von Net Debt zu EBITDA überwacht. In Folge des Rückgangs des EBITDA bei einem vergleichsweise unterproportionalen Rückgang des Net Debt ergibt sich zum Bilanzstichtag eine gestiegene Ratio in Höhe von 3,15.

	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in Prozent
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	612.000	655.372	-43.372	-6,6
Liquide Mittel	2.736	29.363	-26.627	-90,7
Net Debt	609.264	626.008	-16.744	-2,7
EBITDA	193.718	204.266	-10.548	-5,2
Ratio Net Debt/EBITDA	3,15	3,06	0,09	2,9

Außerbilanzielle Verpflichtungen. Erläuterungen zu außerbilanziellen Verpflichtungen befinden sich im Anhang zu diesem Jahresabschluss. Im Vergleich zum Vorjahr sind keine wesentlichen neuen außerbilanziellen Verpflichtungen eingetreten. Ein erheblicher Einfluss auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft aus möglichen künftigen Auswirkungen aus den bestehenden Verpflichtungen wird dabei nicht erwartet.

Ausblick. Aufgabe des Finanzmanagements wird es in den nächsten Jahren weiterhin sein, die Finanzierungsstrukturen zu optimieren. Nach der konzentrierten Ausweitung des Kreditvolumens für diverse Wachstumsinvestitionen in den vergangenen Geschäftsjahren wird der Schwerpunkt zukünftig darauf liegen, bei Darlehensprolongationen und Anschlussfinanzierungen die Mittelbereitstellung weiterhin zu guten Konditionen zu sichern und die finanzielle Stabilität sicherzustellen.

4.2.3 Investitionen und Substanzerhaltung

SWH hat in diesem Geschäftsjahr Investitionen in Höhe von insgesamt 70,0 Mio. EUR getätigt (Vorjahr: 77,0 Mio. EUR), die sich hauptsächlich auf Sachanlagen (44,1 Mio. EUR) und Finanzanlagen (26,7 Mio. EUR) verteilen.

Finanzanlagen. Die Investitionen in das Finanzanlagevermögen in Höhe von insgesamt 26,7 Mio. EUR (Vorjahr: 27,9 Mio. EUR) betreffen mit 22,0 Mio. EUR im Wesentlichen die Vergabe von langfristigen Darlehen an eEG, Danpower sowie GHG zur Finanzierung von Investitionen. Die im Jahr 2015 durchgeführten Investitionen in das Finanzanlagevermögen liegen über dem Planwert von etwa 25,3 Mio. EUR.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände. Die Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens für die Geschäftsjahre 2015 und 2014 verteilen sich auf die Geschäftsbereiche wie folgt:

in TEUR	Sachanlagen		Immaterielle Vermögensgegenstände		Gesamt		davon im Bereich Netze	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Strom	13.722,1	15.480,1	184,0	24,5	13.906,1	15.504,6	11.693,9	14.344,5
Gas	6.175,5	10.027,5	0,0	0,0	6.175,5	10.027,5	5.486,8	4.804,7
Wasser	7.830,5	8.186,8	0,0	0,0	7.830,5	8.186,8	5.245,9	6.043,3
Wärme	6.326,9	5.154,8	0,0	0,0	6.326,9	5.154,8	4.744,9	4.943,7
Unterstützende Prozesse/Services	10.025,0	9.400,6	294,1	787,9	10.319,1	10.188,5	238,3	211,2
Gesamt	44.080,0	48.249,8	478,1	812,4	44.558,1	49.062,2	27.409,8	30.347,4

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betreffen 2015 im Wesentlichen geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau (19,0 Mio. EUR; Vorjahr: 20,8 Mio. EUR) sowie Verteilungsanlagen (17,8 Mio. EUR; Vorjahr: 22,7 Mio. EUR). Im Bereich Strom entfallen die Investitionen des Geschäftsjahres im Wesentlichen auf Maßnahmen in Umspannwerken (6,0 Mio. EUR) sowie auf Kabelnetze und Hausanschlüsse (5,4 Mio. EUR), im Bereich Gas auf Rohrnetze und Hausanschlüsse (3,9 Mio. EUR). Im Geschäftsbereich Wasser wurde vorrangig in Versorgungsleitungen und Hausanschlüsse (5,2 Mio. EUR), im Geschäftsbereich Wärme in Versorgungs- und Anschlussleitungen (3,7 Mio. EUR) beziehungsweise in den unterstützenden Prozessen/Services in Software und Fernmeldekabel (6,2 Mio. EUR) investiert.

Die im Geschäftsjahr tatsächlich durchgeführten Sachinvestitionen liegen um 18,0 Mio. EUR unter dem geplanten Investitionsvolumen in Höhe von 62,6 Mio. EUR. Dabei entfallen die Abweichungen im Wesentlichen auf die Bereiche Strom (Plan 2015: 18,4 Mio. EUR; Abweichung: –4,5 Mio. EUR), Wärme (Plan 2015: 13,6 Mio. EUR; Abweichung: –7,3 Mio. EUR) sowie die unterstützenden Prozesse/Services (Plan 2015: 15,1 Mio. EUR; Abweichung: –4,8 Mio. EUR). Im Bereich Strom ist die Planabweichung im Wesentlichen auf im Geschäftsjahr 2015 noch nicht abgeschlossene Maßnahmen zurückzuführen. Auch im Bereich Wärme ist die Planabweichung im Wesentlichen auf noch nicht abgeschlossene Maßnahmen zurückzuführen sowie auf ein vorerst ausgesetztes Projekt. Der Plan für die unterstützenden Prozesse/Services sah zunächst noch die Umsetzung eines Projektes bei der SWH vor, das jedoch künftig durch eine Tochtergesellschaft abgewickelt wird.

Getätigte Investitionen und Maßnahmen zur Substanzerhaltung im SWH-Netz. Die Länge des SWH-Stromleitungsnetzes erhöhte sich im Jahr 2015 um 10 Kilometer auf 6.861 Kilometer (Vorjahr: 6.851 Kilometer). Die Länge des SWH-Gasverteilnetzes beträgt 1.861 Kilometer, zuzüglich 985 Kilometer Hausanschlussleitungen. Das Transport- und Verteilnetz der SWH-Wasserversorgung, bestehend aus Zubringer-, Haupt- und Versorgungsleitungen, hatte zum Bilanzstichtag 2015 eine Gesamtlänge von 2.180 Kilometern (Vorjahr: 2.178 Kilometer), zuzüglich weiterer 1.270 Kilometer Hausanschlussleitungen (Vorjahr: 1.264 Kilometer). Die Länge des Leitungsnetzes der Fernwärmeversorgung beträgt 318 Kilometer.

Die Investitionen für Erneuerungsmaßnahmen basieren auf den alle drei Jahre überarbeiteten Instandhaltungskonzepten für die jeweiligen Energie- und Wassernetze. Diese enthalten unter anderem Aussagen über die Schadensentwicklung und die Substanzbewertung und zum mittelfristigen Ersatzbedarf auf der Basis von technischen Lebensdauerverteilungen. Beim derzeitigen kontrollierten Substanzverzehr wird weiterhin von einer befriedigenden Gesamtsituation mit einzelnen Problemfeldern ausgegangen.

Stromnetz. Im Geschäftsjahr 2015 wurden die sekundärtechnischen Anpassungs- und Erneuerungsarbeiten in den Umspannwerken Mehrum und Lahe abgeschlossen. Die 2014 begonnenen Maßnahmen zur Erneuerung der 110-kV-Schaltanlage im Umspannwerk Bleichenstraße wurden weitergeführt. Die Erneuerung des Umspannwerks wird bis Ende 2016 dauern. Im UW Stöcken wurden Planung und Bau eines Phasenschiebertransformators zur gesicherten Lastflusssteuerung zum vorgelagerten Hochspannungsnetz begonnen. Diese Maßnahme soll ebenfalls 2016 abgeschlossen werden. Des Weiteren wurde beginnend mit der Einholung der Genehmigungen der Bau des neuen Umspannwerks

Höher vorbereitet. Die Inbetriebnahme ist für 2018 geplant. Mit diesen Erweiterungsmaßnahmen sollen vorhandene Netzengpässe zu den vorgelagerten Netzen weiter reduziert werden.

Die Leistungsanfragen im Mittelspannungsnetz konzentrierten sich 2015 zu großen Teilen auf die Innenstadt sowie Wülferode (Rechenzentrum). Die Erneuerung von zwei Speisepunkten wurde 2015 weitergeführt. Sie sollen planmäßig in 2016 in Betrieb gehen. In 2015 wurde das Programm zur Erneuerung von 1.000 Stationen in den nächsten zehn Jahren begonnen.

Gasnetz. Der Vertrag mit ExxonMobil über eine Verlängerung des H-Gasbezuges für die aktuell drei Zählpunkte, die direkt mit H-Gas versorgt werden, wurde mit einer Laufzeit von zunächst drei Jahren abgeschlossen. Ziel der Vertragsparteien ist es, eine vorzeitige Umstellung (H- auf L-Gas) bis zur L-H-Gas Marktraumumstellung zu vermeiden. Die Mischanlagen wurden stillgelegt. Das Programm Bewuchs auf Leitungen wird planmäßig abgearbeitet. Die Begehung der Baumstandorte in der LHH wurde abgeschlossen, Maßnahmen sind in der Umsetzung. Die Schadensentwicklung ist weiterhin auf sehr niedrigem Niveau verblieben. Die Anzahl der Neuanschlüsse 2015 (349) liegt deutlich unter den Vorjahren 2013 (431) beziehungsweise 2014 (443).

Wassernetz. Im Wassernetz wurde im Geschäftsjahr 2015 weiter an der Erneuerung besonders schadensanfälliger, nicht ausgekleideter Graugussleitungen gearbeitet. In diesem Zusammenhang wurden auch alte und ebenfalls schadensauffällige Grauguss- und Stahlhausanschlussleitungen und Hausanschlüsse mit verzinkten Teilen sowie die zugehörigen Armaturen ertüchtigt. Die Anzahl der Neuanschlüsse 2015 (581) lag deutlich unter der Anzahl der Neuanschlüsse in 2014 (721). Zur Vermeidung von hygienischen Problemen und zur Verbesserung der Druckfestigkeit wurde darüber hinaus weiter an der Sanierung der übergeordneten Netzinfrastruktur gearbeitet. Hier lag der Schwerpunkt nach wie vor auf den nördlichen Zubringerleitungen (Berkhof 2, Verbindungsleitung und Fuhrberg 2), wo in 2015 der südliche Bereich der Berkhof 2 - Leitung fertiggestellt wurde. Für 2016 und die Folgejahre ist die weitere Fortführung, beginnend mit der Verbindungsleitung zwischen den Wasserwerken, geplant. Zur Verbesserung der Drucksituation in der Druckzone Arnum wurde weiter am Neubau einer Druckerhöhungsanlage gearbeitet.

Fernwärmenetz. Der Substanzverzehr im Fernwärmenetz entwickelt sich auf Plan. In 2015 hatten überdurchschnittlich viele Kompensatoren Leckagen. Deshalb wird begonnen, Kompensatoren älterer und größerer Bauart systematisch zu erneuern. Im Rahmen dieser Arbeiten werden die Schächte, in denen sich diese Kompensatoren befinden, ebenfalls erneuert und als Investition getätigt. Bei Grunderneuerung der Straßen durch das Tiefbauamt müssen gegebenenfalls alte Kanäle durch Kunststoffmantelrohr (zum Beispiel Große Barlinge) ersetzt werden. Der wesentliche Investitionsschwerpunkt liegt jedoch weiterhin in dem Ausbau und der Verdichtung des Netzes. 2015 wurde beispielsweise eine neue Versorgungsleitung in die Oststadt (Friesenstraße) verlegt. Für das nächste Geschäftsjahr sind Neuanschlüsse und der Leitungsbau mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 4,0 Mio. EUR geplant.

4.2.4 Liquidität

Die Aufgliederung des Finanzbedarfs und dessen Deckung ergeben sich wie folgt:

	2015	2014*
	in TEUR	in TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	122.690	121.497
Cashflow aus Investitionstätigkeit	6.433	9.026
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-155.750	-153.280
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-26.627	-22.757
Finanzmittelfonds am 01.01.	32.950	55.707
Finanzmittelfonds am 31.12.	6.323	32.950
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	31.12.2015	31.12.2014
Liquide Mittel	2.736	29.363
Wertpapiere des Umlaufvermögens	3.587	3.587
Finanzmittelfonds	6.323	32.950

* Die Angaben zur Kapitalflussrechnung wurden in Übereinstimmung mit dem DRS 21 ermittelt. Durch die Änderungen des DRS 21 wurden die Angaben für 2014 entsprechend der neuen Ermittlung angepasst.

Die Einzahlungen im Cashflow aus Investitionstätigkeit haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht um 2,6 Mio. EUR (Vorjahr: +3,0 Mio. EUR) verringert. Insgesamt wurden netto 11,5 Mio. EUR in das Finanzanlagevermögen (Vorjahr: 6,9 Mio. EUR) und 44,0 Mio. EUR in das übrige Anlagevermögen (Vorjahr: 48,0 Mio. EUR) investiert. Dabei haben sich die Mittelabflüsse für die üblichen Ersatzinvestitionen, bei kaum veränderten Mittelzuflüssen aus dem Abgang, in das Sachanlagevermögen um 4,2 Mio. EUR verringert. Insgesamt haben sich die Nettomittelabflüsse für die Investitionen in das Anlagevermögen kaum verändert (54,8 Mio. EUR; Vorjahr: 54,9 Mio. EUR). Die Zuflüsse aus Zinsen und Beteiligungsergebnissen sind hingegen leicht gesunken, was zum leicht gesunkenen Cashflow aus Investitionstätigkeit führt.

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit resultieren insbesondere aus Auszahlungen an die Anteilseigner und Genussscheinhaber in Höhe von 60,7 Mio. EUR (Vorjahr: 117,5 Mio. EUR) und aus der Tilgung von Krediten mit 80,3 Mio. EUR (Vorjahr: 18,9 Mio. EUR). Dem stehen Mittelzuflüsse aus erhaltenen Zuschüssen gegenüber. Die gezahlten Zinsen sind aufgrund der Tilgung von Krediten ebenfalls gesunken.

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit konnten durch die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und Investitionstätigkeit nicht vollständig gedeckt werden, sodass der Finanzmittelfonds um 26,6 Mio. EUR abgenommen hat. Der operative Cashflow des Berichtsjahres war im Gegensatz zum Vorjahr kaum verändert.

4.3 Vermögenslage

Die Bilanzstruktur von SWH stellt sich wie folgt dar:

Bilanz (Kurzfassung)	2015	2014	Veränderung	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in Prozent
Anlagevermögen	1.269.145	1.285.667	-16.522	-1,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	10.032	8.753	1.279	14,6
Sachanlagen	407.139	413.554	-6.415	-1,6
Finanzanlagen	851.974	863.360	-11.386	-1,3
Umlaufvermögen inkl. RAP	253.672	277.540	-23.868	-8,6
Vorräte	53.598	69.112	-15.514	-22,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	191.120	172.275	18.845	10,9
Wertpapiere und flüssige Mittel	6.323	32.950	-26.627	-80,8
Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)	2.631	3.203	-572	-17,9
Bilanzsumme Aktiva	1.522.817	1.563.207	-40.390	-2,6
Eigenkapital	449.227	437.227	12.000	2,7
Zuschüsse	94.199	92.030	2.169	2,4
Rückstellungen	187.906	193.802	-5.896	-3,0
Verbindlichkeiten	789.805	838.255	-48.450	-5,8
Rechnungsabgrenzungsposten	1.680	1.893	-213	-11,3
Bilanzsumme Passiva	1.522.817	1.563.207	-40.390	-2,6

Aktiva. Das Anlagevermögen hat sich um 16,5 Mio. EUR (Vorjahr: -14,1 Mio. EUR) beziehungsweise 1,3 Prozent (Vorjahr: -1,1 Prozent) vermindert. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Verminderung der Finanzanlagen (-11,4 Mio. EUR). Hier wirkt sich die Wertminderung der Beteiligung an der KWM (-20,6 Mio. EUR) aus, der die Gewährung weiterer Ausleihungen (+8,3 Mio. EUR) sowie Investitionen in Wertpapiere (+2,7 Mio. EUR) entgegenstehen. Die immateriellen Vermögensgegenstände haben sich aufgrund von Investitionen in Anwendersoftware sowie der Fertigstellung von IT-Projekten erhöht (+14,6 Prozent). Die Sachanlagen sind aufgrund der planmäßigen Abschreibungen leicht gesunken. Zu Erläuterungen der Investitionen wird auf den Abschnitt „Investitionen und Substanzerhaltung“ verwiesen.

Das Umlaufvermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr um 23,9 Mio. EUR (Vorjahr: -100,0 Mio. EUR) beziehungsweise 8,6 Prozent (Vorjahr: -26,5 Prozent) gesunken. Dabei haben die Vorräte aufgrund mengen- und preisbedingt geringerer Bestände an Emissionszertifikaten bei mengenbedingt leicht gestiegenen Gasbeständen um 15,5 Mio. EUR abgenommen. Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (+18,8 Mio. EUR) gingen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 5,4 Mio. EUR, verursacht durch witterungsbedingt geringere Forderungen aus dem Energieabsatz trotz geringerer erhaltener Abschläge, zurück. Ebenso haben sich die Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen verringert (-3,2 Mio. EUR). Dagegen stiegen die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (+13,5 Mio. EUR) und die sonstigen Vermögensgegenstände (+13,9 Mio. EUR). Die Wertpapiere und flüssigen Mittel haben um 26,6 Mio. EUR abgenommen.

Der im Vergleich zur Abnahme des Anlagevermögens stärkere Rückgang des Umlaufvermögens führte zu einer Erhöhung der langfristigen Vermögensquote auf 83,3 Prozent.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstrukturanalyse	2015	2014	Veränderung
	in Prozent	in Prozent	in Prozent
Langfristige Vermögensquote	83,3	82,2	1,3
Eigenkapitalquote	29,5	28,0	5,5
Deckungsgrad für langfristiges Vermögen (Eigenkapital/langfristiges Vermögen)	35,4	34,0	4,1

Passiva. Das Eigenkapital hat sich durch die teilweise Einstellung des Jahresergebnisses 2015 in die Gewinnrücklagen um 12,0 Mio. EUR erhöht (Vorjahr: +6,0 Mio. EUR). Insgesamt hat sich die Eigenkapitalquote damit weiter auf 29,5 Prozent verbessert. Auch der Deckungsgrad für das langfristige Vermögen konnte durch die Zunahme des Eigenkapitals bei einem gleichzeitigen Rückgang des Anlagevermögens auf 35,4 Prozent gesteigert werden.

Die Verbindlichkeiten sind um insgesamt 48,5 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (Vorjahr: –115,1 Mio. EUR). Dieser Rückgang ist neben der weiteren Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (–43,4 Mio. EUR; Vorjahr: –18,9 Mio. EUR), durch geringere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (–7,3 Mio. EUR; Vorjahr: –21,0 Mio. EUR) sowie gesunkenen sonstigen Verbindlichkeiten (–34,5 Mio. EUR; Vorjahr: –21,8 Mio. EUR) verursacht. Gegenläufig sind die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen insbesondere aufgrund - in Folge geringerer Vorauszahlungen - noch abzuführender Gewinne sowie der Aufnahme von Gesellschafterdarlehen angestiegen (+36,7 Mio. EUR; Vorjahr: –53,6 Mio. EUR). Von den Verbindlichkeiten sind 577,0 Mio. EUR (Vorjahr: 565,5 Mio. EUR) mittel- bis langfristig. Sie bestehen ausschließlich gegenüber Kreditinstituten und dienen der langfristigen Finanzierung der Investitionsprojekte.

Die Rückstellungen sind im Berichtsjahr um 5,9 Mio. EUR zurückgegangen (Vorjahr: –7,4 Mio. EUR). Ursache ist im Wesentlichen der planmäßige Abbau von Rückstellungen im Zusammenhang mit den bestehenden Altersteilzeitverträgen (–7,2 Mio. EUR). Die Rückstellungen sind in Höhe von 87,6 Mio. EUR mittel- bis langfristig (Vorjahr: 78,4 Mio. EUR).

Insgesamt verfügt SWH über eine solide Vermögens- und Kapitalstruktur. Das langfristig gebundene Vermögen war zu einem Drittel durch Eigenkapital gedeckt und dieser Deckungsgrad konnte im Berichtsjahr weiter gesteigert werden.

Für weitere Erläuterungen zur Vermögenslage wird auf den Anhang in diesem Abschluss verwiesen.

4.4 Gesamtaussage zur Lage

Wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung von SWH hatte in 2015 neben den Strom- und Gaspreisentwicklungen an der Börse, die sich deutlich auf die Handelsaktivitäten und die in diesem Zusammenhang erzielten Erlöse ausgewirkt haben, die wiederum milde Witterung, die im Gas- sowie Wärmeabsatz im Kundengeschäft zu nur leicht gestiegenen Erlösen geführt hat. Weiterhin negativ wirken sich die unter wirtschaftlichen Aspekten zunehmend rückläufigen Einlastungsmöglichkeiten konventioneller Kraftwerkskapazitäten aus. Da die Beschaffung größtenteils langfristig auf Terminmärkten abgesichert wird, können Preisrückgänge im laufenden Geschäftsjahr teilweise nicht ergebniswirksam genutzt werden. Unter den aufgezeigten Marktentwicklungen, insbesondere dem zunehmenden Einfluss der erneuerbaren Energieerzeugung, ist der Einsatz der konventionellen Kraftwerkskapazitäten von SWH nach wie vor schwierig und hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr eine weitere Abwertung der KWM-Beteiligung notwendig gemacht. Diese negativen Ergebniswirkungen konnten teilweise durch eine stabile Entwicklung des Beteiligungsergebnisses kompensiert werden.

Erfolgreiche Marktpositionierung. Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr hat SWH im Tarifkundengeschäft unter einem starken Wettbewerbsdruck gestanden. SWH hat sich jedoch nach wie vor mit wettbewerbsfähigen Preisen auf einem guten bundesdurchschnittlichen Niveau im Vergleich zu ausgewählten relevanten Wettbewerbern weiter behaupten können. Insgesamt liegt der kumulierte Versorgerwechsel der Haushalte im Grundversorgungsgebiet für beide Marktsegmente deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Gesamtentwicklung. Insgesamt zeigt sich im Geschäftsjahr 2015 aufgrund weiterhin schwieriger Marktbedingungen eine rückläufige Entwicklung. Der Rohertrag sank gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Prozent (Vorjahr: +6,9 Prozent), das

erzielte Jahresergebnis (88,9 Mio. EUR; Plan 2015: 88,4 Mio. EUR) als auch die Gewinnabführung an die Anteilseigner (74,2 Mio. EUR; Plan 2015: 73,7 Mio. EUR) liegen gleichwohl leicht über den Planungen für das Geschäftsjahr 2015.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 2.311,6 Mio. EUR sind um 2,4 Prozent gesunken (Vorjahr: –3,4 Prozent). Der größte Anteil an den Umsätzen entfällt dabei unverändert auf den Strom- und Gasbereich mit insgesamt 1.986,4 Mio. EUR. Die vergleichsweise zu den gesunkenen Umsätzen unterproportional verminderten Materialaufwendungen (–2,0 Prozent; Vorjahr: –4,8 Prozent) führen insgesamt zu einem gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Rohertrag in Höhe von 311,4 Mio. EUR (–4,5 Prozent; Vorjahr: +6,9 Prozent).

Bei einem verbesserten Zinsergebnis (–29,6 Mio. EUR; Vorjahr: –31,3 Mio. EUR) ist das Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf die Genussscheine gegenüber dem Vorjahr ebenfalls gesunken und liegt um 9,4 Prozent unter dem Vorjahreswert.

EBIT. Das SWH-EBIT („Earnings before Interest and Taxes“ = Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsergebnis) ist gegenüber dem Vorjahr deutlich um 11,8 Mio. EUR beziehungsweise 8,8 Prozent auf 122,9 Mio. EUR (Vorjahr: 134,7 Mio. EUR) gesunken, liegt aber deutlich über dem geplanten EBIT von 118,1 Mio. EUR. Die Abweichung ist im Wesentlichen trotz über Plan liegenden Abschreibungen auf Finanzanlagen auf ein über Plan liegendes Beteiligungsergebnis sowie auf unter Plan liegenden Personalaufwendungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen zurückzuführen.

ROCE. Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2015 spiegelt sich in einem gegenüber dem Vorjahr leicht gesunkenen ROCE (Return on Capital Employed) von 10,1 Prozent (Vorjahr: 10,6 Prozent) wider, der allerdings über Plan liegt (Plan 2015: 8,8 Prozent). Das durchschnittliche Capital Employed liegt dabei unter Vorjahresniveau (1.217,2 Mio. EUR; Vorjahr: 1.273,8 Mio. EUR).

5 Nachtragsbericht

Gründung der enercity Immobilien GmbH & Co. KG. Bereits im Jahr 2015 wurde das Projekt iZwo initialisiert. Das Projekt hat die Aufgabe, die Entwicklung und Anpassung des Immobilienportfolios an den Standorten Glocksee und Ricklingen mit dem Ziel zu konzipieren, eine kompakte, effiziente und bedarfsgerechte Immobilieninfrastruktur zu schaffen. Zur Umsetzung dieses Projektes wurden Anfang Januar 2016 die enercity Immobilien GmbH & Co. KG, Hannover, (eIG), sowie die enercity Immobilienverwaltungs GmbH, Hannover, (eIVG), jeweils als 100-prozentiges Tochterunternehmen der SWH gegründet. Im Rahmen der Sachgründung der eIG wurden alle Bestandsimmobilien der Standorte Glocksee und Ricklingen zu Buchwerten auf die Gesellschaft übertragen. Die Gründung der Komplementärin eIVG erfolgte durch Einzahlung des Stammkapitals in Höhe von 25 TEUR.

6 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

6.1 Prognosebericht

6.1.1 Erwartete Umfeldentwicklung

Das ordnungspolitische, regulatorische und wirtschaftliche Umfeld der Energieversorgungsunternehmen unterliegt weiterhin dynamischen Entwicklungen. Die sich aus diesen instabilen Umfeldbedingungen ergebenden Chancen und Risiken haben unmittelbar Einfluss auf die unternehmerische Entwicklung von SWH.

Allgemeine Wirtschaftslage. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem verhaltenen Aufschwung. Trotz äußerst niedriger Zinsen, gesunkener Rohstoffpreise und einer deutlichen Abwertung des Euro expandierte das Bruttosozialprodukt mit Raten, die lediglich in etwa der Wachstumsrate des Produktionspotenzials entsprachen. Der private Konsum profitierte von der spürbaren Ausweitung der Beschäftigung und steigenden Reallöhnen, auch wegen des Kaufkraftgewinns aufgrund gesunkener Rohölpreise. Die Investitionstätigkeit nahm hingegen insgesamt gesehen verhalten zu. Der Export nahm ungeachtet des Tempos der weltwirtschaftlichen Expansion kräftig zu. Wesentlichen Anteil daran hatten die Erholung im Euroraum und die Abwertung des Euro. In ihrer Herbstprognose geht die deutsche Bundesregierung für das laufende Jahr von einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von real 1,7 Prozent und für das Jahr 2016 von 1,8 Prozent aus.

Erwartete Preisentwicklungen auf den Energiemärkten. Die Preisprognosen erfolgen auf Basis bisher beobachteter Preisentwicklungen. Für 2016 erwartet SWH planerisch einen Ölpreis für die europäische Leitsorte Brent, der leicht über dem Jahresdurchschnittswert für 2015 liegt. Die Kohleeinsatzpreise werden aufgrund der vorlaufenden Kohlebeschaf-

fung für 2016 planerisch über dem Jahresdurchschnittswert für 2015 hinterlegt. Beim Grenzübergangspreis für Erdgas erwartet SWH für 2016 ein Preisniveau, das dem Jahresdurchschnittswert für 2015 annähernd entspricht. Die Preise für CO₂-Zertifikate lagen in 2015 im Spotmarkt durchschnittlich über dem Vorjahrsniveau. Für 2016 erwartet SWH ein ähnliches Preisniveau wie in 2015. Insgesamt werden sich jedoch einige der prognostizierten Preisentwicklungen aufgrund bereits durchgeführter vorlaufender Beschaffungen nicht vollumfänglich auf das Geschäftsergebnis von SWH auswirken.

Erwarteter Druck auf die Stromerzeugungsmargen. Der Ausbau der Erzeugung aus erneuerbaren Energien mit Einspeisevorrang in die Netze wird voraussichtlich weiterhin starken Druck auf die Großhandelsmarktpreise für Strom ausüben, was zunehmend auch in bisher margenstarken Zeiten zu einer sinkenden Tendenz der Stromerzeugungsmargen führen wird. Zudem verharren die Preise für CO₂-Zertifikate weiter auf einem niedrigen Niveau, was insgesamt dazu führt, dass kohlebefeuerte Erzeugungseinheiten weiterhin angemessene Auslastungen und Erzeugungsvolumina aufweisen, jedoch spezifisch deutlich geringere Margen als in den Vorjahren erzielen. Gasbefeuerte Anlagen sind derzeit stromseitig über weite Strecken nicht marktfähig.

Erwartete Auswirkungen des künftigen energiepolitischen Rahmens. Insgesamt ist ein Trend zur weiteren Regulierung des energiewirtschaftlichen Rahmens in der Politik erkennbar. Der mit der deutschen Energiewende geplante Umbau der Energieversorgung zieht nicht nur erhebliche Investitionserfordernisse in Erzeugungs- und Netzkapazitäten nach sich, sondern bringt auch zunehmende Anforderungen zur Wahrung der Systemstabilität und Versorgungssicherheit mit sich, denen mit immer neuen regulatorischen Eingriffen begegnet werden soll. Während der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung in Deutschland für 2015 auf 30 Prozent gestiegen ist, hat sich die wirtschaftliche Tragfähigkeit konventioneller Stromerzeugungskapazitäten weiter vermindert, sodass mit zunehmenden Stilllegungen nicht mehr wirtschaftlicher Kraftwerke gerechnet werden muss. Die sich hieraus ergebende verminderte Systemstabilität zur Ausregelung von Erzeugungsschwankungen der erneuerbaren Erzeugung und zur Deckung von Bedarfsspitzen, beispielsweise während der Wintermonate, ist Gegenstand weiterer staatlicher Eingriffe in den Markt. Die Entwicklung des Ordnungsrahmens für die Stromerzeugung ist von substantieller wirtschaftlicher Bedeutung für Energieversorgungsunternehmen und weiterhin von massiven Unsicherheiten geprägt.

6.1.2 Erwartete Entwicklung von SWH

Die folgenden Prognosen sind grundsätzlich Ungewissheiten und dem Risiko unterworfen, dass die tatsächliche Geschäftsentwicklung sowie die Ertrags- und Finanzlage von SWH im folgenden Geschäftsjahr von den prognostizierten Entwicklungen abweichen können. SWH wird im folgenden Geschäftsjahr damit beginnen, den im Unternehmenskonzept K2025 aufgezeigten strategischen Unternehmensentwicklungsprozess umzusetzen und durch operative Umsetzungsschritte weiter zu konkretisieren, um sich erfolgreich gegenüber den Herausforderungen von Wettbewerb, Regulierung und politischen Rahmenbedingungen zu positionieren.

Erwartete Entwicklung der Ertragslage pro Geschäftsfeld. SWH wird sich weiterhin an dem Ziel, nachhaltig profitabel auf Basis einer starken Position auf dem Heimatmarkt bundesweit zu den wichtigsten Marktteilnehmern der Querverbundunternehmen zu gehören, orientieren. Der Wettbewerbsdruck im Tarifkundengeschäft hält weiter unvermindert an. Gleichwohl ist geplant, den Marktanteil Tarifkunden im Grundversorgungsgebiet mittels einer Haltestrategie auf weiterhin überdurchschnittlichem Niveau zu halten. Vertriebliche Aktivitäten außerhalb des Grundversorgungsgebietes sollen der Stabilisierung des Gesamtabsatzes und der Gesamtmargin dienen.

Im **Strombereich** soll weiterhin unter Ausnutzung des Marketing-Mix und der Stärkung der Kundenbindung dem Wettbewerb begegnet und ein überdurchschnittlich hoher Marktanteil gesichert werden. Vertriebsseitig wird für das Grundversorgungsgebiet mit einem leichten Absatzrückgang aufgrund von Kundenverlusten gerechnet. Außerhalb des Grundversorgungsgebietes wird ein aufgrund von wettbewerbsbedingten Kundenverlusten deutlich sinkender Absatz geplant. Dadurch werden insgesamt für das Folgejahr im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr absatz- und preisbedingt niedrigere Erlöse aus dem Stromabsatz an Endkunden angenommen. Aus Energiehandelsgeschäften werden insgesamt aufgrund planerisch hinterlegter gesunkener Handelspreise rückläufige Umsatzerlöse erwartet.

SWH geht weiterhin davon aus, sich im Geschäftsbereich **Gas** hinsichtlich Preis und Produktqualität im Wettbewerb behaupten und Kundenverluste begrenzen zu können. Für das Geschäftsjahr 2016 wird im Grundversorgungsgebiet ein Rückgang des Absatzes erwartet. Absatzmindernd wirken sich hier Effizienzsteigerungen auf der Kundenseite sowie Kundenverluste aus. Auch außerhalb des Grundversorgungsgebiets rechnet SWH mit einem rückläufigen Absatz. Auf Basis des geplanten Absatzes werden im Grundversorgungsgebiet gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr absatz- und preisbedingt geringere Umsatzerlöse erwartet und auch außerhalb des Grundversorgungsgebiets wird mit absatzbedingten rückläufigen Umsätzen gerechnet. Zusätzlich werden gegenüber dem vergangenen Geschäftsjahr sinkende Umsatzerlöse aus Gashandelsgeschäften erwartet.

Planerisch wird weiterhin ein leicht rückläufiger **Wasserabsatz** unterstellt. Vor dem Hintergrund der wachsenden Bevölkerung im Versorgungsgebiet ist gegebenenfalls aber auch ein Wasserabsatz auf bisherigem Niveau möglich. Dem stehen unvermindert anwachsende Fixkostenbestandteile zur Aufrechterhaltung der Versorgungsstruktur gegenüber, was einen entsprechenden Margendruck ausübt.

Aufgrund kundenseitiger **Wärmeschutzmaßnahmen** am Gebäudebestand wird grundsätzlich weiterhin ein rückläufiger Fernwärmeabsatz im Bestand für das folgende Jahr erwartet. Durch die Akquise von Neuanschlüssen entlang der bestehenden Fernwärmetrassen soll dieser Rückgang weitgehend kompensiert und damit der derzeitige 28-prozentige Marktanteil am Wärmemarkt Hannovers weiter ausgebaut werden. Im Fernwärmemarkt wird SWH auch im folgenden Geschäftsjahr die Aktivitäten zu einem kontrollierten Ausbau und einer Verdichtung des Fernwärmenetzes weiterhin fortsetzen. Allerdings ist noch zu beobachten, inwieweit die in 2014 eingeführte Konzessionsabgabe, die in den Markt überwälzt wird, zu einer Beeinträchtigung hinsichtlich der geplanten Akquise von Neuanschlüssen beziehungsweise des Absatzes im Bestand führen wird.

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen	Wirtschaftsplan 2016	Ist 2015	Erwartete Entwicklungstendenz
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	
Strom	1.208	1.282	moderater Rückgang
Gas	621	705	moderater Rückgang
Wasser	81	82	relativ konstant
Wärme	85	84	relativ konstant
Dienstleistungen	143	159	geringfügiger Rückgang
Gesamt	2.138	2.312	moderater Rückgang

Geplante Investitionen. Für das kommende Geschäftsjahr sind Sach- und Finanzanlageinvestitionen von preisgesteigert insgesamt etwa 99,7 Mio. EUR geplant. Die Sachinvestitionen liegen mit 66,6 Mio. EUR über den geplanten Abschreibungen und verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Geschäftsfelder:

Investitionen nach Geschäftsfeldern	Wirtschaftsplan 2016	Ist 2015	Erwartete Entwicklungstendenz
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	
Strom	22,3	13,9	deutlicher Anstieg
Gas	13,5	6,2	deutlicher Anstieg
Wasser	11,2	7,8	moderater Anstieg
Wärme	5,5	6,3	leichter Rückgang
Unterstützende Prozesse/Services	14,1	10,3	moderater Anstieg
Gesamt	66,6	44,5	deutlicher Anstieg

Im Geschäftsfeld Strom ist ein Großteil des geplanten Investitionsvolumens für den Bereich der Verteilungsnetze vorgesehen, wobei Erneuerungen aufgrund eines langsam ansteigenden Störungsaufkommens insbesondere in den Niederspannungsnetzen erfolgen sollen. Die Investitionen im Gasbereich entfallen insbesondere auf die Wertschöpfungsstufen Speicherung und Verteilung. Im Bereich der Speicherung wurden im Rahmen der Modernisierung und Erweiterung des Gasspeichers in Empelde Mittel für die Erstbefüllung mit Kissengas eingestellt. Im Bereich Wasser sind im Wesentlichen Erneuerungsmaßnahmen im Wassernetz sowie am Wasserwerk Elze-Berkhof vorgesehen. Im Geschäftsfeld Wärme sind im Wesentlichen Investitionen im Verteilungsbereich sowie für die Errichtung eines Wärmespeichersystems geplant. Investitionen für die unterstützenden Prozesse und gemeinsamen Anlagen betreffen vorrangig den Bereich der Informationsverarbeitung, dabei insbesondere Projekte mit den Schwerpunkten Erfüllung gesetzlicher Vorgaben, Sicherstellung des laufenden Betriebes sowie zur Anpassung an Marktveränderungen.

Für 2016 sind zudem Investitionen mit einem Volumen von etwa 33,1 Mio. EUR für Finanzanlagen hauptsächlich für die Herausgabe langfristiger Gesellschafterdarlehen für Erneuerbare und Effizienztechnologien sowie den weiteren Ausbau der Erdgasspeicherung vorgesehen.

Geplante Finanzierung. Die Investitionen und weiteren Aktivitäten sollen im Wesentlichen innenfinanziert werden. Die Innenfinanzierung soll insbesondere über betriebsgewöhnliche Abschreibungen auf Sachanlagen und darüber hinaus über Rücklagenbildung erfolgen. Die Außenfinanzierung wird im Wesentlichen durch Nettokreditaufnahmen in Höhe von insgesamt etwa 21,6 Mio. EUR getragen. Der planerische Darlehensbestand 2016 (31. Dezember 2016: 633,6 Mio. EUR) wird sich damit nicht wesentlich verändern.

Umwelt und Innovation. Der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird weiter planmäßig vorangetrieben. Für Investitionen der SWH oder ihrer Beteiligungen in den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und Effizienztechnologien sind für das folgende Geschäftsjahr etwa 30,4 Mio. EUR geplant.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. SWH wird weiterhin an dem Vertrag zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung II festhalten. Eine adäquate Personalentwicklung und eine zunehmend über eine duale Ausbildung zielorientierte Qualifizierung bleiben auch künftig ebenso unerlässlich wie die weitere Förderung von Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch die Umsetzung von Konzepten zur Begegnung der Anforderungen aus einem steigenden Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen künftig an Bedeutung und werden zu neuen Ansätzen in der Personalentwicklung führen.

Erwartete Entwicklung der Ergebnisse aus Beteiligungen. Auf Grundlage aktueller Planungen der Beteiligungsgesellschaften sowie der jeweils vereinbarten Ziele werden für das kommende Geschäftsjahr Erträge aus Beteiligungen von rund 58,6 Mio. EUR, aufgrund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne von rund 10,9 Mio. EUR sowie Aufwendungen aus Verlustübernahmen von rund 4,6 Mio. EUR geplant. Die Erträge aus Beteiligungen resultieren dabei zu rund 80 Prozent aus der geplanten Dividende der Thüga. Den Aufwendungen aus Verlustübernahmen liegt im Wesentlichen ein geplanter Verlust der eNG von 4,1 Mio. EUR zugrunde. Die Verluste der eNG resultieren aus nicht von der BNetzA anerkannten Kosten im Bereich kalkulatorischer Kosten und sonstiger Kostenkürzungen.

Gesamtbeurteilung. Insgesamt wird damit gerechnet, dass der verschärfte Wettbewerb bei Strom und Gas sowie der Trend zur weiteren Regulierung des energiewirtschaftlichen Umfelds deutliche Auswirkungen auf die künftigen Unternehmensergebnisse im traditionellen Kerngeschäft haben werden. Wachstumsinvestitionen sollen diese Ergebnisbelastungen mittelfristig kompensieren. Die Ergebnisplanung ist daher weiterhin mit Markt- und Regulierungsrisiken behaftet. Die Anforderungen an eine Planerfüllung steigen insofern zunehmend. Für das Geschäftsjahr 2016 werden ein gegenüber dem vorangegangenen Geschäftsjahr rückläufiges Jahresergebnis in Höhe von etwa 83,8 Mio. EUR und ein niedrigerer ROCE in Höhe von 9,0 Prozent erwartet. Das planerische EBIT liegt für 2016 bei 111,1 Mio. EUR und damit ebenfalls unter dem Niveau des vorangegangenen Geschäftsjahres. Die Gewinnabführung wird voraussichtlich bei etwa 61,6 Mio. EUR und damit unter Vorjahresniveau liegen. Zur Kapitalerhaltung und Stützung der finanziellen Stabilität sollen aus dem Jahresergebnis planerisch 20,0 Mio. EUR den Gewinnrücklagen zugeführt werden. Herausfordernd bleibt auch für 2016 die Notwendigkeit vertriebsseitig die Margen zu stabilisieren, obgleich die Aufwendungen des Unternehmens für die Erfüllung von nicht wertschöpfenden Regulierungsanforderungen weiter steigen.

6.2 Risikobericht

6.2.1 Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem. Ein leistungsfähiges und dynamisches Risikomanagement ist für eine erfolgreiche Unternehmensführung von besonderer Bedeutung. Die Zielumsetzung, mit dem Anspruch einer kontinuierlichen Überprüfung und Anpassung der strategischen Ausrichtung, ist ein wesentlicher Bestandteil der Risikopolitik und gibt als Leitlinie den Rahmen für die operativen unternehmerischen Handlungen vor. Bei SWH wird das Risikomanagement als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. Das Risikomanagementsystem der SWH ist grundsätzlich an das COSO-Modell (Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission) im Sinne eines IKS (Internes Kontrollsystems) angelehnt.

Risikomanagementziele und -strategie. Zielsetzungen des Risikomanagements sind die Identifikation, Bewertung, Steuerung und Kontrolle von wesentlichen Risiken, die den Fortbestand oder das wirtschaftliche Ergebnis der SWH gefährden können. Unter dem Begriff Risiko werden alle unternehmensinternen und -externen Vorgänge verstanden, die eine Erreichung der geschäftlichen Ziele der SWH – wie beispielsweise hinsichtlich des Geschäftsergebnisses, Vermögens, der Gesetzeskonformität und Reputation – über definierte Grenzen hinaus negativ beeinflussen können.

Aufbauorganisation und Verantwortungsbereiche. Innerhalb der Fachbereiche liegt die zielgerichtete und ordnungsgemäße Ausgestaltung der laufenden Prozesse des Risikomanagements im Verantwortungs- und Ergebnisbereich der jeweiligen Fachbereichsleiter, wobei der inhaltliche Prozessablauf unternehmenseinheitlich vorgegeben ist. Risikomeldungen erfolgen an eine zentrale Risikomanagementfunktion, die auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems verantwortlich ist. Die Revisionsabteilung nimmt aufgrund ihrer Aufgabenwahrnehmung eine zentrale Stellung innerhalb des Risikomanagementsystems ein. Sie beurteilt das bestehende Risikomanagement der Fachbereiche durch regelmäßige Prüfungen auf Vollständigkeit, Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit und gibt Gestaltungsempfehlungen für die Optimierung. Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in der Verfahrensregelung Risikomanagement-Leitfaden eindeutig geregelt und festgelegt. In den Konzerngesellschaften tragen die Geschäftsleitungen die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement. Die Ausgestaltung in den jeweiligen Gesellschaften basiert dabei im Wesentlichen auf der Struktur des SWH-Risikomanagementsystems.

Prozess des Risikomanagements. Das Risikomanagement entspricht einem rollierenden Prozess, indem zukünftige risikobehaftete Entwicklungen frühestmöglich und fortlaufend identifiziert, analysiert, bewertet, überwacht und gesteuert werden.

Risikoidentifikation und -analyse. Strategische Risiken werden bereits frühzeitig identifiziert und in der Unternehmenskonzeption berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der jeweiligen Unternehmenssituation und im Vergleich mit relevanten Wettbewerbern – beispielsweise in Form eines Financial- und Prozessbenchmarking – werden die strategische Unternehmensausrichtung, die Strategien der Geschäftsfelder und die Ziele der Fachbereiche bestimmt. Im Rahmen einer jährlich im Zuge der operativen Planung stattfindenden Risikoinventur werden durch die Fachbereiche alle relevanten Risikopotenziale der SWH und des Umfelds mit einer Schadenshöhe über 0,15 Mio. EUR regelmäßig für die jeweiligen Funktionen und Geschäftsprozesse strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert und systemgestützt dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikokategorien umfassen regulatorische und finanzwirtschaftliche Risiken sowie Risiken in den Bereichen Organisation/Personal/IT, Produktion/Beschaffung/Handel, Absatz und Vertrieb sowie sonstige externe und interne Risiken. Zwischen den Zeitpunkten der Risikoinventur haben die Fachbereiche wesentliche Veränderungen der Risikosituation im Rahmen einer Ad-hoc-Risikoberichterstattung mitzuteilen.

Risikobewertung. Die Bruttobewertung der identifizierten Risiken erfolgt auf Grundlage der möglichen Schadenshöhen und der jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeit des betreffenden Risikos zunächst ohne Berücksichtigung bereits ergriffener risikosteuernder Maßnahmen. Die Risikoquantifizierung erfolgt möglichst objektiv und unternehmensweit einheitlich sowie konsistent durch die Anwendung definierter Messverfahren sowie Kennzahlen und berücksichtigt mögliche Interdependenzen zwischen den einzelnen Risikoarten.

Risikosteuerung. Die bewerteten Risiken werden anhand ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit in einer Risikomatrix zusammengefasst. Anhand dieser Risikomatrix lässt sich ein eventueller Handlungsbedarf ableiten. Wesentliche Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit oder Schadenshöhe, sogenannte A-Risiken, werden durch operative Maßnahmen begrenzt. Gegenstand und Ziel der Risikosteuerung ist die gezielte und aktive Kontrolle sowie Beeinflussung der identifizierten und bewerteten wesentlichen Risiken einschließlich der damit verbundenen Verlustpotenziale. Die Steuerungsmaßnahmen zielen auf die Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit beziehungsweise auf eine Begrenzung des Schadenspotenzials ab.

Risikoüberwachung. Gegenstand der Risikoüberwachung ist die Kontrolle der zur Risikosteuerung ergriffenen Maßnahmen sowie die Beobachtung der akzeptierten Risiken. Die Früherkennung von Risiken ist ein wesentlicher Bestandteil des SWH-Risikomanagementsystems. Durch ein Frühwarnsystem soll sichergestellt werden, dass mögliche negative Entwicklungen der SWH frühzeitig erkannt und erforderliche Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können. Für jedes wesentliche Risiko werden hierfür eindeutige Verantwortlichkeiten der Überwachungsträger festgelegt und Frühwarnindikatoren definiert. Wesentliche Risiken entsprechen dabei gemäß den festgelegten Wertgrenzen sogenannten A-Risiken. Die A-Risiken umfassen Einzelrisiken mit einer Schadenshöhe ab 7,5 Mio. EUR beziehungsweise ab 3,0 Mio. EUR und einer Eintrittswahrscheinlichkeit von mindestens 50 Prozent beziehungsweise Risiken mit einer Schadenshöhe ab 0,5 Mio. EUR und einer Eintrittswahrscheinlichkeit ab 75 Prozent. Frühwarnindikatoren umfassen beispielsweise Wettbewerbsrisiken wie Umsatzrückgänge bei Key Account-Kunden, Beschaffungsrisiken in Form von Preissteigerungen der Primärenergieträger und Ausfallrisiken hinsichtlich der Erzeugungs- beziehungsweise Speicherkapazitäten oder IT-Systeme. Für jeden Frühwarnindikator werden konkrete Warn- beziehungsweise Schwellenwerte bestimmt, die bei Erreichen festgelegte Aktivitäten durch den Überwachungsträger, unter anderem die Berichterstattung, auslösen. Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden unverzüglich an den Vorstand berichtet. Bei Risikoeintritt werden definierte Maßnahmen zur Risikobewältigung und -minimierung ergriffen.

Risikokommunikation. Durch eine angemessene Risikokommunikation wird sichergestellt, dass wesentliche Risikoinformationen den relevanten Stellen im Unternehmen frühzeitig zugänglich gemacht werden. Die im Rahmen der jährlichen Risikoinventur seitens der Fachbereiche identifizierten Risiken mit einem Nettowert ab 0,15 Mio. EUR werden zeitnah an die zentrale Risikomanagementfunktion gemeldet. In Verantwortung der zentralen Risikomanagementfunktion wird eine Gesamtrisikoubersicht erstellt. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch die zentrale Risikomanagementfunktion an den SWH-Vorstand. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird der Vorstand unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

Überwachung von Risiken im Energiehandel. Der Energiehandel dient der wirtschaftlichen Optimierung des Energieportfolios bei der SWH und verfolgt primär das Ziel, Ergebnisrisiken aus Preisschwankungen auf Energiemärkten einzugrenzen und die Beschaffungspreise zu optimieren. Für die Überwachung der mit den Handelstätigkeiten verbundenen Risiken, insbesondere Marktpreis- und Kontrahentenrisiken, ist ein Energiehandelscontrolling implementiert.

Die Ausgestaltung des Risikomanagements im SWH-Energiehandel ist weitestgehend an den für deutsche Kreditinstitute verbindlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ausgerichtet. Organisatorische Rahmenbedingungen und Verantwortlichkeiten sind in einer Energiehandelsrichtlinie dokumentiert.

Die organisatorische Einbindung der Risikomanagementfunktionen erfolgt entsprechend den Anforderungen nach Funktionstrennung und Unabhängigkeit der Kontrollinstitutionen in getrennten Bereichen des Energiehandels und im Risikocontrolling. Zusätzlich ist ein Risikokomitee organisatorisch fest verankert.

Die Einhaltung der Regelungen, die den Energiehandel betreffen, wird mindestens einmal jährlich risikoorientiert in wesentlichen Prüffeldern durch die Revisionsabteilung geprüft.

Interne Revision. Die prozessunabhängige Überprüfung des Risikomanagementsystems erfolgt in regelmäßigen Abständen durch die Revisionsabteilung. Für das Geschäftsjahr 2015 lagen die Prüfungsschwerpunkte in dem Bereich der Hauptabteilungen Personal sowie Netzprojekte und Wärme. Im Jahr 2012 wurde die Wirksamkeit der internen Revision durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und als insgesamt angemessen eingestuft. Die Prüfung der Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen erfolgte im Rahmen einer Nachschauprüfung.

Überwachung durch den Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hat gemäß § 107 Absatz 3 Satz 2 AktG unter anderem die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems zu überwachen. Der Finanz- und Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats befasst sich in seinen Sitzungen unter anderem auch mit der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems. Der Vorstand berichtet turnusgemäß und auf Anfrage über die Risiken. Dabei wird erläutert, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Risiken zu überwachen und zu steuern. Ebenso wird Auskunft bezüglich der Angemessenheit und Funktionsfähigkeit erteilt.

6.2.2 Risiken

Gesamtbild der Risikolage. Die Risikoinventur aus 2015 für das Geschäftsjahr 2016 zeigt eine leicht verringerte Risikolage für die SWH auf. Langfristig ableitbare Risikopotenziale wurden verifiziert und bewertet in die Risikoinventur eingebracht. Die Risikobewertung erfolgte dabei insbesondere im Hinblick auf die Ergebnisbeiträge von Beteiligungen, die finanzielle Stabilität und Margenentwicklung in den Bereichen Strom und Gas sowie Regulierungsrisiken. Die erwartete unternehmensseitige Nettoschadenshöhe über alle identifizierten Risikopositionen für 2016 ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa rund 10 Prozent gesunken. Dies resultiert insbesondere aus den Risikokategorien Finanzwirtschaftliche Risiken sowie Absatz und Vertrieb. Insgesamt entsprechen alle Risiken unter Zugrundelegung der korrespondierenden Eintrittswahrscheinlichkeiten einem Verlustpotenzial von etwa 5 Prozent des bilanziellen Eigenkapitals.

Wesentliche Risiken. Das Risikoportfolio 2016 umfasst insgesamt 72 Einzelrisiken, darunter 7 wesentliche Risiken – sogenannte A-Risiken – und 65 B-Risiken (Vorjahr: 7 A-Risiken, 80 B-Risiken). Die A-Risiken stehen insbesondere im Zusammenhang mit einer Abwertung der Beteiligung an der KWM, Veränderung der Finanzmarktrichtlinie (MiFID II) und der damit einhergehenden Eigenkapitaldeckung, potenzieller Nichtigkeit von Verträgen/letzten Preismaßnahmen durch Gerichtsurteil zum Beispiel durch EuGH-/BGH-Urteil, der Insolvenz von Handelspartnern, einem Ausfall von Versorgungsleitungen, Imageschaden/Reputationsverlust sowie Gasaustritt aus der Kaverne. Ein Risikoausgleich erfolgt unter anderem durch vorbeugende Preisabsicherungen, Instandhaltungs-, Überwachungs-, Versicherungs- und Störfallkonzepte, den Bau dezentraler Einspeiser und Ersatzteilverhaltungen. Im Energiehandel ist ein operativ geprägtes Energiehandelscontrolling eingerichtet. Zur Risikokompensation erfolgen fortlaufende Handelsüberwachungen.

Die Nettoschadenshöhe der A-Risiken ist im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 11 Mio. EUR auf etwa 88 Mio. EUR gesunken. Unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten sind aus diesen Risiken potenzielle Belastungen in Höhe von rund 9 Mio. EUR möglich. Für diese Risiken ist ein Frühwarnsystem mit Indikatoren, Schwellwerten und Überwachungsträgern definiert.

Bei den 65 B-Risiken liegt das mögliche Schadenspotenzial bei rund 118 Mio. EUR; unter Zugrundelegung der korrespondierenden Eintrittswahrscheinlichkeiten bei rund 14 Mio. EUR.

Für die in den unternehmensinternen Risikokategorien erfassten Risikopositionen können die erwarteten Eintrittswahrscheinlichkeiten und Nettoschadenshöhen wie folgt zusammengefasst werden:

Risikokategorie	Eintrittswahrscheinlichkeit	Nettoschadenshöhe
Produktion/Beschaffung/Handel	gering	mittel
Absatz und Vertrieb	mittel/hoch	gering
Finanzwirtschaftliche Risiken	mittel	mittel
Regulatorische Risiken	gering	gering
Organisation/Personal/IT	mittel	mittel
Sonstige externe Risiken	gering	mittel
Sonstige interne Risiken	gering	gering

Produktion, Beschaffung und Handel. Diese Risikokategorie macht den höchsten Anteil von rund 28 Prozent der möglichen gesamten Nettoschadenshöhe aus und beinhaltet grundsätzlich sämtliche Verlustgefahren, die während der Bereitstellung der Produktionsfaktoren bis zu deren Einsatz entstehen können. Im Produktionsbereich bestehen allgemein Betriebsrisiken in Bezug auf Anlagen zur Erzeugung, Förderung, Speicherung und Verteilung, die sich aus Betriebsunterbrechungen aufgrund von Ausfällen oder Betriebsstörungen ergeben und die Ertragslage belasten können. Diese allgemeinen Betriebsrisiken sind grundsätzlich mit niedrigen Eintrittswahrscheinlichkeiten eingestuft. Eine Risikosteuerung erfolgt durch langfristige Instandhaltungskonzepte, den Einsatz qualifizierten Personals und der Eindeckung von Versicherungsleistungen. Vermögensrisiken sind ausreichend abgesichert.

Beschaffungsrisiken können generell die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten, Risiken aus langfristigen Einkaufsverträgen und Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten umfassen. Das Preisrisiko im Hinblick auf den Kohle- sowie CO₂-Bedarf wird durch Einkaufsstrategien sowie die Absicherung des Währungsrisikos gesteuert. In diesem Zusammenhang werden finanzielle Kohleswaps, CO₂-, Strom- und Gasgeschäfte in ein Vertragsportfolio im Sinne des IDW RS ÖFA 3 Textziffer 18 einbezogen. Für die Beschaffung von Kraftwerksgas besteht unter anderem ein mittelfristiger Gasbezugsvertrag mit Preisgleitklauseln. Das Management von Preisrisiken ist in die Prozesse der Kraftwerkseinleistungsentscheidungen integriert.

Das Handelsrisiko umfasst unerwartete Preis- oder Mengenänderungen im Bereich des Energiehandels, die eine negative Ergebniswirkung nach sich ziehen können. Zudem besteht die Gefahr des Ausfalls von Handelspartnern beziehungsweise von Forderungen gegenüber Handelspartnern. Beim Energiehandel werden zur Absicherung von Preisrisiken Finanzderivate eingesetzt. Der Energiehandel ist grundsätzlich bestrebt, Optimierungspotenziale bei der langfristigen Gasbeschaffung mit Bezugs- und Vermarktungsmöglichkeiten am Großhandelsmarkt und dem kombinierten Einsatz des Kavernenspeichers zu nutzen. Für weitere Informationen im Hinblick auf die Risikosteuerung im Energiehandel wird auf die Ausführungen zur Überwachung von Risiken im Energiehandel im Rahmen der Darstellung des SWH-Risikomanagementsystems verwiesen. Der Ergebnisbeitrag des Energiehandels könnte durch die Veränderung der Finanzmarkttrichtlinie und eine damit einhergehende Ausweitung der Eigenkapitalunterlegungsvorschriften negativ beeinflusst werden.

Absatz und Vertrieb. Die Risikokategorie Absatz und Vertrieb beinhaltet Risiken, die sich auf die Veräußerung von Produkten und Dienstleistungen beziehen. Dies beinhaltet unter anderem Erfüllungs-, Verkaufs-, Lager-, Abnahme-, Zahlungs- sowie Produkthaftungs- und Wettbewerbsrisiken. Durch die zunehmende Wettbewerbsintensität besteht das Risiko von Absatz- und Marktanteilsverlusten mit einhergehenden Deckungsbeitragseinbußen. Trotz zahlreicher Wettbewerber im Marktgebiet Hannover wird mit attraktiven Produkten und marktgerechten Preisen die Marktpositionierung überdurchschnittlich gut behauptet. Durch eine stärkere Zielgruppenorientierung und den Ausbau der Aktivitäten außer-

halb des Grundversorgungsgebietes im Rahmen der SWH-Wachstumsstrategie sollen auch in Zukunft Kunden erfolgreich akquiriert werden. Der Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung von neuen, innovativen Angeboten, um der intensiven Wettbewerbslage zu begegnen. Zur Unterstützung dieser Strategie erfolgen der Ausbau von Gasspeicherkapazitäten und eine Intensivierung der Gashandelsgeschäfte. Vor dem Hintergrund einer von allen Seiten geforderten Versorgungssicherheit sind Gasspeicher unabdingbar und ein wichtiges strategisches Instrument. Mit der Erweiterung der Erdgasspeicher kann die hohe Versorgungssicherheit für Hannover gestärkt werden.

Darüber hinaus sind Absatzrückgänge im Wärmebereich zu erwarten, die durch eine Verdichtung des Fernwärmenetzes ausgeglichen werden sollen. Für weitere Einzelheiten wird auf die korrespondierenden Ausführungen zur SWH-Unternehmensstrategie in diesem Lagebericht verwiesen. Weitere Risikofelder umfassen Risiken aus Zahlungsausfällen und verzögerten IT-Entwicklungen. Im Hinblick auf energiewirtschaftliche IT-Systeme bestehen Anforderungen auf Seiten des Gesetzgebers und der Marktpartner. Die Zahlungsausfälle bewegen sich auf einem branchenüblichen Niveau. Formal besteht abgeleitet aus den erlassenen EuGH-/BGH-Gerichtsurteilen ein potenzielles Risiko zur Nichtigkeit von Verträgen und letzten Preismaßnahmen.

Finanzwirtschaftliche Risiken. Die Risikokategorie „Finanzwirtschaftliche Risiken“ stellt einen Anteil von rund 27 Prozent der möglichen Nettoschadenshöhe über alle Risikopositionen dar. Finanzwirtschaftliche Risiken können die finanzielle Situation der SWH negativ beeinflussen, wie beispielsweise Marktpreis-, Kredit- und Liquiditätsrisiken. Finanzwirtschaftliche Risiken bestehen mehrheitlich mit mittleren Eintrittswahrscheinlichkeiten und umfassen Risiken, die das Zins- und Devisenmanagement, die Kapitalanlage und den Zahlungsverkehr betreffen. Zur Steuerung von Zinsrisiken und zur Zinsoptimierung werden Zinsswap- und Zinsswapoptionsgeschäfte eingesetzt. Währungsrisiken werden durch Devisentermingeschäfte abgesichert. Alle getätigten Geschäfte unterliegen einer kontinuierlichen Überwachung. Des Weiteren können sich für die SWH Risiken aus der Nichteinhaltung der Financial Covenants im Zusammenhang mit den Kreditverbindlichkeiten ergeben. Diese limitieren entweder das Kreditvolumen, die Bindungsdauer oder beeinflussen Zinsaufwendungen. Zur Anwendung kommen Eigenkapitalquoten und Größen zur Entschuldungsfähigkeit. Für weiterführende Angaben wird auf den Anhang in diesem Abschluss verwiesen. Außerdem sind in diesem Risikobereich finanzielle Auswirkungen auf das Unternehmensergebnis durch beispielsweise Streik, Pandemie, schwebende Verfahren und mögliche Abweichungen bei Beteiligungsergebnissen abgebildet. Letztgenannte Risiken bestehen mit geringen Eintrittswahrscheinlichkeiten.

Regulatorische Risiken. Die Risikokategorie der regulatorischen Risiken umfasst grundsätzlich kartell-, patent-, bilanz- und steuerrechtliche Risiken, Genehmigungsverfahren und gesetzliche Auflagen sowie Umweltschutzbestimmungen. Aufgrund kartellrechtlicher Prüfungen und Feststellungen bestehen Preisrisiken. SWH ist grundsätzlich bestrebt, diesen Preisrisiken durch ausreichende Nachweisführungen und eine angemessene Preisgestaltung entgegenzuwirken. Zudem bestehen Ergebnisrisiken im Zusammenhang mit der Anreizregulierung der Netze. Trotz der Festlegung von Erlösobergrenzen bestehen Erfordernisse, die genehmigten Ansätze zu sichern.

Organisation, Personal und IT. In dieser Risikokategorie werden sämtliche Risiken zusammengefasst, die ihren Ursprung in den Bereichen Personal oder IT haben, oder die in der Organisationsstruktur des Unternehmens begründet sind. Der Wettbewerb um qualifiziertes Personal ist im Zuge des demografischen Wandels intensiv. Die Attraktivität der SWH soll im Rahmen der Mitarbeiterakquise durch eine leistungsorientierte Vergütung, fortschrittliche Sozialleistungen, vielseitige Perspektiven sowie attraktive Fort- und Weiterbildungsangebote hervorgehoben werden.

Die Geschäftsprozesse werden durch effiziente Informationsverarbeitungssysteme unterstützt, die im Wesentlichen auf marktüblichen Standards basieren. Dennoch können Risiken bei der Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur und der Datensicherheit eintreten. Zur Risikosteuerung werden Maßnahmen wie regelmäßige Investitionen in Hard- und Software, hohe Sicherheitsstandards, eingeschränkte Zugangs- und Zugriffsberechtigungen sowie eine Sensibilisierung der Nutzer ergriffen. Risiken bei der Entwicklung von IT-Lösungen, die der Unterstützung der Geschäftsabläufe dienen, werden im Rahmen des Planungsprozesses und des Managements der IT-Projekte gesteuert.

Sonstige externe und interne Risiken. Der Kategorie der sonstigen externen Risiken sind Risiken aus veränderten externen Rahmenbedingungen, wie beispielsweise Umwelteinflüssen, Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Lage und des Marktumfelds, Naturkatastrophen oder terroristischen Anschlägen zuzuordnen. Beispiele für sonstige interne Risiken sind Sicherheitsrisiken und Risiken aufgrund menschlichen Versagens.

Im Hinblick auf wesentliche SWH-Beteiligungen bestehen die im Folgenden dargestellten Risiken:

Contracting. Im Wachstumsmarkt Contracting sind die drei Beteiligungsgesellschaften Danpower, eCG und EPL des SWH-Konzernverbunds aktiv. Die Investitionsprojekte sind jeweils weitestgehend durch langfristige Wärmelieferverträge

und die gesetzlichen Vergütungsregelungen des EEG und KWKG gesichert. Risiken aus Betriebsunterbrechungen werden mit ordnungsgemäßer Wartung durch hochqualifiziertes Personal und mit Wartungsverträgen minimiert. Die Versorgung von EEG-Anlagen mit Einsatz- und Brennstoffen ist größtenteils durch langfristige Lieferverträge sichergestellt. Zukünftige Änderungen des EEG sowie des KWKG und andere gesetzliche Regelungen zu Energiesteuern und -einsparungen können für zukünftige Erzeugungsprojekte Risiken aufgrund veränderter Vergütungsregelungen bedeuten.

Beteiligungen. Das SWH-Beteiligungsportfolio wird durch ein eingerichtetes Beteiligungsmanagement im Rahmen einer turnusmäßigen Berichterstattung überwacht. Dabei werden Plan-Ist-Abweichungen, die negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, analysiert und gegebenenfalls Gegensteuerungsmaßnahmen erarbeitet. Des Weiteren werden insbesondere mit wesentlichen Beteiligungsgesellschaften in regelmäßigen Sitzungen die Unternehmensstrategie, Regulierungseinflüsse und die Rentabilität größerer Investitionsvorhaben thematisiert. Zudem unterliegen die Buchwerte der Beteiligungsgesellschaften einer regelmäßigen Werthaltigkeitsprüfung. Im derzeitigen Marktumfeld in der Stromerzeugung ist insbesondere die Bewertung der Kraftwerksgesellschaft KWM intensiv zu beobachten.

Gesamtbeurteilung der Risikolage durch die Unternehmensleitung. Gegenwärtig wurden keine Risiken identifiziert, die in Anbetracht ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Auswirkungen weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Die Unternehmensleitung geht davon aus, dass die Ertragskraft des Unternehmens eine solide Basis für die künftige Geschäftsentwicklung bildet. Es wird davon ausgegangen, dass SWH den aufgezeigten Herausforderungen weiterhin erfolgreich begegnen kann.

6.3 Chancenbericht

6.3.1 Chancenmanagementsystem

Übersicht zum Chancenmanagementsystem. Wesentliche Chancen sind durch Sachverhalte gekennzeichnet, die eine signifikante positive Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaften beziehungsweise Segmente haben können. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen ergeben sich Chancen bei der regulatorischen Entwicklung. Außerdem kann sich die Entwicklung des Markts positiv auf SWH auswirken. Einflussfaktoren sind unter anderem die Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten und im Einzelhandel sowie die steigende Wechselbereitschaft der Kunden.

Damit die Chancen- und Risikoarbeit gelingt, muss sie ausgewogen behandelt werden. Das Management von Chancen und Risiken ist der Kern des planvollen unternehmerischen Handelns. Die strategische Umfeldanalyse mit dem Ergebnis einer Chancen- und Ergebnispotenzialübersicht zu den Wertschöpfungsbereichen findet rollierend bei SWH statt. Dabei werden Chancen für die gesamte Wertschöpfungskette des Unternehmens in einem dynamischen Prozess erarbeitet. Ziel ist es, diese frühzeitig zu erkennen, zu überwachen und entsprechend dem angestrebten Chancenprofil zu steuern.

6.3.2 Wesentliche Chancen

Produktion. Im Rahmen der operativen Geschäftstätigkeit ergeben sich für SWH Chancen in Verbindung mit einer positiven Entwicklung der Währungskurse und Marktpreise für die Commodities Strom, Gas, Kohle, Öl und CO₂. Durch ungewöhnlich kalte Wetterperioden – sehr niedrige Durchschnittstemperaturen beziehungsweise Temperaturspitzen – in den Herbst- und Wintermonaten können sich für SWH im Absatzbereich für Strom, Gas und Wärme aufgrund einer höheren Nachfrage Chancen ergeben.

Die flexible Steuerung der Stromerzeugung und der Möglichkeit einer Einsteuerung in höhere Preissegmente bietet eine Form der Ergebnisverbesserung. Geänderte Bedingungen bei der flexiblen Vermarktung von EEG-Anlagen und Regenergie insbesondere bei der Managementprämie und den Erlösen für die Direktvermarktung wirken sich auf das Gesamtsystem aus. Dies gilt auch für den Regenergiemarkt. Wesentliche Ergebnischancen bestehen bei Ausnutzung der Beschaffungsoptimierungsmöglichkeiten der Kraftwerke mit Vermarktung der freien Kraftwerkskapazitäten auf höherer Preisbasis.

Beschaffung und Handel. Im Vordergrund stehen die Ausnutzung der Volatilitäten am Gasbeschaffungsmarkt im Sinne einer Beschaffungsoptimierung und verbesserten Bedingungen bei den Preisrevisionen der Langfristverträge. Bei der Beschaffung können durch die Implementierung einer 24/7-Handelsfunktion zusätzliche Vorteile im kurzfristigen Geschäft erwirtschaftet werden.

Absatz und Vertrieb. Der Vertrieb könnte durch die Erhöhung der Marktanteile im Grundversorgungsgebiet Hannover, beim Strom und Gas, durch Kundenrückgewinnung Ergebnispotenziale schaffen. Dieses könnte durch eine ansprechen-

de Kundenzufriedenheit und Preismodelle erreicht werden. Ein Ausbau der Marktanteile außerhalb des Grundversorgungsgebietes, im Strom und Gas, durch Neugewinnung von Kunden durch einen zielgerichteten Marketing-Mix stellt neben Absatz- auch Ergebnisaspekte dar. Der Vertriebs Erfolg in Gas und Fernwärme bietet durch einen witterungsbedingten erhöhten Absatz eine Ergebnischance.

Contracting. Zukünftige Änderungen des EEG sowie KWKG und andere gesetzliche Regelungen zu Energiesteuern und -einsparungen können für zukünftige Erzeugungsprojekte Chancen aufgrund veränderter Vergütungsregelungen bedeuten. Derzeit sind die Wachstumschancen im Bereich Biogas und Biomasse aufgrund der EEG-Novelle 2014 auf die Übernahme von Bestandsgeschäften Dritter beschränkt. Der Ausbau der Geschäftsaktivitäten in den baltischen Staaten eröffnet neue Wachstumschancen.

Hannover, den 8. Februar 2016

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Aktiva in TEUR	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		10.032	8.753
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	40.898		40.153
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	13.422		12.805
3. Verteilungsanlagen	277.330		278.933
4. Technische Anlagen und Maschinen	41.726		40.527
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.795		7.812
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	26.968		33.324
		407.139	413.554
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	157.811		178.398
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	167.102		159.952
3. Beteiligungen	500.426		502.007
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.857		10.662
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	13.946		11.236
6. Sonstige Ausleihungen	832		1.105
		851.974	863.360
		1.269.145	1.285.667
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	13.261		33.968
2. Unfertige Leistungen	1.394		1.108
3. Waren	38.943		34.036
		53.598	69.112
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich erhaltene Anzahlungen	349.436		360.309
	-242.344		-247.861
	107.092		112.448
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	55.357		41.902
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	976		4.217
4. Sonstige Vermögensgegenstände	27.695		13.708
		191.120	172.275
III. Wertpapiere			
Eigene Genussscheine	3.587		3.587
		3.587	3.587
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			
		2.736	29.363
		251.041	274.337
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.631	3.203
		1.522.817	1.563.207

Passiva in TEUR	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	86.000		86.000
II. Kapitalrücklage	78.535		78.535
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen	279.579		267.579
IV. Genussscheinkapital	5.113		5.113
		449.227	437.227
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		9.140	10.069
C. Empfangene Baukostenzuschüsse		85.059	81.961
D. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	21.586		18.836
2. Sonstige Rückstellungen	166.320		174.966
		187.906	193.802
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	612.000		655.372
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	56.601		63.860
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	74.404		37.724
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.932		11.910
5. Sonstige Verbindlichkeiten	34.868		69.389
davon aus Steuern: TEUR 7.277 (Vj.: TEUR 3.190)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR 0 (Vj.: TEUR 5)			
		789.805	838.255
F. Rechnungsabgrenzungsposten		1.680	1.893
		1.522.817	1.563.207

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

in TEUR	2015	2014
1. Umsatzerlöse (brutto)	2.435.916	2.488.614
abzüglich Energiesteuer	-124.326	-121.377
	2.311.590	2.367.237
2. Minderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	286	-57
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	5.675	5.742
4. Sonstige betriebliche Erträge	131.979	125.909
	2.449.530	2.498.831
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.683.890	1.763.503
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	316.307	277.809
	2.000.197	2.041.312
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	160.274	159.930
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	39.947	39.684
	200.221	199.614
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	48.865	48.572
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Konzessionsabgabe	42.881	40.870
b) Andere	72.784	70.329
	115.665	111.199
	2.364.948	2.400.697
9. Betriebsergebnis	84.582	98.134
10. Erträge aus Beteiligungen		
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR 6.542 (Vj.: TEUR 5.875)	60.949
11. Auf Grund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne nach Abzug von Dividenden an außenstehende Gesellschafter	in TEUR 199 (Vj.: TEUR 199)	12.422
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR 2.624 (Vj.: TEUR 2.852)	2.864
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR 393 (Vj.: TEUR 525)	2.106
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	21.984	21.000
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	15.964	15.743
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
davon an verbundene Unternehmen:	in TEUR 16 (Vj.: TEUR 22)	31.743
	8.650	5.248
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	93.232	103.382
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.558	3.212
19. Sonstige Steuern	1.795	2.047
20. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	74.205	88.917
21. Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital	14.674	9.206
22. Ausschüttung auf Genussscheinkapital	2.674	3.206
23. Jahresüberschuss	12.000	6.000
24. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	12.000	6.000
25. Bilanzgewinn	0	0

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Anhang für das Geschäftsjahr 2015

1 Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft (Stadtwerke Hannover AG) zum 31. Dezember 2015 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes sowie des Energiewirtschaftsgesetzes aufgestellt worden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Ausweis in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung folgt den handelsrechtlichen Gliederungsvorschriften. Gemäß § 265 Abs. 5 HGB wurde eine weitere Untergliederung von Posten vorgenommen, indem branchenspezifische und sonstige Posten im Sinne einer erhöhten Klarheit und Übersichtlichkeit hinzugefügt wurden. Für empfangene Investitions- und Baukostenzuschüsse erfolgt ein passivischer Ausweis in gesonderten Posten.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden bei erstmaligem Ansatz zu ihren Anschaffungskosten bilanziert und entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern sind dabei branchenüblich. Bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich ausschließlich um erworbene immaterielle Vermögensgegenstände.

Die **Sachanlagen** werden zu um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Die Herstellungskosten für eigene Leistungen umfassen neben den direkt zurechenbaren Einzelkosten auch angemessene Anteile der notwendigen Gemeinkosten. Von dem Wahlrecht einer Aktivierung direkt der Herstellung eines Vermögensgegenstandes zurechenbarer Fremdkapitalkosten wird kein Gebrauch gemacht.

Die planmäßigen Abschreibungen für unbewegliches Sachanlagevermögen erfolgen basierend auf den betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauern sofern zulässig degressiv und für das Zugangsjahr pro rata temporis. Grundstücke werden grundsätzlich nicht abgeschrieben, da sie eine unbegrenzte Nutzungsdauer aufweisen. Bewegliches Sachanlagevermögen wird degressiv pro rata temporis abgeschrieben. Sobald der lineare Abschreibungssatz den degressiven übersteigt, wird von der degressiven zur linearen Abschreibungsmethode gewechselt. Zugänge bei Verteilungsanlagen werden nach der in der Branche üblichen sogenannten Sammelpostenmethode bewertet. Die zugrunde gelegten betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauern entsprechen branchenüblichen Sätzen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit einem Anschaffungswert zwischen 150,01 Euro und 410 Euro werden im Zugangsjahr in voller Höhe aufwandswirksam erfasst. Geringwertige Wirtschaftsgüter, die in den Geschäftsjahren 2008 bis 2010 angeschafft worden sind und deren Anschaffungskosten zwischen 150 Euro und 1.000 Euro betragen haben, wurden nach der steuerlichen Sammelpostenmethode bewertet. Hierfür wurden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einem Sammelposten zusammengefasst und ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung gleichmäßig zu 20 Prozent abgeschrieben. Sie wird bis zur vollständigen Abschreibung für die betreffenden Vermögensgegenstände fortgeführt.

Unter den **Finanzanlagen** werden Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapiere zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden unabhängig davon vorgenommen, ob es sich voraussichtlich um eine dauernde oder vorübergehende Wertminderung handelt. Ausleihungen sind zu Nenn- beziehungsweise Barwerten bilanziert. Verzinsliche Ausleihungen und niedrig verzinsliche Darlehen an Betriebsangehörige, die innerhalb der sonstigen Ausleihungen erfasst werden, werden zum Nennwert erfasst. Die übrigen niedrig verzinslichen Darlehen werden zum Barwert angesetzt.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sowie **Waren** werden zu durchschnittlichen Einstandspreisen (Bewertung zum gewogenen Durchschnitt) angesetzt und unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren Tageswert beziehungsweise dem bereits vereinbarten Veräußerungspreis am Bilanzstichtag bewertet. Bestandsrisiken in Verbindung mit der Umschlagshäufigkeit der Vorräte werden durch pauschale Abschläge auf die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten angemessen berücksichtigt. In der Vergangenheit gewährte Zuschüsse wurden aktivisch bei der Buchwertermittlung abgesetzt. Unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate werden bei der Erst- und Folgebewertung mit einem Erinnerungswert von einem Euro angesetzt. Die **unfertigen Leistungen** sind zu Herstellungskosten einschließlich angemessener Teile der notwendigen Gemeinkosten bewertet, wobei Fremdkapitalkosten unberücksichtigt bleiben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten unter Berücksichtigung erkennbarer Einzelrisiken und allgemeiner Wagnisse bilanziert.

Die Bewertung der **eigenen Genussscheine** des Umlaufvermögens erfolgt zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** sind zum Nennwert angesetzt.

Das **Eigenkapital** ist mit dem Nennwert angesetzt.

Empfangene Zuwendungen der öffentlichen Hand zur Anschaffung von Anlagegütern werden passivisch in einem **Sonderposten für Investitionszuschüsse** abgegrenzt. Während der Nutzungsdauer des entsprechenden Vermögensgegenstandes wird der Sonderposten auf einer planmäßigen Grundlage ertragswirksam aufgelöst (sonstige betriebliche Erträge). Nach den allgemeinen Versorgungsbedingungen **erhaltene Baukostenzuschüsse** werden analog bei Vereinbarung passiviert und konform zu den Nutzungsdauern der entsprechenden Aktivposten ertragswirksam aufgelöst (Umsatzerlöse). Die bis zum 31. Dezember 2002 empfangenen Baukostenzuschüsse werden zu fünf Prozent jährlich aufgelöst.

Die Bewertung von **Rückstellungen für Pensionen** basiert auf versicherungsmathematischen Gutachten unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und folgt dem Anwartschaftsbarwertverfahren. Die in der Bilanz angesetzte Rückstellung entspricht dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung zum Bilanzstichtag unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Gehalts- und Rentensteigerungen. Für die Bewertung der Pensionsrückstellungen wurden ein Diskontierungszins von 3,89 Prozent p. a. (Vorjahr: 4,55 Prozent p. a.), eine erwartete prozentuale Gehaltssteigerung von 2,50 Prozent p. a. (Vorjahr: 2,50 Prozent p. a.) und zukünftige Rentensteigerungen von 2,00 Prozent p. a. (Vorjahr: 2,00 Prozent p. a.) zugrunde gelegt.

Die **sonstigen Rückstellungen** umfassen unter anderem Rückstellungen für die Verpflichtung zur Zahlung von Altersteilzeitleistungen. Die Altersteilzeitverhältnisse sind nach dem Blockmodell ausgestaltet. Für die Rückstellungsbewertung werden versicherungsmathematische Gutachten, welche auf den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck basieren, herangezogen. Dabei wird die Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer zur „Handelsrechtlichen Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen (IDW RS HFA 3)“ vom 19. Juni 2013 beachtet. Für die Bewertung der Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurden ein Diskontierungszins von 2,01 Prozent p. a. (Vorjahr: 2,81 Prozent p. a.) und eine erwartete prozentuale Gehaltssteigerung von 2,50 Prozent p. a. (Vorjahr: 2,50 Prozent p. a.) zugrunde gelegt.

Die übrigen sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages werden künftige Kostensteigerungen in Höhe von 1,70 Prozent (Vorjahr: 1,50 Prozent) berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem entsprechenden fristadäquaten Marktzinssatz diskontiert, der sich im Durchschnitt für die vorangegangenen sieben Geschäftsjahre ergeben hat (2,08 Prozent bis 4,05 Prozent). Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben.

Für die Verpflichtung zur Abgabe von Emissionsberechtigungen für getätigte Emissionen wird eine sonstige Rückstellung gebildet. Der Wertansatz der Verpflichtung ergibt sich im Wesentlichen aus dem Buchwert der im Bestand befindlichen Emissionsrechte und der emittierten CO₂-Mengen der Stadtwerke Hannover AG im Geschäftsjahr. Die entsprechenden Aufwendungen aus der Bildung der Rückstellung werden im Materialaufwand erfasst.

Sämtliche **Verbindlichkeiten** werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet.

Derivative Finanzinstrumente werden im Wesentlichen zu Sicherungszwecken eingesetzt und mit den jeweiligen Grundgeschäften zu Bewertungseinheiten bilanziell zusammengefasst, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode. Demgemäß bleiben Wert- beziehungsweise Zahlungsstromänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft unberücksichtigt, soweit sie den effektiven Teil der Sicherungsbeziehung betreffen. Der ineffektive Teil wird gemäß dem Imparitätsprinzip als Rückstellung berücksichtigt, sofern dieser einem unrealisierten Verlust entspricht.

Schwebende Strom- und Gasverträge werden mit CO₂-Zertifikate- und Kohleverträgen in Portfolien i. S. d. IDW ÖFA 3 Tz. 18 zusammengefasst und bilden einen Saldierungsbereich. Die Portfolien werden differenziert in Abhängigkeit von Eigenproduktion oder Marktbezug von Strom sowie der Energieträger Kohle und Gas. Bestehen in einem Saldierungsbereich Verpflichtungsüberhänge, werden diese als Drohverlustrückstellungen erfasst. Die interne Steuerung der Portfolien erfolgt durch das Risikomanagement und einer Deckungsbeitragsrechnung. Die Aufteilung der Wert- oder Zahlungsstromänderungen in Bezug auf die Unwirksamkeit der abgesicherten und der nicht abgesicherten Risiken erfolgt nicht.

3 Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt. Hierfür verweisen wir auf die Anlage zu diesem Anhang.

Der Anteilsbesitz der Stadtwerke Hannover AG ist gemäß den Vorschriften des § 285 Nr. 11 HGB in der Anteilsbesitzliste im Abschnitt 3.5 „Sonstige Angaben“ dieses Anhangs aufgeführt.

Im laufenden Geschäftsjahr 2015 gab es keine unmittelbaren Beteiligungserwerbe und -verkäufe. Jedoch wurden die Anteile an den GWK-Gesellschaften in die Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, gegen Ausgabe neuer Gesellschaftsanteile eingebracht und anschließend die GWK Beteiligungs-GmbH auf die Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover – mit der Folge einer Anwachsung des Vermögens der Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Braunschweig GmbH & Co. KG – verschmolzen. Die Verschmelzung wurde im Juni 2015 in das Handelsregister Hannover eingetragen.

Des Weiteren wurden im November 2015 durch Kauf- und Übertragungsverträge die bisher nicht von der SWH gehaltenen 75 Prozent der Anteile an der Metegra GmbH, Laatzen, erworben. Die Gesellschaft hat zum Jahresende ihren Geschäftsbetrieb eingestellt und wurde im Dezember 2015 auf die SWH verschmolzen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** ist der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag enthalten. Die in Abzug gebrachten erhaltenen Anzahlungen betreffen hauptsächlich eingegangene Teilbeträge auf den noch nicht abgelesenen und abgerechneten Energie- und Wasserverbrauch.

Die Mitzugehörigkeit der **Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen** zu anderen Posten der Bilanz stellt sich wie folgt dar:

Forderungen in TEUR	Verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.808	7.937	972	4.304
Forderungen aus Finanzierungsverkehr	51.404	36.991	0	-91
Forderungen aus Beteiligungserträgen	0	0	4	4
Forderungen aus Unternehmensverträgen	-1.855	-3.026	0	0
Gesamt	55.357	41.902	976	4.217

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 86,0 Mio. EUR und ist eingeteilt in 17.200.000 Aktien im Nennwert von je 5,00 Euro, wovon die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) 12.914.742 Aktien hält.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage enthält den gesetzlichen Reservefonds in Höhe von unverändert 11,4 Mio. EUR.

Gewinnrücklagen

In die anderen Gewinnrücklagen wurde ein Betrag in Höhe von 12,0 Mio. EUR (Vorjahr: 6,0 Mio. EUR) aus dem Jahresüberschuss eingestellt.

Genussscheine

Die Genussscheine wurden im Geschäftsjahr 1990 mit einem Gesamtnennbetrag von 5.112.918,81 Euro (10,0 Mio. Deutsche Mark) emittiert und lauten auf den Inhaber. Die Stückelung beträgt 511.291.881 Stück über je 0,01 Euro Nennbetrag. Die Genussscheine werden an der Mittelstandsbörse Deutschland (Freiverkehr), einem Handelssegment innerhalb des Freiverkehrs der Börsen Hamburg und Hannover, gehandelt. Das Unternehmen hält aktuell 39,4 Prozent der Genussscheine als eigene Wertpapiere. Auf die Genussscheine erfolgt eine jährliche Ausschüttung, die sich in Abhängigkeit von der Höhe des an die Muttergesellschaft abgeführten Gewinns und des gezeichneten Kapitals der Stadtwerke Hannover AG bemisst. Das Genussscheinkapital wurde insgesamt für das Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 2,7 Mio. EUR verzinst (Vorjahr: 3,2 Mio. EUR). Die Laufzeit der Genussscheine ist unbefristet. Eine Kündigung durch den Inhaber ist erstmals mit Wirkung zum 31. Dezember 2015 möglich; von diesem Kündigungsrecht hat die Stadtwerke Hannover AG kein Gebrauch gemacht.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen Personalrückstellungen (49,4 Mio. EUR; Vorjahr: 54,5 Mio. EUR), Rückstellungen für die Rehabilitierung von Netzen und sonstigen Anlagen (33,8 Mio. EUR; Vorjahr: 31,6 Mio. EUR), Rückstellungen für ausstehende Bezugsrechnungen (28,5 Mio. EUR; Vorjahr: 27,0 Mio. EUR) sowie Rückstellungen für drohende Verluste (9,4 Mio. EUR; Vorjahr: 12,1 Mio. EUR).

Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten in TEUR	Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit			
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	612.000	35.000	577.000	410.000	167.000
(Vorjahr)	(655.372)	(89.876)	(565.496)	(323.505)	(241.991)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	56.601	56.601	0	0	0
(Vorjahr)	(63.860)	(63.860)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	74.404	74.404	0	0	0
(Vorjahr)	(37.724)	(37.724)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.932	11.932	0	0	0
(Vorjahr)	(11.910)	(11.910)	(0)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	34.868	34.868	0	0	0
(Vorjahr)	(69.389)	(69.389)	(0)	(0)	(0)
Gesamt	789.805	212.805	577.000	410.000	167.000
(Vorjahr)	(838.255)	(272.759)	(565.496)	(323.505)	(241.991)

Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten in TEUR	Verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten aus Gewinnabführung	40.237	24.317	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	35.751	23.763	-220	689
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsverkehr	-3.895	-12.336	12.152	11.221
Verbindlichkeiten aus Verlustübernahme	2.311	1.980	0	0
Gesamt	74.404	37.724	11.932	11.910

Derivate

Die Stadtwerke Hannover AG setzen derivative Finanzinstrumente (Sicherungsinstrumente) zur Absicherung von zukünftigen Zahlungsströmen aus Darlehen und Wareneinkäufen (Grundgeschäfte) ein. Dafür werden als Sicherungsinstrumente Zinsswaps, Devisentermingeschäfte, CO₂-Zertifikateswaps, Kohleswaps und Ölswaps abgeschlossen. Zur Absicherung werden sowohl Mikro-, Macro- als auch Portfoliohedges und Vertragsportfolien nach IDW ÖFA 3 gebildet. Ein dokumentiertes, angemessenes und funktionsfähiges internes Risikomanagement wurde eingerichtet.

Die Marktwerte der Zinsderivate bestimmen sich durch Abzinsung der erwarteten künftigen Zahlungsströme über die Restlaufzeit des Kontrakts auf Basis einer Zinsstrukturkurve zum Stichtag. Dies bezüglich werden die für die Restlaufzeit der Derivate abgeleiteten Forward-Preise verwendet. Der Marktwert von Commodity - Termingeschäften errechnet sich auf Basis des am Abschlussstichtag geltenden Terminkurses für die jeweilige Restlaufzeit des Kontrakts im Vergleich zum kontrahierten Kurs.

Bewertungseinheiten

Im Berichtsjahr wurden Darlehen in Höhe von 570,0 Mio. EUR durch Payer Swaps abgesichert und in Bewertungseinheiten einbezogen. Die aus den variablen Zinszahlungen der Darlehen resultierenden Zinsrisiken werden durch die zu erhaltenden variablen Zinszahlungen aus den Payer Swaps eliminiert. Der beizulegende Zeitwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Payer Swaps beträgt –121,9 Mio. EUR. Durch die Bildung der Bewertungseinheiten wurden Drohverlustrückstellungen von 112,5 Mio. EUR vermieden. Im Rahmen der Bildung der Bewertungseinheiten wurden negative Marktwerte von 8,8 Mio. EUR sowie 0,5 Mio. EUR aus Ineffektivität als Drohverlustrückstellung berücksichtigt. Die variabel verzinslichen Darlehen werden für Zeiträume von bis zu 26 Jahren abgesichert. In die Bewertungseinheiten werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartende Transaktionen in Form von Darlehensprolongationen in Höhe von 480,0 Mio. EUR einbezogen. Die Notwendigkeit der Darlehensprolongationen resultiert aus dem geplanten Finanzierungsbedarf der Stadtwerke Hannover AG. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen. Die Ermittlung der retrospektiven Effektivität erfolgte anhand der Dollar Offset Methode.

Darüber hinaus wurden fest kontrahierte Kohlebeschaffungsgeschäfte von 120,6 Mio. EUR durch Devisentermingeschäfte abgesichert. Die Devisentermingeschäfte gleichen die aus den Warentermingeschäften resultierenden Währungsrisiken aus. Der beizulegende Zeitwert der Devisentermingeschäfte beträgt 16,2 Mio. EUR. Durch die Bildung der Bewertungseinheiten wurden Drohverlustrückstellungen von 0,3 Mio. EUR vermieden. Die Devisentermingeschäfte haben Laufzeiten von bis zu drei Jahren. Sowohl die Ermittlung der prospektiven als auch retrospektiven Effektivität erfolgt anhand der Critical Term Match Methode.

Zur Absicherung von Preisänderungsrisiken aus mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Gasverträgen von 0,04 TWh werden Ölswaps, eingesetzt. Die Ölswaps haben einen Nominalwert von 16,7 Mio. EUR und einen beizulegenden Zeitwert von -3,6 Mio. EUR. Die durch die Bildung der Bewertungseinheiten vermiedene Drohverlustrückstellung aus Ölswaps beträgt 5,1 Mio. EUR. Aus Ineffektivität resultiert eine Drohverlustrückstellung von 0,035 Mio. EUR. Die Ölswaps haben Laufzeiten von bis zu drei Jahren.

Hinsichtlich der Preisänderungsrisiken gleichen sich die gegenläufigen Zahlungsströme aus Grund- und Sicherungsgeschäften im Rahmen der abgesicherten Risiken zukünftig vollständig aus. Die Wirksamkeiten der Sicherungsbeziehungen wird anhand der Critical Term Match Methode nachgewiesen.

In die Bewertungseinheiten werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartende Transaktionen einbezogen. Zum Stichtag lagen keine Hinweise auf den Nichteintritt dieser Transaktionen vor.

Die bilanzielle Abbildung der Bewertungseinheiten erfolgt anhand der Einfrierungsmethode.

Derivate für Strom- und Gasgeschäfte (Portfoliosteuerung)

Zur Absicherung und Optimierung der Strom- und Gasgeschäfte (Preisrisikomanagement) und zur Vermarktung eigener Kraftwerkskapazitäten (Kraftwerksoptimierung) werden Strom- und Gasforwards eingesetzt und an der deutschen Strombörse EEX (European Energy Exchange) Gas- und Stromfutures gehandelt. Der Einsatz dieser derivativen Finanzinstrumente ist durch eine interne Richtlinie geregelt. Im Rahmen der Vertragsportfolien nach IDW ÖFA 3 und der back to back Kontrahierung wurden folgende Derivate abgeschlossen:

Am Abschlussstichtag betragen Nominal- und Marktwert der schwebenden Geschäfte:

		Marktwert in TEUR	Nominalwert in TEUR
Stromforwards	Beschaffung	-34.621	-179.120
	Absatz	44.332	230.725
Stromfutures	Kauf	-6.757	-64.819
	Verkauf	9.280	58.980
Gasforwards	Beschaffung	-91.645	-472.207
	Absatz	54.940	235.311
Gasfutures	Kauf	-24.973	-97.826
	Verkauf	13.296	55.205

Im Saldierungsbereich der Portfolien nach IDW ÖFA 3 sind unter anderem folgende Derivate für Emissionszertifikate- und Kohlegeschäfte enthalten:

	Marktwert in TEUR	Nominalwert in TEUR
Emissionszertifikatekäufe (finanziell)	9	-70
Emissionszertifikateverkäufe (finanziell)	-21	58
	Marktwert in TEUR	Nominalwert in TEUR
Emissionszertifikatekäufe (physisch)	6.865	-37.826
Emissionszertifikateverkäufe (physisch)	11	1.179
	Marktwert in TEUR	Nominalwert in TEUR
Kohlekäufe (finanziell)	-1.065	-37.826

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Aufgliederung der Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer) des Berichtsjahres nach Geschäftsbereichen ergibt sich wie folgt:

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen	2015	2014
in TEUR		
Strom	1.281.495	1.380.475
Gas	704.857	656.871
Wärme	83.745	77.697
Wasser	82.400	81.009
Dienstleistungen	159.093	171.185
Gesamt	2.311.590	2.367.237

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen im Inland erzielt.

Aufgrund einer neuen Zuordnung im Geschäftsjahr 2015 werden Umsatzerlöse aus dem Geschäftsbereich Gas in Höhe von 32,1 Mio. EUR (Vorjahr: 40,3 Mio. EUR) nun im Geschäftsbereich Strom ausgewiesen. Die Vorjahreswerte wurden dementsprechend angepasst.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 13,6 Mio. EUR (Vorjahr: 18,6 Mio. EUR) enthalten.

Periodenfremde Erträge	2015	2014
in TEUR		
Auflösung von Rückstellungen	10.109	15.084
Herabsetzung Pauschalwertberichtigung auf Forderungen	578	1.407
Abgänge Sachanlagevermögen	522	950
Übrige periodenfremde Erträge	2.369	1.205
Gesamt	13.578	18.646

Personalaufwand

Die Aufwendungen für Altersversorgung betragen im Berichtsjahr 12,5 Mio. EUR (Vorjahr: 12,4 Mio. EUR).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 4,4 Mio. EUR (Vorjahr: 4,9 Mio. EUR) enthalten.

Periodenfremde Aufwendungen	2015	2014
in TEUR		
Wertberichtigungen auf Forderungen	2.556	3.659
Abgänge Sachanlagevermögen	917	1.197
Übrige periodenfremde Aufwendungen	961	41
Gesamt	4.434	4.897

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und Erträge enthalten 0,4 Mio. EUR (Vorjahr: 0,4 Mio. EUR) Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen.

Abschreibungen auf Finanzanlagen

Auf die Tochtergesellschaft Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, ist im Berichtsjahr eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 20,6 Mio. EUR erfolgt (Vorjahr: 21,0 Mio. EUR). Diese trägt den veränderten Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Energiewende und der Strompreisentwicklung am Terminmarkt Rechnung. Im Zuge des Einspeisevorrangs der erneuerbaren Energieerzeugung werden die konventionellen Kraftwerkskapazitäten zunehmend aus der Merit-Order verdrängt.

Der beizulegende Zeitwert beträgt 1,4 Mio. EUR und liegt somit unter dem Buchwert von 70,6 Mio. EUR. Eine außerplanmäßige Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert nach § 253 Abs. 3 S.6 HGB wurde unterlassen, da die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist. Dies begründet sich darin, dass mit der Stilllegung der letzten Kernkraftwerke in Deutschland und dem Ausscheiden älterer konventioneller Kraftwerke zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit die Einführung einer Kapazitätsvergütung bzw. eine bessere Vermarktbarkeit konventioneller Kraftwerke erwartet wird. Daraus folgend ergibt sich bis zum Zeitpunkt der Stilllegung der Kernkraftwerke eine schlechte Ergebnisentwicklung aus der Kraftwerksvermarktung. Danach wird mit erheblich besseren Ergebnissen gerechnet, weshalb der beizulegende Zeitwert bis zum Stilllegungszeitpunkt der Kernkraftwerke zunächst wieder ansteigen wird.

Darüber hinaus wurde die Windkraft Nord AG, Husum, in Höhe von 1,4 Mio. EUR abgewertet.-

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen wurden in Höhe von 7,3 Mio. EUR (Vorjahr: 5,8 Mio. EUR) erfasst.

3.3 Berichterstattung gemäß § 6 b Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die Stadtwerke Hannover AG hat folgende Geschäfte größeren Umfangs, die im Sinne des § 6 b Abs. 2 EnWG aus dem Rahmen der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen, mit verbundenen und assoziierten Unternehmen getätigt:

Von der Stadtwerke Hannover AG erbrachte Leistungen	2015
in TEUR	
Technische und kaufmännische Betriebsführung	105.122
Netzpacht	76.164
Sonstige Miete und Pacht	18.556
Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen	17.862
Personalgestellung	16.808
Anlagen- und Hausanschlusserstellung	2.223
Sonstiges	1.636
Gesamt	238.371

Von der Stadtwerke Hannover AG empfangene Leistungen	2015
in TEUR	
Netzpacht	4.482
Asset Management	3.079
Sonstiges	2.060
Gesamt	9.621

3.4 Angaben zum Jahresergebnis

Die Stadtwerke Hannover AG haben entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag 74,2 Mio. EUR (Vorjahr: 88,9 Mio. EUR) an die VVG abzuführen. In diesem Betrag sind 14,0 Mio. Euro (Vorjahr: 17,3 Mio. EUR) Mindestdividende an außenstehende Aktionäre enthalten. Auf das Genussscheinkapital erfolgt eine Ausschüttung von 2,7 Mio. EUR (Vorjahr: 3,2 Mio. EUR). Der verbleibende Jahresüberschuss von 12,0 Mio. EUR (Vorjahr: 6,0 Mio. EUR) wurde den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Zusammensetzung der Organe, Aufwendungen für Organe und Organkredite

Vorstand

In der personellen Besetzung des Vorstands der Stadtwerke Hannover AG hat es während des Geschäftsjahres keine Veränderungen gegeben. Die aktiven Mitglieder des Vorstands sind weiterhin:

- Michael G. Feist, Kaufmännischer Direktor und Vorstandsvorsitzender
- Harald Noske, Technischer Direktor
- Rechtsanwalt Jochen Westerholz, Arbeitsdirektor

Aufsichtsrat

Folgende Mandatsträger waren im Geschäftsjahr 2015 im Aufsichtsrat vertreten:

- Dr. Marc Hansmann, Vorsitzender des Aufsichtsrats, Stadtkämmerer
- Martin Bühre, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, Maschinenbautechniker*
- Jens Allerheiligen, kaufmännischer Angestellter
- Ute Bitter, Industriefachwirtin*
- Blanca Blancke, Gewerkschaftssekretärin*
- Ralf Borchers, Diplom-Ökonom
- Dr. Matthias Cord, Vorstandsmitglied der Thüga AG
- Patrick Drenske, Fahrradkurier (seit 22. Mai 2015)
- Dr. Uwe Gerecke, Betriebsarzt* (seit 1. Januar 2016)
- Willi Grewe, Gewerkschaftssekretär* (bis 15. Januar 2015)
- Christine Kastning, Diplom-Ökonomin/Bankangestellte
- Dr. Reinhard Klopffleisch, Gewerkschaftssekretär*
- Dieter Küßner, Diplom-Betriebswirt des Handwerks
- Wilfried Lorenz, selbständiger Kaufmann
- Harald Memenga, Gewerkschaftssekretär* (seit 29. Januar 2015)
- Michael Riechel, Vorstandsmitglied der Thüga AG
- Ralf Riekemann, Diplom-Ingenieur Maschinenbau (FH)*
- Andrea Rietig, Bauingenieurin (FH)*
- Frank Schröder, Betriebsschlosser*
- Norbert Stichtenoth, Betriebswirt*
- Ingrid Wagemann, Sozialpädagogin (bis 22. Mai 2015)
- Friedrich Wittmeier, Justiziar* (bis 31. Dezember 2015)
- Belgin Zaman, Juristin

* Arbeitnehmervertreter der Stadtwerke Hannover AG

Den aktiven Vorstandsmitgliedern wurden 1,8 Mio. EUR vergütet; davon entfielen 1,1 Mio. EUR auf feste (Gehälter, Zuschüsse zu Versicherungsbeiträgen, Sachbezüge) und 0,7 Mio. EUR auf variable Vergütungen. Frühere Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen erhielten 0,6 Mio. EUR. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen sind 7,5 Mio. EUR zurückgestellt.

Dem Aufsichtsrat wurden 79 TEUR und dem Beirat 4 TEUR vergütet.

3.5.2 Belegschaft

Der Jahresdurchschnitt 2015 der im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer zeigt folgendes Bild:

	2015	2014
Mitarbeiter	2.511	2.553
davon Gehaltsempfänger	1.673	1.691
davon Lohnempfänger	726	756
davon Auszubildende	112	106

3.5.3 Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Haftungsverhältnisse

Gegenüber einem Kreditinstitut wurde für ein Darlehen der Danpower GmbH, Potsdam (verbundenes Unternehmen), eine Ankaufsverpflichtung von bis zu 5,0 Mio. EUR bis zum Zeitpunkt der Tilgung des Darlehens eingegangen. Zum Bilanzstichtag ist mit einer künftigen Inanspruchnahme aus dieser Ankaufsverpflichtung nicht zu rechnen. Die Verpflichtungen aus dem zugrunde liegenden Darlehen wurden von der Danpower GmbH bisher vertragskonform erfüllt. Darüber hinaus wurde gegenüber einem weiteren Kreditinstitut eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 0,3 Mio. EUR für eine Beteiligungsgesellschaft übernommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag besteht gegenüber Lieferanten ein offenes Bestellobligo in Höhe von 118,7 Mio. Euro.

Infolge der langfristigen Anmietung des Verwaltungsgebäudes Ihmeplatz 2, Hannover, bestehen Verpflichtungen aus dem Mietvertrag mit einer Restlaufzeit von bis zu 5 Jahren in Höhe von 12,4 Mio. EUR.

Darüber hinaus bestehen am Stichtag Verpflichtungen aus dem Pachtvertrag mit einer Restlaufzeit von 11 Jahren für das Strom- und Wasserversorgungsnetz sowie mit einer Restlaufzeit von 17 Jahren für das Gasversorgungsnetz mit den Netzgesellschaften Laatzen. Für das Wassernetz ist eine jährliche Mindestpacht von 0,4 Mio. EUR vereinbart; der Pachtzins für das Strom- und Gasnetz ist variabel. Im Geschäftsjahr 2015 sind Pachtaufwendungen für alle drei Netze von insgesamt 3,3 Mio. EUR entstanden.

Für Kfz-Leasing bestehen Verpflichtungen in Höhe von 0,2 Mio. EUR.

Aus Darlehenszusagen bestehen finanzielle Verpflichtungen von insgesamt 42,2 Mio. EUR; davon wurden gegenüber den verbundenen Unternehmen Zusagen zu langfristigen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 42,2 Mio. EUR gemacht.

3.5.4 Anteilsbesitz der Stadtwerke Hannover AG gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Geschäftsjahr
Unmittelbare Beteiligungen				
Verbundene Unternehmen				
enercity Contracting GmbH, Hannover	100,00	26.557	0 ¹	2015
enercity Erneuerbare GmbH, Hannover	100,00	1.000	0 ¹	2015
enercity Netzgesellschaft mbH, Hannover	100,00	250	0 ¹	2015
enercity Speichervermarktungsgesellschaft mbH, Hannover	100,00	25	0 ¹	2015
GKL – Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover	90,00	9.203	0 ¹	2015
Danpower GmbH, Potsdam	84,90	49.801	9.727	2014
GKH – Gemeinschaftskraftwerk Hannover GmbH, Hannover	84,70	10.226	0 ¹	2015
Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover	83,33	23.994	474	2014
GHG – Gasspeicher Hannover GmbH, Ronnenberg	51,84	137	0 ¹	2015
Beteiligungen				
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München	20,53	2.717.148	299.607	2014
htp GmbH, Hannover	50,00	30.476	3.370	2014
Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen	50,00	2.826	178	2014
GHG – Gasspeicher Hannover GbR, Ronnenberg	50,00	0	7	2015
Netzgesellschaft Laatzen GmbH & Co. KG, Laatzen	49,00	6.100	1.047	2015
Gasnetzgesellschaft Laatzen-Nord mbH, Laatzen	49,00	106	81	2015
Netzverwaltungsgesellschaft Laatzen mbH, Laatzen	49,00	26	1	2015
Stadtwerke Wunstorf GmbH & Co. KG, Wunstorf	34,00	6.941	1.838	2014
Stadtwerke Wunstorf Verwaltungs GmbH, Wunstorf	34,00	62	1	2014
Stadtwerke Garbsen GmbH, Garbsen	20,00	-1.561 ²	3.140 ²	2014

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Geschäftsjahr
Mittelbare Beteiligungen				
Verbundene Unternehmen				
Danpower Energie Service GmbH, Potsdam	100,00	48.220	4.402	2014
EKT Energie und Kommunal -Technologie GmbH, Potsdam	100,00	6.391	0 ⁵	2014
vigoris Handels GmbH, Potsdam	100,00	1.077	1.052	2014
Danpower Eesti AS, Voru, Estland	100,00	3.151	327	2014
Danpower Biomasse Pfaffenhofen GmbH, Pfaffenhofen	100,00	8.146	121	2014
Bitterfelder Fernwärme GmbH, Bitterfeld-Wolfen	100,00	1.728	0 ⁵	2014
BIOREG Energy & Recycling GmbH, Niederau	100,00	107	530	2014
vigoris Kaubandus ÖU, Tallin, Estland	100,00	363	273	2014
PME Projektmanagement und Engineering GmbH, Leipzig	100,00	50	0 ⁵	2014
Danpower Latvia SIA, Riga, Lettland	100,00	3 ³	0 ³	2015
enercity Contracting Nord GmbH, Hannover	100,00	2.004	181	2014
Windpark Fischbeck GmbH, Wust-Fischbeck	100,00	25	0 ¹	2015
Windpark Martenberg GmbH, Diemelsee-Adorf	100,00	25	0 ¹	2015
Windpark Lindewitt-Sillerup GmbH, Lindewitt	100,00	25	0 ¹	2015
Windpark Mangelsdorf GmbH, Jerichow	100,00	25	0 ¹	2015
Windpark Mündstedt II GmbH, Ilsede	100,00	25	0 ¹	2015
Windpark Esperke GmbH, Neustadt am Rübenberge	100,00	25	0 ¹	2015
Windpark Groß Eilstorf GmbH, Böhme	100,00	6.720	-231	2014
IEP Innovative Energien Potsdam GmbH, Potsdam	100,00	-307	-134	2014
BGA Biogas 2 GmbH, Potsdam	100,00	-1.158	525	2014

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Geschäftsjahr
WVZ-Wärmeversorgung Zinnowitz GmbH, Zinnowitz	80,00	351	77	2014
IEW Biogaspark Wolgast GmbH, Wolgast	75,20	421	236	2014
IEW Biogas 4 GmbH, Wolgast	75,20	40	-1	2014
IEW Innovative Energien Wolgast GmbH, Wolgast	74,90	592	542	2014
ELW Energieversorgung Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis	70,00	-2.595	-2.488	2014
Wärmeversorgung Wolgast GmbH, Wolgast	51,00	2.178 ⁴	764	2014
Bioenergie Loop GmbH, Loop	66,00	3.426	-557	2014
Stadtwerk Elsterwerda GmbH, Elsterwerda	51,00	969	41	2014
Bioenergie Harber GmbH & Co. KG, Hohenhameln-Harber	51,00	945	-17	2014
Biogas Glentorf GmbH, Königslutter-Glentorf	51,00	1.774	-152	2014
Bioenergie Giesen GmbH, Giesen	51,00	2.013	139	2014
Beteiligungen				
PD energy GmbH, Bitterfeld-Wolfen	50,00	10.110	-881	2014
Danpower Baltic (UAB), Kaunas, Litauen	50,00	455	-45	2014
Energieversorgung Bergen GmbH & Co.KG, Bergen	50,00	25 ³	0 ³	2015
Energieversorgung Bergen GmbH & Co.KG, Bergen	50,00	25 ³	0 ³	2015
Windpark Müden/Aller GmbH, Müden	60,00	25 ³	0 ³	2015
Biogas Peine GmbH, Peine	40,00	1.281	-166	2014

¹ Die Ergebnisse dieser Unternehmen fließen auf Grund von Gewinnabführungsverträgen anteilig der Stadtwerke Hannover AG zu.

² Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten basiert die Angabe auf dem Konzernabschluss der Gesellschaft.

³ Die Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2015 neu gegründet. Es handelt sich um Eröffnungsbilanzwerte.

⁴ Die Angabe des Eigenkapitals erfolgt unter Berücksichtigung der teilweisen Ergebnisverwendung.

⁵ Die Ergebnisse dieser Unternehmen fließen auf Grund von Gewinnabführungsverträgen der jeweiligen Muttergesellschaft zu.

3.5.5 Konzernverhältnisse

Die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) hat mitgeteilt, dass ihr 75,09 Prozent der Stimmrechte an der Stadtwerke Hannover AG zustehen. Gleichfalls hat die VVG mitgeteilt, dass die Landeshauptstadt Hannover auf Grund der Zurechnung der von der VVG gehaltenen Stimmrechte gemäß § 16 Abs. 4 AktG über 75,09 Prozent Stimmrechte an der Stadtwerke Hannover AG verfügt. Weitere 24,00 Prozent der Stimmrechte hält die Thüga AG.

Die Stadtwerke Hannover AG, mit Sitz in Hannover, ist gemäß § 291 HGB von der Verpflichtung, einen Konzernabschluss sowie einen Konzernlagebericht gemäß §§ 290 ff. HGB aufzustellen, befreit.

Die Stadtwerke Hannover AG wird in den befreienden Konzernabschluss der VVG, die ebenfalls ihren Sitz in Hannover hat, einbezogen. Die VVG ist das Mutterunternehmen, das den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für den größten Kreis von Unternehmen nach den Vorschriften des HGB aufstellt.

Der Konzernabschluss und Konzernlagebericht der VVG sind im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Diese Unterlagen sind im Internet unter www.bundesanzeiger.de zugänglich.

Darüber hinaus stellt die Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2015 freiwillig für den kleinsten Kreis von Unternehmen einen Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) gemäß § 315a Abs. 3 HGB sowie einen Konzernlagebericht auf. Der Konzernabschluss und Konzernlagebericht der Stadtwerke Hannover AG sind auf der unternehmenseigenen Homepage veröffentlicht. Diese Unterlagen sind im Internet unter www.enercity.de zugänglich.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Jahresberichterstattung der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Hannover, den 8. Februar 2016

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Feist

Noske

Westerholz

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015

in TEUR	Anschaffungs-/Herstellungskosten						Abschreibungen						Buchwerte		
	Stand 01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Verschmelzung Metegra	Stand 31.12.2015	Stand 01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Verschmelzung Metegra	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2015	Stand Vorjahr
I. Immaterielle Vermögensgegenstände															
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	53.985	479	30	5.101	26	59.561	45.232	4.307	30	0	0	20	49.529	10.032	8.753
II. Sachanlagen															
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	148.439	590	581	2.844	0	151.292	108.286	2.482	581	207	0	0	110.394	40.898	40.153
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	166.016	1.886	720	683	0	167.865	153.211	1.950	718	0	0	0	154.443	13.422	12.805
3. Verteilungsanlagen	1.404.388	17.758	9.922	11.352	0	1.423.576	1.125.455	29.916	9.125	0	0	0	1.146.246	277.330	278.933
4. Technische Anlagen und Maschinen	220.581	3.490	3.187	6.064	944	227.892	180.054	7.053	3.081	1.262	0	878	186.166	41.726	40.527
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	64.142	1.328	1.659	-660	122	63.273	56.330	3.157	1.637	-1.469	0	97	56.478	6.795	7.812
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	33.324	19.028	0	-25.384	0	26.968	0	0	0	0	0	0	0	26.968	33.324
	2.036.890	44.080	16.069	-5.101	1.066	2.060.866	1.623.336	44.558	15.142	0	0	975	1.653.727	407.139	413.554
III. Finanzanlagen															
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	275.460	0	0	0	0	275.460	97.062	20.587	0	0	0	0	117.649	157.811	178.398
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	159.952	21.950	14.800	0	0	167.102	0	0	0	0	0	0	0	167.102	159.952
3. Beteiligungen	506.271	0	184	0	0	506.087	4.264	1.397	0	0	0	0	5.661	500.426	502.007
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.662	2.000	805	0	0	11.857	0	0	0	0	0	0	0	11.857	10.662
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	11.236	2.710	0	0	0	13.946	0	0	0	0	0	0	0	13.946	11.236
6. Sonstige Ausleihungen	1.120	0	284	0	0	836	15	0	0	0	11	0	4	832	1.105
	964.701	26.660	16.073	0	0	975.288	101.341	21.984	0	0	11	0	123.314	851.974	863.360
	3.055.576	71.219	32.172	0	1.092	3.095.715	1.769.909	70.849	15.172	0	11	995	1.826.570	1.269.145	1.285.667

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Stromverteilung

Aktiva in TEUR	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		2.383	2.111
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	12.794		11.442
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	2		4
3. Verteilungsanlagen	73.766		72.273
4. Technische Anlagen und Maschinen	37.130		35.403
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.628		1.563
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.954		14.771
		134.274	135.456
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	150		150
2. Beteiligungen	5.607		5.607
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.000		4.000
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	2.707		2.190
		14.464	11.947
		151.121	149.514
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	566		427
2. Unfertige Leistungen	408		414
3. Geleistete Anzahlungen auf Bestellungen	-63		-64
		911	777
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich erhaltene Anzahlungen	1.533		1.898
	-89		-541
	1.444		1.357
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	7.528		7.113
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0		751
4. Sonstige Vermögensgegenstände	2.026		1.031
		10.998	10.252
III. Wertpapiere			
Eigene Genussscheine	781		781
		781	781
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			
	651		5.728
		651	5.728
C. Rechnungsabgrenzungsposten		255	325
		164.717	167.377

Passiva in TEUR	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
A. Eigenkapital			
Zugeordnetes Eigenkapital	106.356		102.057
		106.356	102.057
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		3.082	3.332
C. Empfangene Baukostenzuschüsse		35.182	33.620
D. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.404		3.031
2. Steuerrückstellungen	-11		-11
3. Sonstige Rückstellungen	16.428		20.141
		19.821	23.161
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.840		2.876
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-5.904		-1.921
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.213		15
4. Sonstige Verbindlichkeiten	3.126		4.236
davon aus Steuern: TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR -22 (Vj.: TEUR 1)			
		275	5.206
F. Rechnungsabgrenzungsposten		1	1
		164.717	167.377

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Stromverteilung

in TEUR	2015	2014
1. Umsatzerlöse (brutto)	58.684	55.830
abzüglich Energiesteuer	0	0
	58.684	55.830
2. Minderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-6	-6
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.795	1.750
4. Sonstige betriebliche Erträge	52.362	55.196
Erträge aus der Verrechnung mit anderen Aktivitäten	464	1.395
	113.299	114.165
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.766	1.593
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.678	2.845
	6.444	4.438
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	29.120	29.278
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.448	7.462
	36.568	36.740
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	14.609	13.800
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Konzessionsabgabe	22.830	23.611
b) Andere	10.423	10.605
Aufwendungen aus der Verrechnung mit anderen Aktivitäten	887	115
	34.140	34.331
	91.761	89.309
9. Betriebsergebnis	21.538	24.856
10. Erträge aus Beteiligungen		
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	0 (Vj.: TEUR 0)
	494	487
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	0 (Vj.: TEUR 0)
	152	146
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	131 (Vj.: TEUR 95)
	155	106
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme	5.548	8.442
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
davon an verbundene Unternehmen:	in TEUR	0 (Vj.: TEUR 0)
	1.169	958
	-5.916	-8.661
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.622	16.195
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	246	353
17. Sonstige Steuern	344	362
18. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	14.450	14.782
19. Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital	582	698
20. Ausschüttung auf Genussscheinkapital	582	698
21. Jahresüberschuss	0	0
22. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0	0
23. Bilanzgewinn	0	0

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015

Stromverteilung

in TEUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand 01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Stand 31.12.2015	Stand 01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2015	Stand Vorjahr
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	16.586	165	7	1.088	17.832	14.475	981	7	0	0	15.449	2.383	2.111
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	38.531	521	166	1.506	40.392	27.089	628	165	46	0	27.598	12.794	11.442
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	734	0	0	0	734	730	2	0	0	0	732	2	4
3. Verteilungsanlagen	311.789	4.364	1.778	4.010	318.385	239.516	6.743	1.640	0	0	244.619	73.766	72.273
4. Technische Anlagen und Maschinen	191.823	2.900	2.430	4.733	197.026	156.420	5.520	2.324	280	0	159.896	37.130	35.403
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.685	226	365	232	13.778	12.122	735	360	-347	0	12.150	1.628	1.563
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	14.771	5.778	0	-11.595	8.954	0	0	0	0	0	0	8.954	14.771
	571.333	13.789	4.739	-1.114	579.269	435.877	13.628	4.489	-21	0	444.995	134.274	135.456
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	150	0	0	0	150	0	0	0	0	0	0	150	150
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Beteiligungen	5.607	0	0	0	5.607	0	0	0	0	0	0	5.607	5.607
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.000	2.000	0	0	6.000	0	0	0	0	0	0	6.000	4.000
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	2.190	517	0	0	2.707	0	0	0	0	0	0	2.707	2.190
6. Sonstige Ausleihungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	11.947	2.517	0	0	14.464	0	0	0	0	0	0	14.464	11.947
	599.866	16.471	4.746	-26	611.565	450.352	14.609	4.496	-21	0	460.444	151.121	149.514

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Gasverteilung

Aktiva in TEUR	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		1.509	1.365
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	3.449		3.646
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	3.466		3.089
3. Verteilungsanlagen	80.992		82.920
4. Technische Anlagen und Maschinen	560		606
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	770		970
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.864		3.585
		92.101	94.816
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	100		100
2. Beteiligungen	12		12
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.160		3.380
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	2.158		1.748
		5.430	5.240
		99.040	101.421
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	468		367
2. Unfertige Leistungen	205		49
3. Geleistete Anzahlungen auf Bestellungen	-60		-52
		613	364
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich erhaltene Anzahlungen	1.826		1.849
	0		0
	1.826		1.849
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	5.634		6.795
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0		0
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.292		535
		8.752	9.179
III. Wertpapiere			
Eigene Genussscheine	665		665
		665	665
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			
	511		4.543
		511	4.543
C. Rechnungsabgrenzungsposten		170	206
		109.751	116.378

Passiva in TEUR	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
A. Eigenkapital			
Zugeordnetes Eigenkapital	77.738		82.829
		77.738	82.829
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		740	826
C. Empfangene Baukostenzuschüsse		14.038	13.866
D. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.296		2.064
2. Steuerrückstellungen	-6		-6
3. Sonstige Rückstellungen	14.471		14.632
		16.761	16.690
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.046		946
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-2.558		-829
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	775		627
4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.210		1.422
davon aus Steuern: TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR -122 (Vj.: TEUR 1)			
		473	2.166
F. Rechnungsabgrenzungsposten		1	1
		109.751	116.378

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Gasverteilung

in TEUR	2015	2014
1. Umsatzerlöse (brutto)	40.096	35.779
abzüglich Energiesteuer	0	0
	40.096	35.779
2. Minderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	156	-70
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.110	1.301
4. Sonstige betriebliche Erträge	30.416	31.587
Erträge aus der Verrechnung mit anderen Aktivitäten	930	597
	72.708	69.194
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.215	845
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.607	2.053
	7.822	2.898
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	18.978	19.329
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.849	4.902
	23.827	24.231
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.495	9.803
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Konzessionsabgabe	5.233	5.084
b) Andere	5.443	6.278
Aufwendungen aus der Verrechnung mit anderen Aktivitäten	563	-212
	11.239	11.150
	52.383	48.082
9. Betriebsergebnis	20.325	21.112
10. Erträge aus Beteiligungen		
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	0 (Vj.: TEUR 0)
	46	39
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	0 (Vj.: TEUR 0)
	38	49
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	0 (Vj.: TEUR 63)
	339	79
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme	8.382	5.677
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
davon an verbundene Unternehmen:	in TEUR	0 (Vj.: TEUR 0)
	666	580
	-8.625	-6.090
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.700	15.022
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	186	331
17. Sonstige Steuern	196	195
18. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	10.822	13.902
19. Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital	496	594
20. Ausschüttung auf Genussscheinkapital	496	594
21. Jahresüberschuss	0	0
22. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0	0
23. Bilanzgewinn	0	0

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015

Gasverteilung

in TEUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand 01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Stand 31.12.2015	Stand 01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2015	Stand Vorjahr
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	7.542	45	5	758	8.340	6.177	659	5	0	0	6.831	1.509	1.365
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13.393	29	101	63	13.384	9.747	257	101	32	0	9.935	3.449	3.646
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	17.695	659	77	189	18.466	14.606	469	75	0	0	15.000	3.466	3.089
3. Verteilungsanlagen	374.535	3.870	2.406	1.876	377.875	291.615	7.510	2.242	0	0	296.883	80.992	82.920
4. Technische Anlagen und Maschinen	3.540	120	151	264	3.773	2.934	235	151	195	0	3.213	560	606
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.258	151	258	-203	7.948	7.288	365	254	-221	0	7.178	770	970
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.585	2.221	0	-2.942	2.864	0	0	0	0	0	0	2.864	3.585
	421.006	7.050	2.993	-753	424.310	326.190	8.836	2.823	6	0	332.209	92.101	94.816
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	100	0	0	0	100	0	0	0	0	0	0	100	100
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Beteiligungen	12	0	0	0	12	0	0	0	0	0	0	12	12
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.380	0	220	0	3.160	0	0	0	0	0	0	3.160	3.380
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.748	410	0	0	2.158	0	0	0	0	0	0	2.158	1.748
6. Sonstige Ausleihungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	5.240	410	220	0	5.430	0	0	0	0	0	0	5.430	5.240
	433.788	7.505	3.218	5	438.080	332.367	9.495	2.828	6	0	339.040	99.040	101.421

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Gasspeicherung

Aktiva in TEUR	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		80	69
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	85		91
3. Verteilungsanlagen	6.737		7.276
4. Technische Anlagen und Maschinen	28		31
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	30		42
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	71		80
		6.951	7.520
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	3.748		3.748
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	47.661		43.032
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.697		3.282
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	76		61
		54.182	50.123
		61.213	57.712
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	15		11
2. Geleistete Anzahlungen auf Bestellungen	-2		-2
		13	9
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich erhaltene Anzahlungen	60		61
	0		0
	60		61
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	13		0
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4		4
4. Sonstige Vermögensgegenstände	-82		31
		-5	96
III. Wertpapiere			
Eigene Genussscheine	7		7
		7	7
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben			
Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	-6		143
		-6	143
C. Rechnungsabgrenzungsposten		8	11
		61.230	57.978

Passiva in TEUR	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
A. Eigenkapital			
Zugeordnetes Eigenkapital	20.010		34.198
		20.010	34.198
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		1	2
C. Empfangene Baukostenzuschüsse		109	83
D. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	286		252
2. Sonstige Rückstellungen	1.282		923
		1.568	1.175
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36.108		23.724
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	26		26
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.958		-3.063
4. Sonstige Verbindlichkeiten	450		1.833
davon aus Steuern: TEUR 22 (Vj.: TEUR 0)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR 30 (Vj.: TEUR 1)			
		39.542	22.520
F. Rechnungsabgrenzungsposten		0	0
		61.230	57.978

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Gasspeicherung

in TEUR	2015	2014
1. Umsatzerlöse (brutto)	11	9
abzüglich Energiesteuer	0	0
	11	9
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	22	31
3. Sonstige betriebliche Erträge	17.850	281
Erträge aus der Verrechnung mit anderen Aktivitäten	939	30
	18.822	351
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	24	26
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.880	4
	4.904	30
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.526	2.501
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	601	592
	3.127	3.093
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	661	437
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	523	351
Aufwendungen aus der Verrechnung mit anderen Aktivitäten	678	-13
	1.201	338
	9.893	3.898
8. Betriebsergebnis	8.929	-3.547
9. Auf Grund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne nach Abzug von Dividenden an außenstehende Gesellschafter	in TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	1.566 4
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR 46 (Vj.: TEUR 32)	49 38
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0 7
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
davon an verbundene Unternehmen:	in TEUR 1 (Vj.: TEUR 0)	1.488 1.060
	127	-1.025
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.056	-4.572
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	152	0
15. Sonstige Steuern	12	12
16. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	8.887	-4.590
17. Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital	5	6
18. Ausschüttung auf Genussscheinkapital	5	6
19. Jahresüberschuss	0	0
20. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0	0
21. Bilanzgewinn	0	0

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015

Gasspeicherung

in TEUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand 01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Stand 31.12.2015	Stand 01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2015	Stand Vorjahr
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	69	3	0	51	123	0	43	0	0	0	43	80	69
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	91	1	5	1	88	0	8	5	0	0	3	85	91
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Verteilungsanlagen	7.276	23	10	11	7.300	0	572	9	0	0	563	6.737	7.276
4. Technische Anlagen und Maschinen	31	24	10	2	47	0	16	10	13	0	19	28	31
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	42	10	16	-15	21	0	22	16	-15	0	-9	30	42
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	80	61	0	-70	71	0	0	0	0	0	0	71	80
	7.520	119	41	-71	7.527	0	618	40	-2	0	576	6.951	7.520
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	3.748	0	0	0	3.748	0	0	0	0	0	0	3.748	3.748
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	43.032	4.629	0	0	47.661	0	0	0	0	0	0	47.661	43.032
3. Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.282	0	585	0	2.697	0	0	0	0	0	0	2.697	3.282
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	61	15	0	0	76	0	0	0	0	0	0	76	61
6. Sonstige Ausleihungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	50.123	4.644	585	0	54.182	0	0	0	0	0	0	54.182	50.123
	57.712	4.766	626	-20	61.832	0	661	40	-2	0	619	61.213	57.712

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen gem. § 6b Abs. 3 EnWG

Bilanz

Alle Bilanzwerte werden im ersten Schritt direkt den Tätigkeiten zugeordnet. Soweit eine direkte Zuordnung nicht möglich ist, erfolgt die Zuordnung mittels Verteilschlüssel. Die grundsätzlich verwendeten Verteilschlüssel sind in Anlage 1 aufgeführt.

Anlagevermögen

Die Anlagenspiegel zeigen die Aufgliederungen sowie die Entwicklungen der in den Tätigkeitsbilanzen zusammengefassten Anlagepositionen. Die Vermögensgegenstände der gemeinsamen Bereiche wurden anteilig bei den Tätigkeiten Strom- und Gasverteilung berücksichtigt. Zu den gewählten Abschreibungsmethoden verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang.

Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten der Tätigkeiten Strom- und Gasverteilung sind innerhalb eines Jahres fällig.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen Tätigkeiten

Die Forderungen gegenüber anderen Tätigkeitsbereichen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen Tätigkeitsbereichen sind Residualgrößen und gleichen als Verrechnungsposten die Bilanzsummen der Aktiv- und Passivseite aus. Der Ausweis der Residualgrößen in den Tätigkeitsbereichen erfolgt unsaldiert entsprechend der Vorzeichen des Saldos als Aktiv- oder Passivposten.

Eigenkapital

Im Geschäftsjahr 2015 wird der bisherige Bilanzposten „Kapitalverrechnung“ im Posten „Zugeordnetes Eigenkapital“ ausgewiesen. Innerhalb des zugeordneten Eigenkapitals werden das gezeichnete Kapital, Kapitalrücklage, Gewinnrücklagen, Genussscheinkapital und die Kapitalverrechnung saldiert dargestellt. Die Vorjahreswerte wurden dementsprechend angepasst.

Gewinn- und Verlustrechnung

Alle Erträge und Aufwendungen werden grundsätzlich mittels Aufträgen, Kostenstellen und Profitcentern direkt den Tätigkeiten zugeordnet. Die Erträge und Aufwendungen der gemeinsamen Bereiche werden durch differenzierte Verteilschlüssel auf die anderen Tätigkeiten umgelegt. Die umzulegenden Positionen sind im Wesentlichen Material- und Fremdleistungen, Personalaufwand sowie sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen. Die Verrechnungen innerhalb der Sparten Strom und Gas erfolgt zu marktwirtschaftlich orientierten Bezugs- und Absatzpreisen, z.B. anhand von Börsenpreisen.

Haftungsverhältnisse/Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Haftungsverhältnisse und sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen die sonstigen Tätigkeiten außerhalb der Strom- und Gasverteilung. Wir verweisen auf die Ausführungen im Anhang.

Anlage 1 – Verwendete Schlüssel

Bilanzposition	Verteilschlüssel
Anlagevermögen im allgemeinen Bereich	Anlagevermögen je allgemeiner Bereichsschlüssel
Vorräte	Allgemeiner Schlüssel
Werksküchenvorräte	Personalschlüssel
Forderungen Lieferungen und Leistungen	Umsatzschlüssel
Andere Forderungen	Allgemeiner Schlüssel
Sonstige Vermögensgegenstände	Personalschlüssel
Lohn-/Gehaltsvorschüsse und Darlehen	Allgemeiner Schlüssel
Sonstige Forderungen	
Wertpapiere	Schlüssel gezeichnetes Kapital
Flüssige Mittel	Allgemeiner Schlüssel
Rechnungsabgrenzungsposten	Verteilschlüssel allgemeiner Bereich
Sonderposten für Investitionszuschüsse und erhaltene Baukostenzuschüsse	Anlagevermögen je allgemeiner Bereichsschlüssel
Rückstellungen Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	Personalschlüssel
Sonstige Rückstellungen	Personalschlüssel und allgemeiner Schlüssel
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verursachungsgerechte Verteilung
Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	Allgemeiner Schlüssel
Sonstige Verbindlichkeiten	Personalschlüssel
Noch auszahlende Löhne/Gehälter	Allgemeiner Schlüssel
Sonstige Verbindlichkeiten	

Alle Schlüssel sind zum 1. Januar 2015 angepasst worden, mit Ausnahme des Schlüssels „gezeichnetes Kapital“, da sich die Verteilung des gezeichneten Kapitals zum 1. Januar 2015 nicht verändert hat.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Hannover, den 9. Februar 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Luther
Wirtschaftsprüfer

Möller
Wirtschaftsprüfer